

Protokoll

Außerordentlicher Bundesparteitag

Berlin, 18. Oktober 2008



Protokoll

Außerordentlicher Bundesparteitag

Berlin, 18. Oktober 2008



Impressum

Herausgeber:

SPD-Partei Vorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Zusammenstellung:

Natalie Raima

Druck:

braunschweig-druck GmbH

Art.-Nr. 3800795

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	5
Geschäftsordnung	6
Eröffnung Andrea Nahles	8
Konstituierung Martin Schulz	15
Rede Frank-Walter Steinmeier	16
Aussprache	35
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Stella Kirgiane-Efremidis	51
Nominierung des Kanzlerkandidaten	52
Rede Franz Müntefering	55
Wahlergebnis Kanzlerkandidat	67
Aussprache	68
Wahl des Parteivorsitzenden	74
Fortsetzung Aussprache	75
Bericht der Antragskommission Bärbel Dieckmann	79
Wahlergebnis Parteivorsitzender	80
Antragsberatung	81
Schlusswort Franz Müntefering	85

Anhang

Beschlüsse	88
Delegierte	99
Delegierte mit beratender Stimme	107

Tagesordnung

- 11.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung
- Wahl des Parteitagspräsidiums
 - Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- Rede Frank-Walter Steinmeier
- Aussprache
- Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- Nominierung des/der Kanzlerkandidaten/in
- Rede Franz Müntefering
- Aussprache
- Wahl des/der Parteivorsitzenden
 - Bericht der Antragskommission
 - Antragsberatung und -beschlussfassung

16.00 Uhr Schlusswort des/der Parteivorsitzenden

Der Antragsschluss wurde auf den 29. September festgelegt.

Die Antragskommission tagt am 2. Oktober in Berlin oder als Telefonschaltkonferenz.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Eröffnung

Andrea Nahles, stellvertretende Vorsitzende: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und – natürlich ganz besonders – liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Im Namen des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüße ich Sie und begrüße ich euch alle ganz herzlich zu unserem Bundesparteitag hier im schönen Berlin. Wir sind hier zu einem außerordentlichen Parteitag zusammengekommen, um unseren Kanzlerkandidaten zu nominieren. Frank-Walter Steinmeier, herzlich willkommen!

(Beifall)

Und wir sind hierher gekommen, um den neuen Parteivorsitzenden zu wählen. Franz Müntefering, schön, dass du da bist!

(Beifall)

Das ist aber nicht nur nach der Satzung ein außerordentlicher Parteitag. Er findet auch in einer außerordentlichen Weltlage statt. Die Bundesregierung hat zusammen mit dem Bundesrat in einer Woche ein Rettungspaket mit einem ungewöhnlich schnellen parlamentarischen Verfahren geschnürt – Peter Struck wird davon ein Lied singen können – und hat damit auch bewiesen, dass unsere Demokratie und auch die Große Koalition handlungsfähig sind. Die außerordentliche Kraftanstrengung aller politischen Ebenen hatte ein ganz wesentliches Ziel, nämlich dass aus der Weltfinanzkrise nicht auch noch eine Weltwirtschaftskrise wird, die viele Menschen bitter treffen würde.

Deswegen sage ich auch selbstbewusst für die Sozialdemokratie: Wir haben uns vor außerordentlichen Herausforderungen nie gescheut. Im Gegenteil: es hat sich oft in der Geschichte dieses Landes gezeigt, dass es in außerordentlichen Krisenzeiten gerade gut ist, wenn die SPD Verantwortung in diesem Land trägt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Einer, der mit seinem Namen, ja mit seiner ganzen Kanzlerschaft für diese Art von Verantwortung steht, ist Helmut Schmidt. Es ist mir eine ganz besondere Freude, ihn heute hier bei uns begrüßen zu dürfen.

(Anhaltender Beifall)

Helmut Schmidt steht beispielhaft für die Sozialdemokraten, die schon früh und nachhaltig vor den Folgen eines ungehemmten Kasino-Kapitalismus gewarnt haben. Auch deswegen gebührt ihm unser Dank.

Interessant ist es ja schon, wie schnell sich die Debattenlage wandelt. Ich kann mich noch erinnern, Peer Steinbrück ist etwas frustriert von Heiligendamm zurückgekommen. Ich darf es an dieser Stelle sagen – wir sind ja unter uns: Er hat ein bisschen geflucht. Nämlich deswegen, weil diejenigen, die sich momentan als die Helden der Rettung der Finanzmärkte darstellen – die Regierungen der USA und von Großbritannien –, sich in Heiligendamm noch beharrlich geweigert haben, rechtzeitig, bevor die Krise ausgebrochen ist, mehr Regeln für Transparenz und Spielregeln für die freien Märkte zu organisieren. Ich danke dir, Peer, dass du damals vorausschauender gehandelt hast, und ich danke dir und deinem Team auch für das Krisenmanagement der letzten Tage.

(Beifall)

Es gibt eine Kraft, die seit 140 Jahren nicht müde geworden ist, dem freien Spiel des Marktes Spielregeln zu geben, nämlich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Weiß Gott, wir haben uns auch über den Kapitalismus nie Illusionen gemacht. Wir haben ihm doch das soziale Sicherungssystem und die Mitbestimmung in diesem Land abgetrotzt. Darauf dürfen wir in diesen Tagen auch stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Im Hamburger Programm haben wir formuliert, dass die Jagd nach schnellen und hohen Renditen allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen verhindert. Wir haben im Hamburger Programm klar gesagt: Kapital muss der Wertschöpfung, Kapital muss dem Wohlstand, Kapital muss den Menschen dienen. Das ist die Aufgabe. Nicht nur bei den Finanzmärkten hat das Hamburger Programm, hat der Hamburger Parteitag für uns wesentliche programmatische Leitlinien definiert. Das bleibt für mich auch das wichtigste Verdienst von Kurt Beck, dem ich an dieser Stelle für seine Arbeit herzlich danken möchte. Als Rheinland-Pfälzerin und als Sozialdemokratin füge ich hinzu: Er wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle in dieser Partei spielen.

(Anhaltender Beifall)

Keine Partei ist so sehr mit der Arbeitnehmerschaft verbunden wie die SPD. Wer schafft denn eigentlich die Werte? – Ich glaube, das sind gute Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und für die Arbeitsplätze auch in schwierigen Situationen der Mittelpunkt ihres unternehmerischen Tuns sind. Aber natürlich schaffen reale Werte auch die hart arbeitenden Menschen – oder um es knapp zu sagen mit Franz Müntefering, der den Begriff geprägt hat: Werte schafft in unserer Gesellschaft der Mensch und nicht die Heuschrecke!

(Beifall)

Das hat Franz Müntefering als einer der Ersten gesagt. Er hat schon recht früh, nämlich 2005, auf hoch riskante kurzfristige Finanzanlagen hingewiesen. Was haben die von der Union damals gespuckt! Der so genannte mittelstandspolitische Sprecher Dr.

Eröffnung

Michael Fuchs hat am 21. April 2005 im Deutschen Bundestag die Warnung an Franz Müntefering ausgesprochen, der Markt würde sich am Ende immer durchsetzen. Er hat sich sogar – man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen – zu folgendem Satz verstiegen: Er hat gesagt: „Der Markt ist stärker als der Staat“. Das war damals schon falsch und ist heute erst recht falsch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Um es klar zu sagen: Für die Heuschrecken mag Arbeit nur noch Verfügungsmasse sein. Aber für die SPD gilt: Wir wissen, was Arbeit wert ist. Wir wollen, dass sie anerkannt wird. Wir wollen nicht nur Jobs um jeden Preis, egal wie schlecht sie sind. Wir wollen gute Arbeit. Wir wollen flächendeckende Mindestlöhne. Wir sind die Arbeitnehmerpartei in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil es uns um Arbeitsplätze geht, muss nach dem Rettungspaket für die Banken auch ein Wachstums- und Konjunkturpaket aufgelegt werden. Damit jetzt nicht aus lauter Sorge vor der Zukunft alle auf die Bremse latschen: die Konsumenten, die Unternehmer, der Staat. Wenn alle gleichzeitig auf die Bremse latschen, dann kommt unsere Volkswirtschaft ins Schlingern. Das darf nicht passieren. Deswegen brauchen wir in den nächsten Monaten auch konjunkturelle Impulse, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich begrüße die schmucke Riege – ich darf es so sagen – der Gewerkschaftsvertreter. Das ist eine Augenweide: Konrad Freiberg, Hubertus Schmoldt, Michael Sommer, Frank Bsirske, Berthold Huber und Franz-Josef Möllenberg. Ich freue mich, dass ihr da seid, weil wir gerade in diesen Zeiten wissen, dass wir auch auf der europäischen Ebene für die gute Mitbestimmung, die wir hier in Deutschland haben, werden fighten müssen. Ihr wisst, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Auseinandersetzung an eurer Seite stehen werden.

(Beifall)

Ich begrüße auch Herbert Ehrenberg. Wir stehen zu unserem Sozialstaat. Die umlagefinanzierte Rente hat zwei Inflationen überlebt. Sie wird auch diese Krise überleben. Ohne SPD würde es doch gar keinen krisenfesten Sozialstaat geben.

(Beifall)

Ich denke, wir haben es uns in den letzten Monaten manchmal selbst sehr schwer gemacht – und wir haben auch noch alle dabei zugucken lassen. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass wir mit Selbstbewusstsein in das Wahljahr 2009 gehen können. Nach 20 Jahren SPD kann ich nur sagen: Die SPD hat keine Mängel, die durch ihre Vorzüge nicht wieder wettgemacht werden könnten.

(Beifall)

Und besser noch: Wir sind in der deutschen Parteienlandschaft unverzichtbar.

(Beifall)

Wer außer uns bringt kritischen Geist und praktischen Gestaltungswillen so zusammen wie die Sozialdemokraten? Der FDP, die jahrelang dem Neoliberalismus gefrönt hat, sage ich: Die Westerwelle-FDP hat abgewirtschaftet; ich hoffe, ihr besinnt euch auf eure guten liberalen Traditionen. Das wäre ein Gewinn für Deutschland. Aber neoliberale Politik brauchen wir in diesen Tagen nicht.

Und zur Linkspartei sage ich: Die tarnen sich jetzt als Verantwortungspartei. In Wirklichkeit diskutieren sie intern immer noch darüber, ob sie überhaupt Verantwortung für dieses Land tragen wollen. Ich sage euch ganz klar: Eine Partei, die sich nicht zwischen Politikmachen und Populismus entscheiden kann, brauchen wir in Deutschland nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Billige Populisten haben wir ohnehin genug. Heute Mittag marschiert die NPD wieder durch Stadtteile in Berlin. Mit scheinbar antikapitalistischen und sozialen Parolen kämpft die NPD. Leider hat sie damit nur zu oft Erfolg.

Deswegen richte ich heute meinen Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die sich immer wieder dagegenstellen, wie das heute in Berlin der Fall sein wird, aber auch wie es neulich in Köln der Fall war. Ganz klar, für uns Sozialdemokraten gilt: Rassismus und Rechtsextremismus werden wir Sozialdemokraten in Deutschland und Europa uns immer entgegenstellen, und wir werden auch immer die Menschen unterstützen, die sich dem entgegenstellen.

(Beifall)

Kommen wir zur CDU – nein, nein kommen wir zur CDU/CSU. Es sind nämlich zwei Parteien. Michael Glos hat Angela Merkel zum Geburtstag gelobt: Sie wisse, dass Auerhähne am besten beim Balzen geschossen würden. Auf die Männer im eigenen Laden gemünzt hat er zu ihr gesagt, sie sei die geduldige Jägerin der balzenden Auerhähne. Jetzt muss man wissen: Auerhähne gibt es in Deutschland nur noch in Bayern. Ich muss Frau Merkel warnen – ich habe mich im Tierlexikon mal über balzende Auerhähne schlau gemacht: Während der Balz erreicht der Testosteronspiegel des Auerhahns das Hundertfache seines Normalwertes; manche Tiere greifen sogar Menschen an, die ihr Revier betreten. Solche Attacken seien keine Legenden, sondern vielfach verbürgt.

Die Wahrheit ist: Die Jägerin Merkel ist längst zur Gejagten der bayerischen Gockel geworden, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Wir sehen es bei der Erbschaftsteuer, wo die CSU die CDU an den Rand der Handlungsfähigkeit treibt. Aber wir werden nicht nachlassen. Wo kommen wir denn eigentlich

Eröffnung

hin, wenn CDU und CSU den „normalen Steuerzahler“ für interne Konflikte bezahlen lassen? Denn wenn die Erbschaftsteuer jetzt wegfällt, weil die CSU sie verhindern will, dann sind es die normalen Steuerzahler, die in Zukunft die Bildungsausgaben in den Ländern finanzieren müssen. Wir werden das nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen. Die Erbschaftsteuer muss kommen.

(Beifall)

Das alles zeigt: Die SPD wird gebraucht. Wir werden in der Regierung gebraucht. Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte Regierung.

(Beifall)

Deswegen nominieren wir heute den Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Ich habe mich als alte Juso-Frau mal über dein Vorleben schlau gemacht, Frank-Walter. Dabei bin ich auf Klaus Uwe Benneter gestoßen. Klaus, wo bist du? Klaus Uwe, du wärest fast schuld daran gewesen, dass wir heute hier niemanden zum Nominieren gehabt hätten. 1975 hat Frank-Walter eine Solidaritätsresolution für dich unterschrieben und wäre glatt fast aus der Partei geflogen. Aber zum Glück hat das irgendein kluger Sozialdemokrat verhindert.

Ich sage: Frank-Walter ist einer, dem wir vertrauen; Frank-Walter ist einer, dem die Menschen vertrauen. Vertrauen ist die wichtigste Ressource, die unser Land jetzt dringend braucht.

(Beifall)

Außerdem steht Frank-Walter für Verantwortung. Er nimmt Verantwortung an. Das hat er über viele, viele Jahre gezeigt. Er duckt sich nicht weg, wenn schwierige Aufgaben kommen. Deswegen sage ich: So jemanden brauchen wir in Deutschland – gerade jetzt!

(Beifall)

Und ich füge einen ganz kleinen Satz hinzu: Frank-Walter, du machst das!

(Beifall)

Ich stelle mir den 27. September 2009 vor, 18.10 Uhr: Da steht der vierte sozialdemokratische Bundeskanzler der Bundesrepublik und freut sich über seinen Wahlsieg. Und mitten auf der Bühne steht der dritte sozialdemokratische Bundeskanzler und lacht dazu. Ich begrüße ganz herzlich Gerhard Schröder in unserer Mitte.

(Anhaltender Beifall)

Wir freuen uns besonders, dass heute die Frau unseres zukünftigen Kanzlers unter uns weilt. Ich begrüße Elke Büdenbender.

(Beifall)

Hans-Jochen Vogel, ich erinnere mich noch gut an deine Rede zum Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes am 10. April im Deutschen Bundestag, und ich möchte dir sagen, dass uns das alle sehr beeindruckt hat und uns allen wieder Kraft gegeben hat. Auch sonst sind deine Beiträge immer willkommen. Schön, dass du hier bist!

(Beifall)

Erhard Eppler meldet sich meistens schriftlich zu Wort. Er hat jetzt wieder ein neues Buch vorgelegt und wird uns auch damit wieder sehr zum Nachdenken bringen. Das ist im Alltag immer wieder ganz wichtig. Ich freue mich, dass du da bist.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Wirtschaft auf unserem Parteitag, stellvertretend für alle Hanns-Eberhard Schleyer vom Zentralverband des Deutschen Handwerks und Martin Wansleben vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Schön, dass Sie da sind!

(Beifall)

Ich begrüße stellvertretend für die Gäste von den Kirchen Herrn Prälat Karl Jüsten von der Katholischen Kirche. Es freut mich! Na komm, steh einmal auf!

(Beifall)

Und ich begrüße Jean Asselborn. Wir haben uns eben schon begrüßt. Ein wahrhaft europäischer Sozialdemokrat und Freund der deutschen Sozialdemokratie. Er hat es sich nicht nehmen lassen, heute aus Luxemburg hierher zu kommen. Schön, dass du da bist!

(Beifall)

Und ich begrüße Clemens Prokop, den Präsidenten des Deutschen Leichtathletikverbandes. Nächstes Jahr ist hier WM der Leichtathletik in Berlin. Vergesst das bitte nicht!

(Beifall)

Und vergesst mir vor allem die Europawahlen nicht, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Bürgerinnen und Bürger. Martin Schulz, ich begrüße unseren wichtigsten Mann in Europa. Schön, dass du da bist!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte auch allen danken, die diesen Parteitag vorbereitet haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz besonders. Weil sie nachher sofort wieder alles abbauen müssen, lasst uns heute am Anfang doch einmal denen, die das hier alles organisieren, einen kräftigen Applaus geben. Darüber freuen sie sich.

(Beifall)

Eröffnung

Stellvertretend möchte ich Roland Klapprodt nennen, der das mit organisiert hat.

Wir wählen jetzt das Parteitagspräsidium. Ihr findet den Vorschlag in Unterlage 2, oder seht einfach nach vorn. Das Parteitagspräsidium, das wir euch vorschlagen, setzt sich zusammen aus Susanne Kastner, Hannelore Kraft, Olaf Scholz, Martin Schulz, Klaus Wowereit. Hierüber müssen wir formal abstimmen; das ist eine kleine gymnastische Übung. Deswegen frage ich euch: Wer stimmt gegen das von uns vorgeschlagene Parteipräsidium? – Es ist ja noch früh am Morgen. Wer enthält sich? – Ich darf das als einstimmiges Votum für euch werten und bitte das Tagespräsidium, seine Arbeit aufzunehmen. Der Parteitag ist eröffnet! Ich übergebe das Wort an Martin Schulz.

(Beifall)

Konstituierung

Martin Schulz, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Andrea, herzlichen Dank für deine Begrüßungsrede. Liebe Genossinnen und Genossen, wir steigen unmittelbar in die Arbeit unseres Parteitages ein. Bevor wir aber in die Abwicklung unserer Tagesordnung eintreten, habe ich eine sehr erfreuliche Nachricht vorzutragen. Wir haben Geburtstagskinder unter uns. Unsere Genossin Elke Loebnau und unsere Genossin Rita Naumann, die beide hier im Saal sitzen, vollenden heute ihr nächstes Lebensjahr. Wir bringen euch einen Blumenstrauß an den Platz. Der Parteitag gratuliert euch von ganzem Herzen. Herzlichen Glückwunsch zu eurem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Auch hier oben bei uns gibt es ein Geburtstagskind. Eines, das wir nicht nur zu seinem Geburtstag beglückwünschen, sondern wir wünschen auch Glück zur Wahl in das Amt des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern. Einen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und zu seiner Wahl an Erwin Sellering.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, euch liegt die Tagesordnung vor. Die müssen wir zunächst beschließen. Ich frage formell: Gibt es zur Tagesordnung Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer die Tagesordnung in der vorgelegten Form annehmen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthält sich jemand? – Die Tagesordnung ist beschlossen.

Ebenso liegt euch die Geschäftsordnung vor. Möchte zur Geschäftsordnung jemand das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch die Geschäftsordnung ist so beschlossen.

Auf den Tischen liegt ein Vorschlag für die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission aus. Ihr habt Kenntnis davon genommen. Wer für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission in der vorgelegten Form ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Dann ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission so gewählt.

Wenn man bei den Formalien ist, ist man relativ schnell auch bei den Beamten. Es ist mir eine besondere Freude, den Präsidenten des Deutschen Beamtenbundes, Peter Heesen, unter uns zu begrüßen zu können. Herzlich Willkommen auf dem Parteitag der SPD.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, der nächste Tagesordnungspunkt sieht vor, dass der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der zukünftige Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu uns spricht. Ich erteile Frank-Walter Steinmeier das Wort.

(Beifall)

Rede Frank-Walter Steinmeier

Frank-Walter Steinmeier, stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Sozialdemokratie ohne Hoffnung ist wie eine Kirche ohne Glauben.“ Ich sage heute: Hoffnung und Zuversicht sind wieder zurück. Dieser Tag, das wird ein Tag des Aufbruchs. Wir haben Streit begraben, Gräben zugeschüttet, uns untergehakt. Und wir glauben wieder an uns! Das macht uns stark! Und die anderen merken das!

(Beifall)

Manche hatten uns schon abgeschrieben, Volksparteien adé, sagen die Kommentatoren. Ich höre das alles. Nur ich bin ich ganz anderer Meinung! Ich spüre: Der SPD wird wieder etwas zugetraut. Viele Menschen kommen auf uns zu und wünschen uns Glück. Ich sag euch: Wir sind wieder im Spiel!

(Beifall)

Mit der Geschlossenheit der letzten Wochen haben wir nicht nur andere überrascht, sondern auch uns selbst. Es hat sich gezeigt: Wir, die SPD, die lebendigste und diskussionsfreudigste Partei Deutschlands, wir können Disziplin und Lebendigkeit – wenn wir wollen! Wir sind keine Ansammlung von Gruppen, Kreisen und Arbeitsgemeinschaften. Wenn's drauf ankommt: Wir sind eine Partei – und das muss so bleiben!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, aber wir stehen und kämpfen zusammen nicht nur für unsere Partei. Sondern, lasst mich das hier ganz deutlich sagen: Stärke und Geschlossenheit sind Pflicht, weil unser Land uns jetzt braucht! Vor uns liegt ein Jahr der Weichenstellung, ein Jahr der Entscheidungen. Wir spüren, wie laut der Ruf der Menschen nach guter Politik gerade wieder ist. Wir spüren, wie es mehr denn je wieder um Gerechtigkeit, um Sicherheit, um Vertrauen geht. Wieder einmal gilt für die deutsche Sozialdemokratie: Wenn es eng wird, ist es gut, dass wir für unser Land Verantwortung tragen: Verantwortung für Deutschland!

(Beifall)

Dieses Jahr 2008 wird als Einschnitt in die Geschichtsbücher eingehen. Jeder spürt es: Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Wir erleben einen Umbruch; für uns in Deutschland ist es der wichtigste Einschnitt seit dem Fall der Mauer. Die Herrschaft einer marktradikalen Ideologie, begonnen mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan, ist mit einem lauten Knall zu Ende gegangen. Die Welt hält den Atem an – aber: Sie

atmet auch auf. Jetzt ist Zeit für Umdenken, neues Denken und Neubeginn. Einen Neubeginn, bei dem es mit besseren Regeln für die Finanzbranche nicht getan ist. Es geht jetzt um mehr!

(Beifall)

Gefordert ist ein umfassender Neuanfang. Wir können jetzt die Regeln des Miteinanders in unserer Gesellschaft neu bestimmen. Und wir müssen politische Gestaltungskraft für die Demokratie zurückerobern. Darum geht es jetzt!

(Beifall)

Diese neue Zeit, die jetzt anbricht, muss unsere Zeit werden: Die Zeit der sozialen Demokratie. „Krise“, das kommt aus dem Griechischen und heißt: „Entscheidung“. Wir erleben die Zeit der Entscheidungen. Jetzt kommt es auf uns an! Dafür will ich in einem Jahr als Kanzler arbeiten. Damit die Richtung stimmt!

(Beifall)

Ich will dafür sorgen, dass das Verhältnis von Politik und Wirtschaft wieder ins rechte Lot kommt. Uns muss ja niemand erklären, dass Wirtschaft wichtig ist. Aber wir müssen wohl einigen mal erklären, wie wichtig Politik ist! Gestaltende Politik. Mutige Politik. Politik mit Richtung und Augenmaß.

(Beifall)

Habt ihr sie auch noch im Ohr, die Experten? Von Herrn Sinn bis Herrn Kirchhof. Ihre Botschaft war immer dieselbe: Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht. Der Staat hat sich rauszuhalten und Demokratie stört. Wer gegen diese Weltsicht argumentiert – so sagten sie – der kann doch gleich gegen die Schwerkraft anrennen. Was waren das für Experten?

(Beifall)

Und dann noch die anderen: Junge Kerle, die frisch aus dem Managerseminar kamen und uns jeden Abend vor der Tagesschau mit schneidiger Stimme ihre Scheingewissheiten von den Börsenplätzen der Welt dargeboten haben. Bis vor 14 Tagen wollten die Lehman-Brothers dieser Welt soliden Mittelständlern noch erklären, wo's lang geht – da wussten sie aber selbst nicht, dass sie schon pleite sind.

(Beifall)

Jetzt sind sie abgestürzt, die Herren des Universums! Die Folgen sind dramatisch, aber ausbaden müssen sie andere! Das ist das, was uns so wütend macht – und mit uns die Mehrheit der Menschen im Land!

(Beifall)

Ich will nicht ungerecht sein: Wer arbeitet, macht Fehler. Ich weiß das. Und ich will auch nicht Einzelne an den Pranger stellen. Ich bitte diese Leute jetzt nur um eines: Haltet

einfach mal eine Runde lang den Mund! Geht in euch! Versucht nicht schon wieder, die Welt zu erklären! Und denkt mal nach: Über Respekt vor Menschen und anderen Meinungen. Über Respekt vor der Demokratie und Respekt vor ihren Institutionen. Diese Woche hat bewiesen, dass die Demokratie leistungsfähig ist. Dass sie Vertrauen verdient. Mehr als diejenigen, die durch Leichtfertigkeit und Gier Vertrauen in unsere Ordnung erschüttert haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dass es wirklich neue Zeiten sind, das sehen wir auch an der Wiederkehr der Wendehäse. Jetzt sind sie wieder da! Ihr erinnert euch noch gut daran, wie Franz Müntefering von Heuschreckenschwärmen gesprochen hat. Der CDU-Generalsekretär hat Franz damals als „Neandertaler-Sozialisten“ beschimpft. Jetzt kramt die CDU ganz tief in ihren Archiven, um irgendeinen Beleg zu finden, dass sie in Wahrheit schon immer vor der Finanzkrise gewarnt hat! Jetzt will sie auf einmal sogar Managergehälter beschneiden! Was ist das für ein Zickzack-Kurs – vom Leipziger Programm und Professor Kirchhof zurück zum Ahlener Programm. Fehlt nur noch, dass die CDU demnächst wieder die Sozialisierung aller Schlüsselindustrien fordert!

(Beifall)

Und wir ahnen doch schon, was kommt: Nach der Bundestagswahl würde die Union mit Schwarz-Gelb am liebsten wieder das Leipziger Programm ausgraben und mit Friedrich Merz „mehr Kapitalismus wagen“! Daraus wird zwar nichts, dennoch: Führung sieht anders aus. Ich sehe nur das Buhlen um den gerade aktuellen Zeitgeist! Da ist viel Taktik, aber kein Kompass bei dieser Union!

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen darum in einer großen Verantwortung. Einer Verantwortung, die wir annehmen und der wir gerecht werden müssen. Die Menschen erwarten von uns, dass wir uns mit dem was ist nicht abfinden. Aber sie erwarten auch mehr als Empörung. Sie erwarten, dass wir sie jetzt sicher durch diese Krise lotsen. Und sie erwarten, dass wir unser Land in eine sichere Zukunft führen. Das müssen wir leisten, und die Menschen wissen, wir können das!

(Beifall)

Und warum? Weil klare Führung in der Krise und vorausschauende, oft sogar visionäre Politik die Stärken der Sozialdemokraten sind. Willy Brandt hat die Ostpolitik gegen erbitterte Widerstände der Konservativen durchgesetzt. Helmut Schmidt hat die Deutschen durch den Deutschen Herbst und die Öl- und Wirtschaftskrise der 70er Jahre geführt. Gerhard Schröder hat Deutschland modernisiert und mit seinem Nein zum Irak-Krieg unser Land außenpolitisch emanzipiert.

(Anhaltender Beifall)

Das sind historische Leistungen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein! In entscheidenden Situationen gibt unsere Partei diesem Land Richtung und Sicherheit. Und das ist auch jetzt wieder so, in den schweren Turbulenzen, in denen wir sind.

Uns alle hat die Wucht der Ereignisse an den Finanzmärkten überrascht. Ihr Kollaps hätte schlimmste Konsequenzen für die gesamte Weltwirtschaft gehabt. erinnert euch an Helmut Schmidt, der schon vor 25 Jahren geschrieben hat: Weltwirtschaft ist unser Schicksal! Und das gilt heute mehr denn je! Wir wissen seit langem, dass die Finanzmärkte Regeln brauchen – und Peer Steinbrück hat es oft genug gesagt.

Aber jetzt geht es nicht um Rechthaben, sondern um schnelles, entschlossenes Handeln. Und genau das haben wir in dieser Woche getan. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, aber so, dass unsere Handschrift erkennbar ist. Peer Steinbrück, wir danken Dir für das, was Du in den letzten Tagen für das Land, die Menschen und die SPD geleistet hast!

(Anhaltender Beifall)

Aber danken will ich auch Peter Struck: Auch bei noch so guter Vorarbeit der Regierung wäre das alles in der letzten Woche ohne die gute Arbeit der Fraktion nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank, Peter!

(Beifall)

Was ist das Ergebnis? Wir garantieren die Sparguthaben in Deutschland. Wir sichern das Bankensystem. Wir erhalten die besondere Rolle der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Eigenheimbesitzer und Mittelständler bekommen weiter Kredit.

Es geht dabei um sehr viel Geld. Und viele von uns fragen sich: Musste das sein und ist das gerecht? Ich sage euch: Ja, das musste sein. Denn es geht nicht um Banken, sondern um Menschen – um Sparer, um Unternehmen und Arbeitsplätze. Deshalb ist das, was wir durchgesetzt haben kein Geschenk, sondern Nothilfe. Darum haben wir klare Bedingungen durchgesetzt: Wer vom Staat Geld will, muss akzeptieren, dass der Staat auch mitredet und mitbestimmt.

(Beifall)

Und wir entlassen die Banken nicht aus der Verantwortung, wenn es ihnen wieder besser geht! Jetzt ist die Zeit, ein paar Dinge gerade zu rücken. Wir Sozialdemokraten sind für Markt. Aber der Markt ist kein Selbstzweck. Der Markt ist immer eine Ordnung. Entweder eine Ordnung, in der die Rücksichtslosen Triumphe feiern. Oder eine Ordnung, in der Verantwortung sich durchsetzen kann. Max Weber hat uns von hundert Jahren erklärt, dass die Kultur des Marktes auch eine Kultur des Maßes sein muss. Heute bedeutet das: Wer für Wettbewerb ohne Regeln und Vernunft wirbt, wer die kurzfristige Rendite zum Maßstab des Wirtschaftens erhebt, der verliert jedes Maß und endet in Maßlosigkeit. Vor den Scherben dieser Haltung stehen wir jetzt.

(Anhaltender Beifall)

Und darum sage ich: Die Zeit der Exzesse muss jetzt vorbei sein! Das gilt auch bei den Managergehältern, die in den letzten Jahren völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Führungskräfte sind Vorbilder – im Guten wie im Schlechten. Wer glaubt, keine Rücksicht auf andere nehmen zu müssen; wer sich benimmt, als sei ihm das Land, in dem er lebt und in dem seine Kinder zur Schule gehen, egal, der wird erleben, dass die Folgen auf ihn zurückschlagen. Denn in dieser Gesellschaft wird sich bald jeder der Nächste sein und seine eigenen Regeln schaffen. So eine Gesellschaft ist kalt, sie zerfällt in Egoismen und Angst. Es ist an uns, Anstand und Vertrauen in unser Land zurückzubringen! Deshalb werden wir gebraucht!

(Beifall)

Vertrauen zurückzubringen – das geht ganz schnell, mit konkreten Projekten, wenn die Union ihren neuen Kurs ernst meint und mitmacht. Die SPD hat gute Vorschläge zur Reform der Managergehälter gemacht. Ich sage der Union: Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu! Wer den Mund spitzt, der soll jetzt auch pfeifen!

(Beifall)

Und wenn wir gerade dabei sind: Anstand und Vertrauen zurückbringen, das gilt auch am anderen Ende der Skala. Bei denen, die arbeiten, aber ihre Familie kaum davon ernähren können. Ich rede vom Mindestlohn. Stundenlöhne von vier Euro verstoßen gegen die guten Sitten und gegen den Respekt vor guter Arbeit.

(Beifall)

Wer von menschlicher Gesellschaft spricht, darf Mindestlöhne nicht hintertreiben! Wir werden Mindestlöhne durchsetzen! Wer sich jetzt verweigert, der macht sich gerade jetzt unglaubwürdig!

(Beifall)

Aber machen wir uns nichts vor. Mit der Rettung der Finanzmärkte ist es nicht getan. Diese Krise wird auf die Konjunktur drücken. Uns steht eine Rüttelstrecke bevor, und von uns wird mit abhängen, wie lang und heftig sie ist. Deshalb sage ich: Nach dem Rettungsschirm für die Banken brauchen wir jetzt einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze in Deutschland!

(Beifall)

Wir werden im kommenden Jahr um jeden Job kämpfen! Und dieser Kampf hat schon begonnen. Während sich die ganze Welt auf die Bankenkrise konzentriert hat, haben wir in der vergangenen Woche gehandelt und ein großes Stabilisierungspaket für die Konjunktur in Deutschland geschnürt. Stabilität bei den Lohnnebenkosten, Kindergelderhöhung, Vorziehen des Wohngeldes – das entlastet schon jetzt Millionen von Menschen. Und mit der Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge ab 2010 im zweistelligen Milliardenbereich!

(Beifall)

Aber es geht nicht nur um Entlastungen. Wenn es im nächsten Jahr schlechter läuft, wenn Steuereinnahmen rückläufig sein sollten, werden wir den Leuten nicht in die Tasche greifen dürfen. Wir werden auch Sozialleistungen nicht kürzen dürfen – und vor allem werden wir die Investitionen stabil halten.

Möglicherweise reicht das nicht. Keiner kann ausschließen, dass wir vielleicht noch mehr tun müssen. Darauf bereiten wir uns vor, und zwar seriös! Es geht nicht wie auf dem Basar nach dem Prinzip: „Wer bietet mehr?“ Sondern was ist sinnvoll, verantwortlich und schafft Arbeitsplätze bei uns, zum Beispiel im Handwerk.

Wir sind bereit, eine Milliarde mehr Fördermittel in die Gebäudesanierung zu stecken. Wir sind bereit, über die KfW zusätzliche Kredite an Mittelstand und Handwerk zu geben. Und wir werden die Europäische Investitionsbank von zusätzlichen Förderprogrammen überzeugen. Und wir werden die Kfz-Steuer reformieren, um Anreize für die Automobilindustrie zu schaffen.

Das steht jetzt an. Wir erwarten von der Union Unterstützung für diesen Weg.

Wenn wir einen Schutzschirm für Arbeitsplätze spannen, ist aber nicht nur die Politik gefragt. Auch die Unternehmen stehen in der Verantwortung. Jetzt geht es darum, endlich wieder langfristig zu denken und nicht allein an die kurzfristige Rendite. Nachhaltig wirtschaften heißt jetzt: Hochqualifizierte Belegschaft halten! Das macht gerade in Deutschland den wirklichen Wert eines Unternehmens aus. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind viel mehr als Kostenstellen. Darum sage ich: Auch wenn die Zeiten schwierig werden, haltet die Leute im Betrieb! Wälzt nicht neue Lasten auf den Staat ab!

(Beifall)

Ich sage das auch deshalb, weil wir in Deutschland durchaus Grund zur Zuversicht haben. Wir werden besser über die schwierige Strecke kommen als andere Länder, weil wir besser gerüstet sind. Vor zehn Jahren lagen wir im internationalen Vergleich weit zurück. Heute sind wir vorne. Das ist das Ergebnis von 10 Jahren unserer Arbeit in der Bundesregierung, und darauf dürfen wir stolz sein!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten 20 Jahren die Globalisierung der Märkte erlebt. Jetzt bricht eine neue Zeit an, die Zeit der politischen Globalisierung. Wir brauchen eine neue Qualität der internationalen Zusammenarbeit.

Die Finanzkrise ist nämlich viel mehr als eine Bankenkrise. Sie verändert die politischen und wirtschaftlichen Gewichte in der Welt von Grund auf. Das Gewicht der USA, des Westens insgesamt relativiert sich. Zugleich werden die Staaten Asiens, für die Finanzmärkte auch arabische Staaten, immer stärker. Diese Entwicklung war ohnehin im Gange, jetzt wird alles noch viel schneller gehen.

Vertrauen kann nur wachsen, wenn all diese Staaten und Mächte gemeinsam handeln. Die G7 war wichtig, aber die Zeit, in der die westlichen Industriestaaten allein die

Weltkonjunktur bestimmt haben, ist vorbei. Jetzt müssen neue Mitspieler mit an den Tisch! Das ist nicht nur ein Gebot der Fairness und Klugheit, sondern liegt im ureigenen Interesse der westlichen Welt.

(Beifall)

Und das gilt außenpolitisch auch über die aktuelle Krise hinaus. Wir müssen neue Mächte und ihre Ansprüche friedlich in eine veränderte Weltgemeinschaft integrieren. Das ist die große Aufgabe unserer Zeit! Wir brauchen die Erweiterung der G8, wir brauchen eine Weltfinanzgruppe, in der die neue Architektur einer Weltfinanzordnung entsteht. Das ist unser Weg, da wollen wir hin!

(Beifall)

Aufstieg und Fall großer Mächte waren in der Geschichte meistens begleitet von Gewalt, Krieg und Zerstörung. Wir müssen jetzt zeigen, dass wir daraus gelernt haben. Wir müssen neue Balancen finden, die auf Ausgleich und kluge Verständigung gebaut sind. Mit China und vielen anderen Mächten in Asien. Mit Russland, das wir nicht isolieren dürfen. Mit einer Türkei, die zeigt und zeigen wird, dass Islam, Demokratie und Moderne keine Gegensätze sind. Mit den einflussreichen Schwellenländern von Zentralasien über Nordafrika bis Brasilien und Mexiko. Und mit einer Regierung in den USA, die erkennt, dass es überhaupt nicht klug ist, vieles allein zu tun, weil man dann Gefahr läuft, am Ende ziemlich allein dazustehen – das kann nicht das Ziel sein.

(Beifall)

In diesem Wendejahr 2008 nimmt die Eine Welt, die Willy Brandt so visionär beschrieben hat, Gestalt an. Das 21. Jahrhundert, so haben wir im Hamburger Programm geschrieben, ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Das erste Jahrhundert, in dem wir gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme erarbeiten oder – ich denke an Klimawandel und Ressourcenknappheit – gemeinsam scheitern. Wir Sozialdemokraten sind gefordert, diese neue, diese zweite Phase der Globalisierung zu gestalten. Auf uns kommt es dabei jetzt an!

(Beifall)

Die Gestaltung von Globalisierung ist nicht nur eine Aufgabe für uns Deutsche, sondern für ganz Europa. Hoffentlich hat in diesen Tagen jeder, der nachlässig oder höhnisch über Europa redet, gemerkt, was dieses Europa wert ist! Welche Kraft darin steckt!

(Beifall)

Europa ist der Teil der demokratischen Welt, der international Vertrauen genießt. Unser Lebensmodell findet Respekt und Anerkennung überall auf der Welt: Ein Modell, das Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet; nicht immer gut genug, aber besser als irgendwo anders auf der Welt. Viele schauen gerade jetzt in der Krise auf uns. Unsere internationale Verantwortung wächst. Wir müssen diese Verant-

wortung annehmen, damit die Welt sicherer und friedlicher wird! Verantwortung als Europäer heißt jetzt: Einig handeln, statt auf unseren jeweiligen kleinen Vorgarten zu schauen! In Krisenzeiten formieren sich von Rechts- und Linksaußen die Fronten der Anti-Europäer. Krisenzeiten sind Entscheidungszeiten: Lasst uns diesen Kampf also aufnehmen. Wir sind die Kraft eines besseren Europas!

(Beifall)

Für die Europawahl im nächsten Jahr heißt das: Wir brauchen kein Europa der Konservativen, der Marktradikalen und ihrer Lobbyisten, sondern ein sozialeres Europa! Ein Europa, in dem Arbeitnehmer und ihre Rechte ebenso wichtig sind wie der Binnenmarkt. Dafür brauchen wir in Brüssel eine starke Sozialdemokratie. Und dafür werden wir mit Martin Schulz an der Spitze bei der Europawahl im nächsten Jahr kämpfen!

(Beifall)

Lieber Martin, aber du bist nicht der Einzige, der ins Rennen geht. Auf dem Weg zu den Europawahlen wird ein neuer Bundespräsident gewählt. Warum eigentlich nicht eine Bundespräsidentin?

(Beifall)

Gesine Schwan ist unsere Kandidatin. Gesine, meine Unterstützung hast du und auch die dieses Parteitags und der gesamten SPD!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wer die Welt von morgen gestalten will, muss zur Verantwortung und zur Vernunft stehen. An der Spitze der Linkspartei stehen zwei, die hatten die Chance, zu gestalten. Sie haben sie nicht genutzt. Sie sind weggelaufen vor der Verantwortung. Warum sollen wir vor diesen Leuten Respekt haben?

(Beifall)

Verantwortung tragen – das trennt uns von den Populisten. Darum sage ich: Machen wir nicht den Fehler derjenigen, die jetzt mit nichts als Protest unterwegs sind. Das ist Gesinnung ohne Mumm zur Politik! Das gibt den Menschen Steine statt Brot, das ist unsere Sache nicht.

(Beifall)

Eine Partei, die den Lissabon-Vertrag und damit Europa ablehnt, die die NATO auflösen will, die ihren Katalog haltloser Versprechen auf komplett verrückte Steuererhöhungen gründet – eine solche Partei ist schlicht und einfach nicht regierungsfähig.

(Beifall)

Die SPD hat in ihrer langen Geschichte immer wieder Abspaltungen und Neugründungen im Parteiensystem erlebt. Keine hat unsere Partei im Kern gefährdet. Und das hat

Gründe: Weil wir wissen, dass soziale Leistungen immer auch erarbeitet sein müssen. Weil wir wissen, dass wir Verantwortung tragen für das Land, für die Menschen, für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.

Wer vor dieser Verantwortung flüchtet, mit dem ist kein Staat zu machen, und der hat auf Dauer auch keine Zukunft in der Politik. Und deshalb wird es nach der nächsten Bundestagswahl keine Koalition mit der Linkspartei geben!

(Beifall)

Aber der CDU sage ich gleichzeitig auch: Lasst die roten Socken im Schrank! In Brandenburg an der Havel, in meiner neuen zweiten Heimat, reichen sich CDU und Linkspartei gerade die Hand – nur um den Wahlsieger, die SPD, draußen zu halten. Deshalb sage ich allen Unionsleuten: Lasst die Steine im Glashaus – sie könnten auch bei euch Schaden anrichten!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, seit zehn Jahren regieren wir jetzt unser Land in Bonn und Berlin. Im Rückblick war das für unsere Partei eine verdammt schwere Zeit. Union und FDP haben uns damals ein leckgeschlagenes Schiff namens Deutschland hinterlassen. Mit 4,5 Millionen Arbeitslosen, leeren Sozialkassen, einer Rekordneverschuldung und einem riesigen Reformstau. Wir sind es gewesen, die dieses Schiff wieder flott und stark gemacht haben! Wir haben unser Land modernisiert und neu aufgestellt! Wir waren das!

(Beifall)

Und wir hatten den richtigen Kompass, nicht die anderen. Zum Beispiel bei der Reform der Alterssicherung. Ich weiß noch genau, wie viele Experten vor 8 Jahren gesagt haben: Lasst das mit den Reformen, private Vorsorge mit Aktien bringt mehr Rendite fürs Alter. Wir haben erwidert: Nein, die gesetzliche Rente wird nicht auf Kapitaldeckung umgestellt. Die Altersvorsorge darf nicht von den Aktienkursen abhängen. Aber wir bauen eine zusätzliche Säule auf.

Und heute? Bei uns müssen die Rentner nicht jeden Tag Börsenfernsehen gucken und um ihr Erspartes zittern.

(Beifall)

Das ist Ergebnis unserer Politik! Menschen für Menschen war unser Grundsatz!

Ich hab' mir manchmal vorgestellt, was passiert wäre, wenn wir auf diese Experten gehört hätten. Es hätte unser Land zerrissen! Danke, dass Du damals gestanden hast, lieber Walter Riester!

(Beifall)

Und erinnere ich mich richtig? Gab es damals nicht auch viele, die gesagt haben: Die Gewerbesteuer ist des Teufels und ein Schaden für unser Land? Wir haben gesagt: Die

Kommunen brauchen weiter die Gewerbesteuer, damit sie verlässliche Einnahmen haben – und sie haben sie. Sie haben sie wegen uns! Wir haben das durchgesetzt!

(Beifall)

Darum werden heute endlich wieder Schulen renoviert, Straßen und Turnhallen erneuert – und das hoffentlich von den Handwerksfirmen vor Ort. Lasst mich an dieser Stelle auch einen Dank an alle sagen, die für unsere Partei in den Kommunen arbeiten. Wir sind eine starke Kommunalpartei mit Bürgermeistern, die Vertrauen und Mehrheiten schaffen: Christian Ude in München, Ulrich Maly in Nürnberg, Frank Baranowski in Gelsenkirchen, Barbara Ludwig in Chemnitz, Bärbel Dieckmann in Bonn, Frank Szymanski in Cottbus, sie stellvertretend für viele andere. Ihr seid das Herz der SPD!

(Beifall)

Aber Ihr seid es auch, die sich erinnern, wie Privatbanken und Marktradikale in Brüssel das Sparkassenwesen in Deutschland schleifen wollten. Wir haben immer dagegen gehalten, und das erweist sich jetzt als Segen! Millionen Menschen schlafen deswegen heute ruhiger, die Mittelständler und Einzelhändler haben ihren verlässlichen Partner in der Kreditwirtschaft behalten. Wir haben das nicht dem Zeitgeist geopfert. Auch hier hatten wir den richtigen Kompass!

(Beifall)

Nur einer weiß immer noch nicht, wo es langgeht: der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers will die Sparkassen für private Beteiligungen öffnen! Das ist eine Politik, die glasklar gegen die Interessen der kleinen Leute und kleinen Betriebe geht!

(Beifall)

Liebe Hannelore Kraft, du hast die Unterstützung der ganzen SPD gegen diesen Unsinn! Und ich bin sicher: Nicht nur wir, auch 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen stehen bei diesem Kampf hinter dir! Jetzt erst recht!

(Beifall)

Aber wir haben nicht nur verteidigt, was ist, wir haben aus alter Stärke auch neue Stärken gemacht. Als alle in den späten Neunzigern nur noch von der „new economy“ sprachen, als Industrie als Sache von gestern galt, haben wir gesagt: Nein, Deutschland kann nicht nur vom Internet, von Banken und Versicherungen, vom An- und Verkauf leben. Unsere Wirtschaft wird nicht überleben, wenn sich die Deutschen nur noch gegenseitig die Haare schneiden! Wir haben unsere Industrie und das produzierende Gewerbe nicht verloren gegeben, wir haben uns darum gekümmert! Wie oft war ich deswegen in Brüssel und anderswo! Viele Neunmalkluge haben das damals belächelt, als altmodische Spinnerei, als Verweigerung der Moderne. Aber heute sehen wir, wie

sich das für die Arbeitnehmer und ihre Familien auszahlt. In Großbritannien beneiden sie uns! Da hängt die Volkswirtschaft inzwischen zu 40 Prozent vom Finanzsektor ab, unsere nur zu 13 Prozent. Die hätten jetzt gerne unsere unseren Mittelstand und unsere starke Industrie von Stahl über die Chemie bis zum Maschinenbau und Automobilbau. Das macht uns wetterfester als andere, das müssen wir pflegen, auch in Zukunft.

Und die vielen anderen neuen Jobs! Ulla Schmidt hat gerade die Weichen dafür gestellt, dass im Gesundheitswesen 20.000 neue Pflegekräfte hinzukommen. Und wenn ich auf Klaus Wowereit schaue: Hier in Berlin ist der am dynamischsten wachsende Sektor die Kreativwirtschaft. Da kommt Neues dazu. Aber: Wir müssen Industrie und produzierendes Gewerbe schützen. So kommen wir voran in Deutschland!

(Beifall)

Unser Land ist stark. Bei den Arbeitslosenzahlen steht Ende diesen Monats wahrscheinlich wieder eine Zwei vor dem Komma – zum ersten Mal seit 16 Jahren. Und wenn ich sage „Weniger als drei Millionen“, dann ist das natürlich immer noch viel zu viel. Aber hinter denen, die Arbeit gefunden haben, dahinter stecken unzählige Geschichten und Gesichter. Frauen und Männer, die wieder gebraucht werden und anpacken können, die wieder Zuversicht haben, eine Perspektive für sich und ihre Familie. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist die Frucht unserer langfristigen Politik. Unser Kampf für Wachstum und Beschäftigung und gegen die Arbeitslosigkeit. Das zeigt doch jetzt Erfolg, und gerade weil jetzt wieder schwierigere Zeiten kommen, sage ich: Wir haben richtig gehandelt, und dazu sollten wir stehen!

(Beifall)

Und noch etwas ist für uns ein Vorteil, den wir bewirkt haben: Deutschland ist in diesen Jahren weltoffener und toleranter als jemals zuvor geworden. So weltoffen, tolerant und zivil, dass die Konservativen dieses Land nicht mehr prägen können. Wir haben mit dem Unsinn aufgeräumt, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist. Wir haben Ausländerkinder zu Inländerkindern gemacht!

Wir haben klargemacht: Echte Partnerschaft von zwei Menschen, die füreinander sorgen wollen, findet sich nicht nur zwischen Frau und Mann.

Wir haben für Millionen Frauen und Männer, die beides wollen – Kinder und Beruf – mehr Ganztagschulen und Ganztagskindergärten durchgesetzt!

Wir haben das Konzept zum Elterngeld entwickelt, ich bin mit Renate Schmidt selbst tingeln gegangen für dieses Projekt. Und wir haben es später gegen Widerstände der Konservativen in der Union im Bundestag verabschiedet!

(Beifall)

Und wir haben der Kultur in der Politik den Rang verschafft, der ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen entspricht: nicht als Zaungast beim Sektempfang, sondern mit einem Staatsminister im Bundeskanzleramt! Und der nächste ist wieder von uns!

(Beifall)

Fortschritt in Deutschland trägt unsere sozialdemokratische Handschrift! Nie war Deutschland, seine Kultur und seine innere Verfassung, so zutiefst sozialdemokratisch wie heute!

Das ist ganz wesentlich ein Verdienst unserer Partei, unseres mutigen Kampfes, und eines Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Lieber Gerd, herzlichen Dank für deine Arbeit und diese Leistung!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß natürlich auch um die Wunden, die bei der Durchsetzung dieser Politik bei manchen entstanden sind. Darum bin ich froh, dass wir mit dem Hamburger Programm wieder eine politische Basis haben, auf der sich alle sammeln. Das ist der Verdienst von Kurt Beck, und das wird bleiben!

(Beifall)

Kurt, du hast die Partei durch eine schwierige Zeit geführt – dafür schulden wir dir großen Dank und aufrichtigen Respekt!

(Beifall)

Das Hamburger Programm ist vorsorgender Sozialstaat und gute Arbeit, innovative Wirtschaftspolitik und Ordnung auf den Märkten, Klimaschutz und Wachstum durch ökologische Industriepolitik. Und nicht zuletzt, ganz zentral im Hamburger Programm: Bildung als die große soziale Frage unserer Zeit. Da liegen die Aufgaben, für uns alle gemeinsam!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, heute ist nicht die Zeit für kleine Ziele. Wir erleben eine Zeit, in der die Politik den Blick heben und nach vorn richten muss, damit wir die großen und grundlegenden Aufgaben sehen. Ich arbeite dafür, dass wir im Jahr 2020 sagen können: Wir haben heute in der Krise das Richtige getan. Wir haben heute für neue Ordnung und neues Wachstum gesorgt. Dass wir sagen können: Wir haben mit kluger, vorausschauender Politik die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpft, sondern besiegt. In Westdeutschland und in Ostdeutschland. In einem sozial geeinten Deutschland. Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Vollbeschäftigung zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen – das ist keine Utopie. Mit mutiger Politik schaffen wir das, trotz der aktuellen Krise!

(Beifall)

Ich will mit euch dafür arbeiten, dass jeder gleiche Chancen auf sozialen Aufstieg hat. Wir wollen gemeinsam bessere Bildung nicht nur beschwören, sondern erreichen. Bildung ist Menschenrecht. Gute Bildungschancen sind eine Frage von Emanzipation und Demokratie. Und deshalb sage ich: Die Gebühren vom Kindergarten bis zur Uni müssen weg.

(Beifall)

Ich weiß: Auch die Unionsparteien reden über Bildung. Das ist modern geworden. Aber meinen sie es auch ernst? Wenn es drauf ankommt, mehr junge Leute an die Uni zu bringen, führt die Union Studiengebühren ein. Wenn es drauf ankommt, mehr Geld für bessere Kindergärten und Schulen zu mobilisieren, da sind ihnen Steuergeschenke wichtiger, von denen die Gutverdiener am meisten haben. Wenn es drauf ankommt, für Kinder was zu tun, die es zu Hause schwer haben, zum Beispiel mit Ganztagschulen, schaltet die Union häufig immer noch auf stur. Und nirgends ist die Zahl der Kinder, die es bis zum Abitur schaffen, so niedrig wie im angeblichen Vorzeigeland Bayern.

(Beifall)

Liebe Freunde, dass ich heute hier stehe, verdanke ich Sozialdemokraten. In meinem Elternhaus war mir keine Schulkarriere in die Wiege gelegt. Ich war der erste in meiner Familie, der Abitur machen durfte, einer der ersten im Dorf überhaupt. Das alles war damals keine Selbstverständlichkeit. Es ging am Ende, weil uns in dieser Zeit sozialdemokratische Bildungspolitik Mut gemacht hat. Sie hat uns Arbeiterkinder spüren lassen, dass wir willkommen sind. Sie hat Orientierung auch den Eltern gegeben, die Angst davor hatten, dass sich ihre Kinder möglicherweise an der Höheren Schule blamieren könnten. Ohne all das, ohne sozialdemokratische Bildungspolitik stünde ich nicht hier. Das ist einer der vielen Gründe, weshalb ich Sozialdemokrat geworden bin.

(Beifall)

Das ist einer der Gründe, weshalb mir Bildung und Durchlässigkeit der Bildungswege ein wirkliches Herzensanliegen sind. Deshalb ertrage ich es kaum, dass wir es in dieser Gesellschaft noch immer zulassen, dass jedes Jahr 80.000 Kinder und Jugendliche die Schule ohne jeden Schulabschluss verlassen.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass jedes Jahr 15 Prozent eines Jahrgangs ohne Berufsausbildung bleiben – wir kennen deren Schicksal!

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass hier eine verlorene Generation heranwächst. Wer soll das ändern, wenn nicht wir? Wenn wir Sozialdemokraten die nächste Regierung führen, dann werden wir alles dafür tun, um diese verlorene Generation in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen! Olaf Scholz hat damit schon angefangen. Wir müssen jetzt das Nachholen des Hauptschulabschlusses fördern. Für jeden eine zweite, und für denjenigen, der es braucht, auch eine dritte Chance.

(Beifall)

Da wir nächste Woche Bildungsgipfel haben, will ich gleich von hier aus den Ministerpräsidenten der Union sagen: Komme mir am Ende Niemand mit der Ausrede, es gebe für Bildung und Schule kein Geld.

(Beifall)

Die Erbschaftssteuer bringt den Ländern vier Milliarden Euro. Geld für Schulen, Geld für Sozialarbeit, Geld für Förderlehrer. Wer die Erbschaftsteuer nicht haben will, tut das auf Kosten unserer Kinder!

(Beifall)

Ich will hier nicht über Kompetenzen und Zuständigkeiten reden, nicht über Schulformen und Instrumente. Richtige Erkenntnisse in Papieren gibt es längst genug, ebenso viele wie gute Beispiele. Deshalb halte ich auch wenig von einer Bildungsstiftung, die wieder nur neue Projekte finanziert. Lasst es uns doch einfach mal anders herum versuchen. Worum es jetzt geht, sind verbindliche Absprachen. Was wäre denn, wenn jedes Land – egal wo es jetzt politisch steht – verbindlich zusagte, ab sofort jedes Jahr die Zahl der Kinder ohne Schulabschluss um mindestens 10 Prozent zu senken, dann haben wir in fünf Jahren das Problem halbiert.

(Beifall)

Herkunft und Stadtviertel dürfen keine Sperr-Riegel in die höheren Etagen der Gesellschaft sein. Das gilt besonders für Kinder aus Zuwandererfamilien. Wir brauchen mehr erfolgreiche Integration, und die gelingt, wenn talentierte Kinder von türkischen oder bosnischen Eltern in unseren Unternehmen endlich auch Prokurist statt Lagerist werden können, wenn sie auch Präsident einer Behörde werden können statt bloß Hausmeister unten am Tor. Wir brauchen diese Kinder – und sie müssen spüren, dass sie bei uns willkommen sind. Das meine ich, wenn ich sage das Bildungsversprechen, was meiner Generation damals gegeben war, müssen wir jetzt unter ganz veränderten Bedingungen neu begründen.

(Beifall)

Lasst mich in diesem Zusammenhang noch etwas anfügen: Es soll ja mal einen führenden Sozialdemokraten gegeben haben, der in jungen Jahren Lehrer als faule Säcke bezeichnet hat. Ich weiß, dass der Betreffende das schon lange nicht mehr so sieht. Trotzdem will ich hier mal ausdrücklich sagen: Ich habe großen Respekt vor der Leistung der Lehrerinnen und Lehrer. Die heute oft nicht nur Stoff durchpauken, sondern auch Erzieher der Kinder sind, Psychologen und Ratgeber – und Vorbild sollen sie auch noch sein. Ich finde, sie hätten manchmal mehr Unterstützung von den Eltern verdient. Und mehr Respekt und Anerkennung von uns allen!

(Beifall)

Für eine gute Zukunft brauchen wir nicht nur kreative Ingenieure. Wir brauchen auch leidenschaftliche Lehrer, die unseren Kindern Lust auf Lernen machen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will, dass Deutschland wieder ein Land des Fortschritts wird. Ein Land, das neugierig und offen in die Zukunft schaut! Ein Land der Facharbeiter und Ingenieure, ein Land der Erfinder und Tüftler. Ein Land der innovativen

Unternehmen. Wir müssen noch mehr investieren in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung!

Denn wir erleben eine Zeitenwende. Der Kulturkampf zwischen Ökologie und Ökonomie ist vorbei. Beides zusammen ist heute das Erfolgsrezept für eine gute Zukunft. Eine kluge und nachhaltige Energiepolitik, die weg vom Öl führt, wird im nächsten Jahrzehnt zum Motor des Fortschritts. Wenn wir effizienter mit Energie umgehen, machen wir Produkte billiger, sparen wir Rohstoffe und eröffnen ganz neue Geschäftsfelder mit zusätzlichen Arbeitsplätzen.

(Beifall)

Zurzeit leben etwa 1,5 Milliarden Menschen in entwickelten Gesellschaften, schon in einer Generation, 2025 bis 2030, werden es 4 Milliarden Menschen sein. Der Welthandel wird sich in dieser Zeit nochmals verdoppeln. Die Menschen werden Maschinen und Produkte brauchen. Maschinen, die mit weniger Energie auskommen; Produkte aus neuen Materialien statt aus teuren Rohstoffen. Vieles davon könnte aus unserem Land kommen.

(Beifall)

In all' dem liegen jedenfalls große Zukunftschancen für sichere und neue Arbeitsplätze in Deutschland. Eine intelligente Politik kann eine Menge tun, dass wir diese Chancen nutzen. Mit gezielter Förderung unserer Leitmärkte, mit intelligenter Regulierung und mit wachem Blick auf die Innovationszyklen unserer Wirtschaft.

Deutschland ist ein Industriestandort und muss es bleiben. Deshalb brauchen wir eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Und diese muss möglichst umweltfreundlich und nachhaltig sein. Beides muss unser Anspruch sein!

(Beifall)

Wir haben den Atomausstieg durchgesetzt, und ich sage es hier ganz deutlich, nicht nur weil ich Monate, Wochen, Tage und Nächte damit zugebracht habe: Dieser Weg ist richtig!

(Beifall)

Die CDU behauptet, Atomkraft ist die Öko-Energie des 21. Jahrhunderts. Das hat der CDU-Generalsekretär wirklich ernst gemeint! Ich kann nur sagen: Wenn Atomkraft die Öko-Energie des 21. Jahrhunderts ist, dann ist die Erde eine Scheibe.

Die CDU hat bei der Auswahl ihrer Generalsekretäre einfach Pech!

(Heiterkeit)

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, eine sichere Energieversorgung wird es nur geben, wenn wir neue Wege gehen.

Erstens: Energie-Effizienz, ein riesiges Potenzial, mit dem wir die Kapazität von vier bis fünf Atomkraftwerken einsparen können. In Jena habe ich mir angeschaut, wie Licht mit einem Siebtel der heutigen Energie entsteht. Ein Quantensprung bei der Energieeinsparung und dazu noch: „Made in Ostdeutschland“.

(Beifall)

Zweitens: massiver Ausbau der erneuerbaren Energien. Nichts Neues für uns, wir haben das begonnen. Ich will, dass bis 2020 rund ein Drittel des Stroms in Deutschland aus Wind, Sonne und anderen regenerativen Energien stammt.

(Beifall)

Und drittens: Ich will bis 2020 doppelt so viele Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Aber selbst wenn dies geschafft ist, dürfen wir uns nicht in die Tasche lügen. Auch wenn ich weiß, dass es dazu andere Meinungen gibt, sage ich: Ein Industriestandort wie Deutschland, an dem 40 Millionen Arbeitsplätze hängen, wird auf absehbare Zeit auch neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke brauchen.

(Beifall)

Wer keine neuen Kohlekraftwerke, natürlich auf dem neusten Stand der Technik, baut, hält die alten, ineffizienten am Netz – das ist kein Beitrag für eine bessere Umwelt! Meine herzliche Bitte ist: Überseht das nicht!

Aber es kommt nicht nur auf die Produktion an, auch auf die Verteilung von Energie kommt es an. Und auch hier stehen wir vor grundlegenden Veränderungen. Einige Unternehmen wollen sich von ihren Stromnetzen trennen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, was damit passiert. Leistungsfähige, intelligente Netze sind die Lebensadern unseres Landes. Leistungsfähige Netze sind aber auch die Voraussetzung für die Erneuerung unserer Energieversorgung.

Ich will, dass der Staat deshalb mit in die Verantwortung geht. Die Zukunft der Netze ist eine gemeinsame Aufgabe von deutschem Staat und deutscher Wirtschaft, wenn notwendig auch eine Netzgesellschaft mit Beteiligung des Staates.

(Beifall)

Ich bin jedenfalls überzeugt: Einen so zentralen Teil deutscher Infrastruktur dürfen nicht einfach völlig aus der Hand gegeben. Wir reden hier nicht über nachgeordnete Spiegelstriche von Energiepolitik. Worum es hier geht, das kann langfristig die Kernfrage der nationalen Energiesicherheit sein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will, dass wir das „Modell Deutschland“, mit dem Willy Brandt und Helmut Schmidt so erfolgreich regiert haben, für die Zukunft

neu begründen. Lieber Helmut: Niemand hat mehr politische Autorität in diesem Land als Du! Misch Dich weiter ein!

(Beifall)

Ich will mit euch ein Land, in dem jeder seinen Platz hat, an dem er geschätzt und gebraucht wird: im Beruf, in seiner Familie. Ein Land, in dem gute Arbeit respektiert wird; in dem man weiß, dass Arbeit nicht nur einen Preis hat, sondern auch einen Wert. Ein Land, in dem Frauen nicht weniger verdienen, obwohl sie mindestens genauso viel leisten.

(Beifall)

Ein Land, in dem die Starken den Schwachen helfen und in dem wir den Schwachen helfen, stark zu werden.

(Beifall)

Ich will mit euch ein Land, das in Europa und der Welt für Frieden und Verständigung steht. Dafür arbeite ich. Ein Land, in dem man ohne Angst voreinander verschieden sein kann, wie das Johannes Rau gesagt hat; und in dem man sich an die Regeln hält, weil das die Grundlage für jede tolerante und liberale Gesellschaft ist. Ein Land, in das der Glaube an unsere gemeinsamen Kräfte zurückkehrt. Und ich will einen Punkt herausheben, der mir besonders am Herzen liegt: Ich will ein Land, in dem Null Toleranz gegenüber Rassisten und Rechtsextremisten herrscht,

(Beifall)

ein Land, das Hetzjagden von Neonazis gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Meinung nicht duldet. Das sind wir nicht nur den Opfern des Nationalsozialismus schuldig, das sind wir auch der Geschichte unserer Partei und der demokratischen Ordnung insgesamt schuldig.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die CDU sagt, sie ist die Mitte – neuerdings heißt das: „bürgerliche Mitte“. Ich weiß nicht genau, was das bedeuten soll. Sicher ist nur: Wir alle sollen nicht dazugehören! Das ist der alte Dünkel einer Staatspartei, und das ist nicht unser Bild von unserem Land. In unserem Land wird Politik für alle gemacht. Und die Mehrheit entscheidet, wo es langgeht. Auch bei der nächsten Bundestagswahl.

Diese Mehrheit ist keine Schicht oder Klasse. Sie lässt sich nicht am Steuerbescheid oder dem Berufsstatus erkennen. Es sind all die Menschen, die sich gegen die Vorstellung von oben und unten zur Wehr setzen. Es sind die Menschen, die machen statt meckern, die sagen: Ja, wir packen gemeinsam an! Für diese große Mehrheit in unserem Land werden wir in den kommenden Monaten ein Angebot machen. Ein Wahlprogramm, das auf unserem Hamburger Grundsatzprogramm aufbaut, das konkret ist und zugleich ein ganzes Stück in die Zukunft weist. Wir müssen anspruchsvolle Lösungen erarbeiten; die Dinge zusammendenken. Lösungen suchen, bei denen wir nicht nur die Wirkungen im Blick haben, sondern auch die Nebenwirkungen. Dafür brauchen

wir die Erfahrungen und Sichtweisen von möglichst vielen, unterschiedlichen Menschen - in der SPD und außerhalb.

Ich wünsche mir, dass alle dabei sind! Die Jusos und alle jungen Frauen und Männer: Bringt eure Vorstellungen von der Zukunft zu Papier und zu Gehör; eure Konzepte für eine bessere Bildung und Ausbildung, eure Wünsche an eine Familienpolitik, die euch im Leben hilft und unterstützt. Ihr seid gefragt, weil ihr die Zukunft unseres Landes bestimmen werdet, aber auch die Zukunft der SPD. Bitte beteiligt euch an dem, was wir jetzt vor uns haben.

(Beifall)

Ich bitte die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer: Lasst uns gemeinsam für eine neue Balance in dieser Gesellschaft streiten. Für ein Land, in dem klar ist: Wer Vollzeit arbeitet, muss einen Lohn bekommen, von dem er sich und seine Familie ernähren kann!

(Beifall)

Für ein Land, in dem Mitbestimmung nicht nur geschätzt, sondern auch geschützt wird! In dem Leiharbeit Auftragsspitzen abdeckt und eine Brücke in den Arbeitsmarkt ist, aber kein Instrument zum Lohndumping! In dem wir am Kündigungsschutz nicht rütteln, weil Arbeitnehmer diesen Schutz als Sicherheit und Auffangnetz brauchen.

(Beifall)

Lasst uns auch die Zukunftsaufgaben gemeinsam angehen, mit innovativen Konzepten für die Bildung und Qualifizierung, wie sie Andrea Nahles mit der Arbeitsversicherung entwickelt; und mit flexiblen Übergängen für ältere Arbeitnehmer. Wir brauchen die Älteren. Wir können auf ihre Erfahrungen nicht verzichten – auch im Betrieb nicht. Lasst uns die Arbeitswelt danach gestalten!

(Beifall)

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen besser als andere, wie es unten aussieht in der Gesellschaft, wo Urlaub und Zweitauto keine Selbstverständlichkeit sind. Darum sind wir auch der Betriebsrat der Nation, wie manche sagen. Das müssen wir nicht zurückweisen. Nur beschränken lassen dürfen wir uns nicht darauf. Wirtschaft ist nicht das Feld der Anderen. Und unsere Leute erwarten von uns, dass wir es nicht den Anderen überlassen. Wirtschaft ist für die SPD oft Pflicht, nicht Kür! Da müssen wir anspruchsvoller werden, uns mehr fordern. Den anderen sind doch gerade die Wahrheiten abhanden gekommen. Das ist eine große Chance für uns!

(Beifall)

Ich lade darum auch die Unternehmer ein, bei uns mitzumachen. Viele glauben, Union und FDP seien ihre natürliche Adresse. Aber ich kenne auch viele, die ins Nachdenken gekommen sind. Die sich uns nähern. Denen sage ich: Herzlich willkommen! Wir sind offen für alle, die ihre soziale und gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen, die

innovativ sind und langfristig denken. Auf dieser Basis wollen wir die Sozialpartnerschaft neu begründen!

(Beifall)

Und ich wende mich an die Älteren im Land - das werden immer mehr, die AG 60plus ist bei uns jetzt die größte Arbeitsgemeinschaft: Die Menschen leben länger, sind länger aktiv und gesund, länger als jede Generation vor uns! Lasst uns gemeinsam überlegen, wie ein Teil dieses Geschenks auch für die Gemeinschaft genutzt wird. Im Ehrenamt, für andere, auch für allein erziehende Mütter und überforderte Familien. Es gibt so viel Sinnvolles zu tun! Wir brauchen euch!

(Beifall)

Neugier, Vision und Erfahrung – das hatte immer Heimat in der SPD. Wir brauchen euch alle, die Jüngeren und die Älteren. Ihr seid Teil des Aufbruchs, der von diesem Parteitag ausgehen soll. Bitte fasst den Mut, dass es ein Aufbruch wird.

(Beifall)

Liebe Genossen, das ist nicht irgendein Parteitag, und 2008 ist nicht irgendein Jahr. Deutschland erlebt eine Zeitenwende der Globalisierung. Die Politik kehrt zurück. Die soziale Demokratie ist wieder da. 2008 ist das Jahr dieser Wende. Und auf das Wendejahr folgt das Jahr der Entscheidung. Machen wir uns bereit. Fassen wir den Mut, den die Verantwortung braucht.

Genossinnen und Genossen, Wahlergebnisse kommen nicht von allein. Wir werden kämpfen müssen, härter als zuvor. Und wer kämpfen will, braucht Kraft. Die Kraft der Partei – eure Kraft! Und die SPD braucht eine Führung, die sich mit ganzer Kraft einbringt. Was mich angeht, so verspreche ich das, und Franz und die anderen werden das auch tun.

(Beifall)

Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl zu sein, ist die höchste Verantwortung in der SPD im kommenden Jahr. Ich bin mir der Ehre, aber auch der Verantwortung bewusst. Ich hab das Kanzleramt von innen gesehen; ich weiß, was auf mich zukommt, im nächsten Jahr und nach dem Wahltag. Ich hab mich geprüft und ich hab nicht leichtfertig entschieden: Wenn ihr Vertrauen habt, dann bin ich bereit.

(Anhaltender Beifall)

Ich will den Weg gehen. Ich möchte ihn mit euch gehen. Ich möchte ihn mit allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gehen, die daran arbeiten wollen, unser Land besser und menschlicher zu machen.

Ich rufe euch auf: Weg mit dem Kleinmut, zeigt Zuversicht und zeigt Selbstbewusstsein. Schließt die Reihen. Spielt nicht auf Platz, spielt auf Sieg. Lasst uns kämpfen, damit Deutschland gewinnt!

Glück auf!

(Starker, lang anhaltender Beifall – Stehende Ovationen)

Aussprache

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir möchten uns bei Frank-Walter Steinmeier für diese programmatische und kämpferische Rede bedanken, die die Sozialdemokratie für die Herausforderungen positioniert, die auf uns zukommen werden.

(Beifall)

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich noch einen lieben Gast begrüßen. Für die Evangelische Kirche ist der stellvertretende Bevollmächtigte der EKD da. David Gill, recht herzlich willkommen!

Ich darf feststellen, dass der Antragschluss um 12.00 Uhr eingetreten ist. Die Antragskommission wird sich im Estrel Saal C beim Eingang treffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Aussprache über die Rede von Frank-Walter Steinmeier. Ihr wisst, dass wir ein begrenztes Zeitkontingent haben. Deshalb schlagen wir euch eine Redezeit von 5 Minuten und eine zeitliche Begrenzung der Aussprache auf 45 Minuten vor. Kann ich das als Konsens feststellen? – Das ist der Fall. Dann bedanke ich mich bei euch.

Als Erste hat Heidemarie Wiczorek-Zeul das Wort.

Heidemarie Wiczorek-Zeul, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Frank-Walter hat gesagt, wir sind in der zweiten Phase der politischen Globalisierung. Daran will ich anschließen; denn da gilt auch unsere Verantwortung. Es gilt die Verantwortung auch gegenüber dem drei Viertel der Menschheit, das nicht in den Industrieländern vertreten ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich dabei um die Länder handelt, die von der Krise, die augenblicklich die Industriestaaten haben, besonders betroffen sind. Ich will das ausdrücklich sagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass dies so ist, dass diese Menschen besonders leiden, hängt mit drei Krisen zusammen, die sich binden: höhere Nahrungsmittelpreise und Hunger, Ölpreise und die Finanzkrise. Das bedeutet, dass auch sie in einen schweren wirtschaftlichen Abschwung geraten. Sie können weniger exportieren, sie können weniger Kredite aufnehmen, und sie können die Armut nicht reduzieren.

Deshalb sage ich: Diejenigen, die die Verantwortung für diese Finanzkrise tragen, tragen mit dazu bei, dass in der Welt Hunger und Armut wachsen. Das ist ein Verbrechen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn es ist unerträglich in dieser Welt, dass wir wachsende Armutszahlen haben. Schon jetzt sind 100 Millionen Menschen mehr in Armut gefallen.

Aussprache

Von den ökonomischen Auswirkungen, die ja anschließend politische Auswirkungen haben, sind 25 Länder schon heute besonders betroffen. Ihre Handelsverhältnisse, diese Terms of Trade, sind so verändert, dass sie 5 % weniger in ihrem Bruttonationalprodukt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Finanzkrise ist keine Naturkatastrophe, sondern eine Katastrophe, die von denjenigen verursacht worden ist, die uns über lange Jahre und Jahrzehnte erzählt haben, dass es freie Märkte und nur freie Märkte seien, die die Welt beherrschen müssten, und die den Staat an den Rand gedrängt haben. Deshalb ist es eine Katastrophe, für die sie die Verantwortung haben. Deshalb müssen wir sie auch zur Rechenschaft ziehen.

Ich will auch noch sagen, liebe Genossinnen und Genossen – jeder wird das einsehen: Es war gut, dass die internationale Gemeinschaft mittlerweile in kurzer Zeit dreistellige Milliardenbeträge zur Rettung des Finanzsystems hat mobilisieren können. Aber dann sage ich auch: Wenn das möglich ist, dann muss es auch möglich sein, den politischen Willen zu erbringen, um die Milliardenbeträge zu erbringen, die notwendig sind, um die Welt von Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und vom Klimawandel zu retten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dafür müssen wir die Kraft haben. Das sind unsere Aufgaben.

Es geht darum, die Spaltung, die in dieser Welt und auch in dieser Gesellschaft wächst, zu überwinden. Sonst wären größere Konflikte, Gewalt und Instabilität die Konsequenz.

Anders als in den 20er-Jahren erreicht uns heute jede Entwicklung, die weltweit existiert, auch in unserem Land. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir Regeln für die Finanzmärkte, globale Regeln. Wir brauchen – das haben wir ja in unserem Hamburger Programm ausgedrückt – einen UN-Sicherheitsrat für ökonomische und soziale Fragen, damit es in der Welt so ist, wie es Franz Müntefering gefordert hat, nämlich dass die Politik und die Demokratie die Welt regieren und nicht die Wirtschaft.

(Beifall)

Deshalb müssen wir dieses Ziel mit unserer Entschlossenheit und mit den großen Zielen entsprechend vertreten.

Wer die Sorge hat, dass es in dieser Situation für die Sozialdemokratie schwierig ist: All das, was im Moment angesagt ist, sind die Ziele, für die die Sozialdemokratie die Lösungen hat. Sie ist auf der Höhe der Zeit. Lasst uns dafür sorgen, dass diese Ziele umgesetzt werden! Das ist unsere Zeit. Mit uns zieht diese neue Zeit. – Ich danke euch.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Heidi. – Jetzt folgt Doris Ahnen, danach Peer Steinbrück.

Ich möchte noch die Gelegenheit nutzen, die Vorsitzende des VdK, Ulrike Mascher, und den Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Wilhelm Schmidt, zu begrüßen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter, die allgemeine Begeisterung und der Dank für deine klaren Worte sind eben deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Trotzdem will ich einen Bereich noch einmal betonen, in dem ich für diese klaren Ausführungen besonders dankbar bin, nämlich den Bereich der Bildungspolitik, weil ich der festen Überzeugung bin, dass das auch ein solcher Bereich ist, in dem die Sozialdemokratie als Einzige den richtigen Kompass hat, und weil das auch ein solcher Bereich ist, in dem die Sozialdemokratie gegen Widerstände die Weichen richtig stellen musste. Ich sage euch: Ohne Sozialdemokratie wären die Ganztagschulen heute in Deutschland noch immer eine Ausnahme. Das haben wir durchgesetzt. Darauf können wir aufbauen.

(Beifall)

Ich glaube, dass gerade in diesem Bereich besonders deutlich wird, dass wir Orientierung haben. Für uns ist es unerträglich, dass soziale Herkunft in diesem Maße über Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg entscheidet. Deswegen können wir aus dieser klaren Orientierung auch konkrete Maßnahmen ableiten: von der Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten bis zum Verzicht auf Studiengebühren für einen Hochschulpakt, der diesen Namen wirklich verdient und den Fachkräftebedarf der Zukunft sichert, und gut ausgebauten Ganztagschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, unsere Positionen sind klar. Aber ich sage auch: Bei der Union ist aus meiner Sicht das Gegenteil der Fall. Das ist ein echtes Problem im Vorfeld des Bildungsgipfels. Die Kanzlerin hat mit der Ankündigung ihrer Bildungsreise des Bildungsgipfels Erwartungen erweckt. Ich kann im Moment nicht erkennen, wie diese Erwartungen tatsächlich erfüllt werden sollen. Die Bildungsministerin kündigt 6 Milliarden Euro an, und auf Nachfragen von Olaf Scholz und anderen stellt sich heraus, dass es längst verplantes Geld ist. Und die Unions-Ministerpräsidenten versuchen, gute, abgestimmte und erarbeitete Papiere weichzuspülen. Liebe Genossinnen und Genossen, die einzige, die für diesen Bildungsgipfel eine klare Linie hat, ist die Sozialdemokratie.

Lieber Frank-Walter, ich will dir noch einmal ausdrücklich zustimmen: Die Schulen, die Bildungseinrichtungen brauchen keine vagen Versprechungen von irgendwelchen Stiftungen, ein paar Projektmittel zu bekommen. Sie brauchen eine verlässliche Perspektive, damit wir das Ziel, das du formuliert hast, insbesondere die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher zu reduzieren, wirklich verlässlich erreichen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich: Die klare Aussage „Schulsozialarbeit für unsere Schulen in der Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert“ wäre eine Perspektive für den Bildungsgipfel, damit er am Ende seinen Namen auch verdient.

(Beifall)

Aussprache

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe das an der Stelle auch noch einmal so leidenschaftlich gesagt. Ich bin mir ganz sicher, die Sozialdemokratie wird in vielen Feldern gebraucht, in der Bildungspolitik ganz besonders, und wir alle stehen dafür bereit.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsident: Recht herzlichen Dank, Doris. – Ihr folgt Peer Steinbrück und dann Franziska Droschel.

Peer Steinbrück, stellvertretender Parteivorsitzender: Lieber Frank-Walter, zunächst einen herzlichen Glückwunsch zu einer glänzenden Parteitagsrede.

(Beifall)

Euch einen herzlichen Dank für die Ermunterung und für die Unterstützung, die ihr mir gegeben habt. Es wäre geheuchelt, wenn ich verschweigen würde, dass einem das auch ganz gut tut.

Nun könnte ich euch die jetzige Situation in vielen Zahlen malen, wie gefährlich sie ist, wie die Herausforderung zu beschreiben, zu quantifizieren ist. Ich versuche das einmal auf einem anderen Weg, indem ich die derzeitige Situation versuche zu beschreiben, was sich alles geändert hat.

Der angloamerikanische Sektor, die Briten, die Amerikaner, hat inzwischen Banken verstaatlicht. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das uns seit eineinhalb bis zwei Jahrzehnten wie eine Monstranz entgegengehalten wird, ist dabei, weite Teile seines Bankensektors zu verstaatlichen. An der Wall Street sind keine Investmentbanken mehr zu finden, die uns bis vor kurzer Zeit noch als die Meister des Universums beschrieben worden sind. Die Staatsformen von autokratischen, staatskapitalistischen Ländern wie insbesondere China, aber auch andere, unterstützen inzwischen westliche Banken, um sie zu rekapitalisieren. Deutsche Banker tragen an mich das Ansinnen heran, auch in Deutschland Banken zu verstaatlichen. Wenn sie früher dieses Wort in den Mund genommen haben, haben sie sich anschließend die Zähne geputzt. Aber jetzt ist es ihr Ansinnen, der Staat soll das übernehmen. Russische Oligarchen stellen plötzlich fest, dass der Kapitalismus nicht nur ein Fahrstuhl nach oben ist, sondern auch nach unten, bis hin in den Mittelpunkt der Erde. Diejenigen, die Franz Münterfering vor drei Jahren für den Begriff der Heuschrecken ziemlich gescholten haben, benutzen heute sozialdemokratisches Vokabular, wenn es darum geht, zu beschreiben und Aussichten zu liefern, wie es weitergehen soll. Und die Bankrotteure des realen Sozialismus spielen sich heute im Bundestag und woanders als diejenigen auf, die die größten Antworten und die größten Rechthabereien gegenüber unseren augenblicklichen Sorgen inszenieren können. Das sind die Veränderungen, massive Veränderungen.

Ich glaube, in der Rückbetrachtung von einigen Jahren auf das Jahr 2008 werden wir feststellen, dass dieses Jahr 2008 in vielerlei Hinsicht eine Zäsur gewesen ist. Inwiefern?

Ich glaube, dass sich die Welt hinterher multipolarer darstellen wird und dass die Amerikaner und die Briten ihre Definitionshoheit auch über ihren Einfluss von der Londoner City und von New York verlieren werden, nicht abrupt, nicht in einem Urknall, aber es wird sich langsam, evolutionär verändern. Frank-Walter hat uns den Hinweis gegeben, dass wir uns zukünftig bei der Lösung dieser wie auch anderer Krisen nicht mehr nur auf den Kreis der etablierten G7-Länder, der etablierten Industrieländer reduzieren können, sondern zunehmend andere Länder einbeziehen müssen, weil wir anders weltweite Krisenerscheinungen nicht nur bei den Finanzmärkten nicht mehr in den Griff bekommen. Die Blaupause des marktfundamentalistischen Systems ist falsifiziert, ist ausgehebelt worden. Wir kommen plötzlich zu dem Ergebnis, dass wir ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt justieren müssen. Wir brauchen erkennbar starke Märkte, aber wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der Spielregeln erlässt, der einen institutionellen Rahmen verankert und der regulatorisch einen Rahmen bietet.

Wir stellen fest, dass eine Marge von 25 Prozent, eine 25-prozentige Eigenkapitalrendite auf Dauer nicht zu verdienen ist, weil das ganze System dadurch erschüttert wird und weil man so etwas nur erwirtschaften kann, wenn man andere wissentlich und vorsätzlich beschädigt; sonst macht man solche Margen nicht.

(Beifall)

Wir stellen fest, dass das, was Helmut Schmidt die internationalen Verkehrsregeln nennt, auch auf den Finanzmärkten notwendiger denn je ist. Sein Hinweis: Wir haben Verkehrsregeln im Bereich des Luftverkehrs, wir haben solche Verkehrsregeln oder Verfahren im Bereich der Seuchenbekämpfung. Aber ausgerechnet in dem Bereich, der sich am dynamischsten entwickelt, nämlich dem des Finanzkapitalismus, der Finanzindustrie, haben wir diese Regeln rudimentär oder gar nicht.

Wir stellen fest, dass wir in Deutschland an einem stabilen, funktionsfähigen Finanzmarkt interessiert sind, wobei es nicht darum geht, das, was dort stattfindet, in toto oder in einer Armbewegung, zu verdämmen. Wir stellen fest, wir haben einen Mittelständler, der einen Betriebsmittelkredit braucht, eine Kommune, die einen Kassenkredit braucht, ein großes Unternehmen, das arbeitsplatzschaffende oder -erhaltende Investitionen braucht, sodass wir mit Blick auf die Sparer und mit Blick auf diejenigen, die Altersvorsorge betreiben, einen robusten Finanzmarktsektor und damit auch tüchtige Bankmanager brauchen.

Das schließt nicht aus, dass diejenigen, die dabei als Brandstifter tätig sind, ausgeschaltet werden müssen, dass Brandsätze beseitigt werden müssen und dass ein besserer Brandschutz betrieben werden muss. Dies ist darauf gerichtet – so glaube ich –, dass die Sozialdemokratie auf der Höhe der Zeit ist, um richtige Antworten zu geben. Es sind sozialdemokratische Antworten, die wir in dieser Zeit liefern können.

(Beifall)

Erstens eine Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft, in der das Verhältnis zwischen Staat und Markt neu justiert und austariert wird. Das ist das System, das uns

Aussprache

noch am ehesten mehrere Dinge auf einmal verspricht: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in einer globalen Welt, individuelle Freiheitsrechte, intakte, demokratische Institutionen und den Zusammenhalt dieser Gesellschaft, also das, was wir soziale Gerechtigkeit nennen.

Wir brauchen Banken, aber wir brauchen Banken in einer dienenden Funktion für den Mittelstand, in einer dienenden Funktion für die Sparerinnen und Sparer, in einer dienenden Funktion für Gebietskörperschaften. Das heißt, wir müssen dafür Sorge tragen, dass die sich nicht als diejenigen aufspielen, die alles andere bestimmen können und die versuchen, sich auch Politik und demokratische Institutionen Untertan zu machen.

Wir brauchen eine internationale Kooperation. Wir werden Spielregeln nur in der Reichweite über Deutschland hinaus im europäischen wie im internationalen Bereich erlassen können. Ich glaube, es waren maßgeblich auch sozialdemokratische Impulsgeber, die darauf rechtzeitig aufmerksam gemacht haben, und zwar in der jetzigen Regierung wie auch in Vorgängerregierungen, wenn ich an Helmut Schmidt denke und wenn ich auch an Gerhard Schröder denke.

(Beifall)

Mich bekümmert, dass wir es nicht nur mit wirtschaftlichen Kosten zu tun haben, Genossinnen und Genossen, sondern wir haben es erkennbar auch mit politischen, gesellschaftlichen Kosten im Lichte dieser Krise zu tun. Denn es gibt viele Menschen, denen die ungeheuren Summen, um die es geht, denen die Komplexität, die Anonymität dieser Finanzindustrie so fern ist und die angesichts von zusammenbrechenden Banken, der Tendenz, private Gewinne privat einzustreichen, aber die Verluste zu sozialisieren, feststellen, dass es spekulative Exzesse gibt, in denen Managergehälter und Abfindungen eine Dimension angenommen haben, die in einem totalen Missverhältnis zu den normalen Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Menschen stehen. Mit dem Ergebnis, dass diese Menschen dieser sozialen Marktwirtschaft bzw. unserem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell möglicherweise die Akzeptanz, die Zustimmung entziehen. Sie addieren das um die Erfahrungen, die sie mit gelegentlichen Fällen von Steuerhinterziehung bzw. von Korruption machen, und fangen an zu zweifeln, ob dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eigentlich so akzeptabel ist, für das sie es in den vergangenen Jahrzehnten gehalten haben. Das sind die gefährlichen politischen, gesellschaftlichen Kosten, die andere Kräfte – auch politische Kräfte –, irrationale Kräfte möglicherweise ausbeuten könnten und die bei Wahlakten entweder dazu führen, dass viele Menschen gar nicht mehr wählen gehen, oder sie wählen etwas erkennbar in einem ausfransenden Parteispektrum.

Wir werden diese politischen, gesellschaftlichen Kosten sehr viel stärker zum Thema erheben müssen als nur die Beschränkung auf die wirtschaftlichen Kosten, mit denen wir es zu tun haben.

(Beifall)

Das, was mir am meisten stinkt – um das deutlich zu sagen –, ist, dass es in einer solchen Glaubwürdigkeitskrise, wo Vertrauen verloren gegangen ist, eine Art Arbeitsteilung gibt. Das heißt, dass die wirtschaftlichen Eliten, die daran beteiligt sind, die Verantwortung, wieder eine Legitimation dieses Ordnungsmodells zu schaffen, einseitig der Politik zuordnen. Das heißt, wir haben es mit der grotesken Situation zu tun, dass sich jetzt Manager das Vertrauen, dass sie untereinander nicht mehr haben, von der Politik leihen müssen, um das System wieder zu stabilisieren.

(Beifall)

Diese Arbeitsteilung dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen. Die Politik wird ihre Verantwortung übernehmen müssen. Aber wenn wir weiter in einer gesellschaftlichen Balance leben wollen, indem der Markt in der Tat das tut, wo aber die Politik und die demokratischen Institutionen immer noch das Primat haben, und wenn wir wieder in diese Balance zurückkommen wollen, wird nicht nur die Politik, sondern werden auch andere gesellschaftlichen Eliten bzw. Verantwortungsträger in den Medien und auch anderswo aus dieser Krise genauso lernen müssen wie wir.

Fazit: Ich glaube, mit Blick auf die Frage unseres Gesellschaftsmodells, einer Reaktivierung, einer Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft, der Notwendigkeit, einen handlungsfähigen Staat zu haben, haben wir dafür Sorge zu tragen, dass der Staat das leistet, wozu er da ist, dass er aber nicht mit seiner Rationalität in alle gesellschaftlichen Bereiche so weit eingreift, dass wir es mit einem Auseinandertreiben unserer Gesellschaft zu tun haben.

Wenn wir zu einer internationalen Kooperation und zu internationalen Verabredungen kommen, ist die SPD die politische Kraft, die im Augenblick die besten Antworten hat, um auf diese Krise zu reagieren und in Zukunft möglichst dazu beizutragen, dass sich das nicht wiederholt. Vielen Dank für das Zuhören.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteipräsident: Danke, Peer. Franziska hat das Wort, ihr folgt Jean Asselborn.

Franziska Drohse, Juso-Vorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter! Wir bringen uns gern in die Debatte in den nächsten Wochen und Monaten ein und freuen uns darauf, eine konstruktive und solidarische Diskussion zu führen. Das Schöne ist: Man kann heute bereits damit beginnen. Der Zusammenbruch der weltweiten Finanzarchitektur hat klar gezeigt, dass der Neoliberalismus am Ende ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die Politik der Deregulierung hat ganze Volkswirtschaften in den Ruin getrieben und die Steuerzahler rund um den Globus für ihr Versagen in Haftung genommen. Damit muss nun ein für allemal Schluss sein, und das muss die Sozialdemokratie wiederherstellen.

(Beifall)

Aussprache

Viel zu lange haben auch Teile unserer Partei geglaubt, die Krisenhaftigkeit dieses Systems, des Kapitalismus, gehöre der Vergangenheit an, und sind neoliberalen Heilsversprechen auf den Leim gegangen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten zwei Jahren ist es gelungen, Vertrauen wieder aufzubauen bei Menschen, die nicht mehr an uns geglaubt haben. Wir haben gezeigt, dass wir selbstkritisch unsere eigenen Beschlüsse korrigieren können, gesellschaftliche Realitäten anerkennen und uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht wieder verspielen.

(Beifall)

Der Irrationalität und Unvernunft der Marktwirtschaft müssen wir mit Rationalität und Verstand begegnen. Das bedeutet zuallererst, die Reste neoliberaler Ideologie, die noch immer den Weg versperren, zu beseitigen. Die Sozialdemokratie ist die älteste Partei Deutschlands. Uns gab es schon, als die letzte Weltwirtschaftskrise die Welt erschütterte. Sozialdemokraten waren es, die die Sozialdemokraten analysierten und Lösungen erarbeiten. Sozialdemokraten waren es, die nicht kurzfristigen Marktlogiken gefolgt sind, sondern auf Grundlage einer kohärenten Analyse das System selbst als das Problem erkannt haben.

Deswegen bin ich, ehrlich gesagt, etwas enttäuscht, was die Positionierung im Bereich Finanzmärkte angeht, die wir heute auch noch debattieren und über die wir beschließen werden. Wenn selbst in Leitartikeln der „FAZ“ gefordert wird, private Ratingagenturen zu entwerten und internationale zu gründen, und wenn selbst das „Börsenblatt“ fordert, dass nicht nur Verluste sozialisiert werden dürfen, ist unser Forderungskatalog an der Stelle etwas weich gespült, um es vorsichtig zu formulieren.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist der Mut zu Ehrlichkeit. Ehrlichkeit würde bedeuten, zu sagen: Dieses System ist gegen die Wand gefahren. Das Primat der Politik muss wieder hergestellt werden, die Gesellschaft muss wieder über die Wirtschaft entscheiden können.

(Beifall)

Niemand in der Bevölkerung findet nachvollziehbar, dass Verluste sozialisiert werden und Profite privat eingestrichen werden. Genossinnen und Genossen, die Antwort muss ganz klar sein: Wenn elementare Bereiche des Zusammenlebens privatwirtschaftlich nicht funktionieren, gehören sie in staatliche Kontrolle. Dafür muss die Sozialdemokratie kämpfen.

Ich sage an der Stelle auch, dass die SPD diese Situation nutzen sollte, die Bahnprivatisierung, die in der Partei sowieso schon lange umstritten war, zurückzunehmen. Sie käme zurzeit dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums gleich.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir es schaffen, die Irrungen des Neoliberalismus hinter uns zu lassen, werden wir nicht nur wieder die Wahlen gewinnen, sondern wir werden die Welt auch wieder zum Besseren verändern. In diesem Sinne: alternative soziale Gerechtigkeit!

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Danke, Franziska. Es folgt der Außenminister Luxemburgs, unser Freund Jean Asselborn; danach Björn Böhning.

Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Letztes Jahr im Oktober durfte ein Luxemburger das erste Mal vor einem Ordentlichen Parteitag der SPD das Wort ergreifen. Heute ist es das erste Mal, dass ein Luxemburger die große Freude hat, vor einem Außerordentlichen Parteitag sprechen zu dürfen.

(Beifall)

Für nächstes Jahr melde ich mich schon an, um für ein paar Minuten einzugreifen – dann auf dem Bundesparteitag zu Ehren des neuen Kanzlers Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin hier, weil mir die Ehre zuteil wurde, einige Gedanken zu meinem besten Freund im politischen Alltag an euch zu richten. Die Vita, die Biografie des Menschen Frank-Walter Steinmeier kenne ich kaum. Was ich verinnerlicht habe seit unserer ersten Begegnung, ist seine freundlich-zurückhaltende Art, die Dinge zu sehen, sie zu beschreiben und zu agieren; dann sein natürliches Wesen, wo Menschlichkeit nicht nur manchmal auflodert, sondern konstant hell leuchtet. Ich kenne weder den TSV o8 Brakelsiek, noch kann ich Westfalen-Lippe richtig einordnen, also seine Wurzeln verorten. Was ich weiß, ist, dass Frank-Walter wie viele von uns aus bescheidenen Verhältnissen kommt, dann an sich selbst sehr geschliffen hat, um für höhere Aufgaben gefeit zu sein, ohne dabei seinen Geburtsschein auf der Strecke liegen zu lassen. Der Mensch Frank-Walter Steinmeier ist besonnen und zäh zugleich, bescheiden, aber auch entschlossen. Die Nadel seines Kompasses ist nach vorne gerichtet.

Seine hervorragendste Eigenschaft aber ist ohne Zweifel seine Verlässlichkeit – als Mensch wie als Politiker. Gerade heute, auf stürmischer See im Weltgeschehen, ist dies eine Trumpfkarte, die nicht alle – auch nicht in Deutschland – auszuspielen vermögen.

Den Außenminister Frank-Walter Steinmeier kenne ich aus dem Effeff. Er ist einer der wenigen in der Riege der EU-Außenminister, die in die Tiefe der Dinge tauchen können, ohne dabei zu ertrinken. Wir Außenminister saßen Anfang September im schönen Avignon. Kurz vor Ende der Sitzung und nachdem er lange geduldig manchem nervösen Geplänkel zugehört hat, sagte er uns sinngemäß: Wenn wir eine Europäische Union weiterentwickeln wollen, die geeint und solidarisch zu funktionieren imstande ist, brauchen wir an erster Stelle Einigkeit und Solidarität zwischen uns selbst, solange

kapitale Fragen wie zum Beispiel die europäischen Relationen mit Amerika oder Russland auf der Tagesordnung stehen. Wenn wir unter uns nicht fähig sind, uns alle als Europäer einzuordnen und entsprechend zu handeln, wenn wir uns also gegenseitig selbst verdächtigen, die Interessen der EU zu missachten, also uns ins eigene Knie schießen durch bilaterale statt europäische Beziehungen zu Drittstaaten, wird der Reflex, Europäer zu sein, nie auf fruchtbaren Boden fallen können.

Frank-Walter Steinmeier ist ein Außenminister, der aus der Geschichte seines Landes wie auch seiner Partei weiß, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt ist. Er weiß es von Persönlichkeiten wie Willy Brandt, wie Helmut Schmidt oder wie Gerhard Schröder. Dieses Friedensprojekt, das aus dem Krieg – oder besser gesagt: aus den Kriegen – entstanden ist, würde selbst einem neuen Konflikt in Europa kaum standhalten. Frieden in Europa ist genau wie Demokratie kein Selbstläufer, kein unabdingbares Perpetuum Mobile. Darum ist sein außenpolitisches Handeln konsequent erstens auf Versöhnung und Verbrüderung und zweitens auf strategische Weitsicht ausgelegt. Keiner kann besser als ein deutscher Außenminister, wenn er nach Nordosten wie nach Südosten schaut, prägnanter verdeutlichen, dass Frieden immer eine Dosis Versöhnung und Verbrüderung in seinem Fundament verlangt. Diese großen politischen Worte bedeuten im Alltag der Außenpolitik der Europäischen Union nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, die Schmerzen der Geschichte auf dem Altar der gemeinsamen Zukunftsgestaltung zu opfern und zu akzeptieren, dass das Zusammenleben zwischen Staaten, die die Geschichte des Anfangs wie der Mitte und des Endes des 20. Jahrhunderts schwer beschädigt haben, alternativlos ist.

So gesehen ist Frank-Walter Steinmeier ein unermüdlicher Kämpfer für das alltägliche politische Verständnis zwischen seinem großen Land und den östlichen Nachbarn in der Europäischen Union. Deutschland an erster Stelle kann hier auf diesem sensiblen Gebiet, wo auf beiden Seiten Tag für Tag Konzessionen erforderlich sind, für die EU den richtigen Tritt vorgeben. Zeit und Geduld sind gefragt. Der heutige deutsche Außenminister arbeitet hier hervorragend, genauso weiß er uneingeschränkt, dass sich alle Balkanländer ohne Ausnahme ihrer politischen wie institutionellen Heimat in der EU sicher sein müssen. Auf dem Balkan brauchen wir mehr Verbrüderungsmentalität und weniger Abgrenzungseinstellungen.

Frank-Walter Steinmeier weiß auch, dass die EU Ländern wie der Ukraine, Weißrussland oder Moldawien nicht die kalte Schulter zeigen darf, ohne allerdings dabei von Daten für die Aufnahme in die Europäische Union zu reden. Das ist Irreführung der Menschen in diesen Ländern. Viel Potenzial ist im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik vorhanden, das ausgeschöpft werden kann. Das Gleiche gilt in Sachen NATO. Die Geschichte schlägt Purzelbäume, wenn man forcierte, unausgegorene Entscheidungen fällt, die der Balance der Realität zuwiderlaufen. Ich habe vom strategischen Denken in Frank-Walter Steinmeiers Politikverständnis gesprochen. Erlauben Sie mir noch ganz kurz, auf das Jahr 2009 zu projizieren: Obama ist Präsident in den USA und gibt seinem Land mehr und mehr einen multilateralen Stempel. Medwedjew hat seinem

eigenen Anspruch eines offeneren, demokratischeren Russland mehr Konturen verliehen. Die SPD gewinnt die Wahl, Frank-Walter Steinmeier ist Kanzler.

(Beifall)

Ich bin überzeugt davon, dass der neue Kanzler eine klare Vision für Deutschland und für die EU außenpolitisch zu entwickeln weiß. Bei seinem ersten Besuch in Washington wird er drei unmissverständliche Thesen aufbauen: Erstens. Die EU hat in Amerika seinen ersten, seinen wichtigsten Verbündeten – ein Land, das wir respektieren, ja, mit großer Freundschaft als sehr wichtigen Faktor der Weltpolitik ansehen. Vieles auf der Weltbühne braucht unsere engere Kooperation. Wir sind dazu bereit, mit Amerika für dieselben Ziele und dieselben Werte einzutreten.

Zweitens. Die EU ist ein politisches Ganzes. Wir verlangen, dass dies in all unseren Beziehungen respektiert wird, genauso wie wir erwarten, dass die EU-Außenpolitik Eigenständigkeit vorzuweisen imstande ist. Die Walze, oder – wie Peter Gabriel sagen würde – der Sledgehammer müssen in unserem politischen Verhältnis Geschichte sein.

Drittens. Wir haben diesen europäischen Kontinent geografisch mit Russland zu teilen. Auch deswegen haben die Beziehungen zwischen der EU und Russland eine andere Dimension als zwischen den USA und Russland. Die Europäische Union will nicht in eine Distanzierung zu Russland getrieben werden – schon gar nicht in eine permanente Konfrontation. Wir erwarten viel von Russland in Sachen Menschenrechte, in Sachen individueller Freiheit, ja in Sachen Demokratiementalität im Allgemeinen. Wir erwarten von euch in den USA, dass ihr uns nicht strategisch in eine Spirale der militärischen Aufrüstung und der internationalen Unterkühlung hineintreibt.

Wir brauchen Zusammenarbeit mit Russland in der Europäischen Union, im NATO-Russland-Rat, im Weltsicherheitsrat, im G8. Optimal ist aus unserer Sicht eine enge Kooperation von Europäischer Union, USA und Russland. Der Welt wäre hiermit viel Gutes getan. Ich bin überzeugt, dass Präsident Obama diese Einstellung akzeptieren wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, einen Moment noch zurück in den Oktobermonat 2008: Franz Müntefering und der Partei wünsche ich selbstverständlich „Glück auf!“. Wir brauchen eine starke SPD in der Europäischen Union – vor allem heute, wo Sozialdemokratie so wichtig ist wie vor 150 Jahren, um Schaden vom Sozialstaat abzuwenden, um das Rad der Sozialgeschichte nicht in einem Ruck 150 Jahre in die Zeit der Chancenlosigkeit, der sozialen Unsicherheit, der globalen Ungerechtigkeiten zurückzudrehen. Sozialdemokratie ist „In“; denn Heuschrecken soll es ja geben. Wir haben die Chance, ja, die Pflicht, zu zeigen, dass unser Modell der Menschlichkeit, der Brüderlichkeit und der Gerechtigkeit richtig war und richtig bleibt. Frank-Walter Steinmeier wünsche ich eine SPD, die zu ihm steht, die nach vorne geht, die ihn schützt und ihn verteidigt. Es ist Verlass auf ihn. Er wird sehr gut sein, sehr, sehr gut sein, wenn ihr alle gut seid. – Danke vielmals.

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Danke Jean, für deine Solidarität.

Jetzt kommt Björn Böhning und danach Ludwig Stiegler.

Björn Böhning, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, wir sind in der Tat in einer Zeitenwende. Erinnern wir uns ein Jahr zurück, an die Programmdiskussionen, die wir in Hamburg geführt haben. Lange Diskussionen in der Kommission behandelten die Fragen: Wollen wir das Thema Kapitalismus so ausführlich ansprechen? Wollen wir eine moderne Form der Kapitalismuskritik formulieren? – Dass wir uns entschieden haben, das in Hamburg zu tun, insbesondere mit Blick auf die internationalen Finanzmärkte, zeigt: Diese Diskussion war für die SPD und für die Menschen wichtig, denn sie wissen jetzt: Wir haben heute die glaubwürdigen Antworten jenseits derjenigen, die sich jetzt an Dinge zurückerinnert fühlen, die wir vorher so nie artikuliert haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn auf den internationalen Finanzmärkten Leerkäufe regieren – und das ist nichts anderes, als dass eine Wette auf den Verlust eines Kurses abgeschlossen wird und man gewinnt, wenn dieser Kursverlust eingetreten ist –, dann sage ich, liebe Genossinnen und Genossen: Solche Wetten gehören vielleicht auf die Pferderennbahn, nicht aber an die Börsen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn es ist nicht so, wie es uns jetzt insbesondere einige im Bereich der Wirtschaftsverbände und Banken weismachen wollen, nämlich dass es um bedauerliche Einzelfälle oder um das Fehlverhalten einiger weniger geht. Nein, wenn über Mausclicks Milliarden von Euro und Dollar hin- und hergeschoben werden, der Spekulation Tür und Tor geöffnet wird, dann kann ich nur sagen: Dieses System wollen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist jetzt an der Zeit – Frank-Walter hat es getan –, eine zweite Phase der Globalisierung einzuleiten und deutlich zu machen, dass das, was in Heiligendamm von Peer Steinbrück eingebracht worden ist, jetzt Wirkungsmacht entfalten muss. Ich möchte gleichzeitig sagen: Ich danke den vielen jungen Menschen, die damals auf der Straße dafür demonstriert haben, dass es endlich eine soziale Gestaltung der Globalisierung gibt, liebe Genossinnen und Genossen. Das war wichtig, und diese Ideen sollten wir aufgreifen.

(Beifall)

Ich habe einen Riester-Fonds, den musste ich abschließen, um meine Alterssicherung zu organisieren. Und wenn man sich jetzt die Entwicklung der Fonds ansieht, dann stellt man fest, dass diese Entwicklung jenseits dessen ist, was die Dame bei der Bank oder der Sparkasse einem damals erzählt hat. Aber es zeigt sich jetzt in der Krise, liebe Genossinnen und Genossen, dass es einen Wert dafür gibt, weil jemand garantiert, dass es einen Wert dafür gibt, weil der Staat dafür sorgt, dass die Dinge eben nicht den

Bach runtergehen. Das gilt sowohl für die Alterssicherung als auch für die Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die geschützt werden, damit die Spekulationen sie nicht zerstören, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen finde ich es gut, dass wir den Initiativantrag 1 haben, in dem wir Dinge durchgesetzt haben, die deutlich machen, was die Regulation der Finanzmärkte ist. Jawohl, ich könnte mir auch weitergehende Schritte vorstellen und würde mir diese wünschen. Ich weiß ganz genau: Wenn wir allein das auf internationaler Ebene durchgesetzt bekämen, gegen den Widerstand der Amerikaner, Kanadier und Engländer, dann wären wir sehr weit gekommen, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür sollten wir kämpfen, denn es lohnt sich, zu kämpfen.

(Beifall)

Die Menschen dürfen auch nicht den Eindruck bekommen – und ich finde die Entwicklung der letzten Tage wirklich erfreulich –, dass wir nur einen Rettungsschirm für die Finanzmärkte aufspannen – bei den gigantischen Summen wird einem ja schwindelig –, sondern wir müssen sehr deutlich machen, dass dieser Schutzschirm nicht nur für die Finanzmärkte da ist. Dieser Schutzschirm ist auch für die Arbeitsplätze, für die Wirtschaft, für die kleineren und mittleren Betriebe da.

Deswegen brauchen wir konjunkturelle Maßnahmen. Wenn wir sie jetzt nicht tun, dann wird das in drei Monaten verpuffen. Wir müssen jetzt etwas dafür tun, dass sich die Konjunktur stabilisiert und die Rezession nicht hart landet.

(Beifall)

Wir müssen auch etwas dafür tun, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland wieder geringer wird. Ja, die Schere hat sich aufgemacht. Ja, wir tun etwas, Olaf Scholz, im Bereich Hauptschulabschluss. Aber wir müssen auch für die Menschen glaubwürdig unterstreichen, dass wir für die Erbschaftsteuer kämpfen. Erbschaftsteuer ist Bildungssteuer. Wenn die Union sich hier nicht bewegt, dann vertut sie sich an den Zukunftschancen der jungen Generation. Das Entscheidende wird sein, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn die Union hier weiter blockiert, dann wird das Thema Vermögensbesteuerung wieder auf die Tagesordnung kommen. Dann werden wir im Wahlkampf eine Debatte und Auseinandersetzung darüber führen: Wollen wir weiter soziale Ungleichheit, oder wollen wir einen Baustein für Gerechtigkeit im Wahlprogramm und dann auch im Regierungshandeln? – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Björn. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Delegierten sich so langsam wieder in den Saal zurückbewegen sollten. Wir haben noch zwei Wortmeldungen, nämlich von Ludwig Stiegler und Niels Annen. Danach ist die Redeliste geschlossen. Es wird also demnächst abgestimmt werden. Deswegen bitte ich alle Delegierten, rechtzeitig in den Saal zurückzukommen. Bitte, Ludwig!

Ludwig Stiegler, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Frank-Walter dafür dankbar, dass er nicht nur von den Finanzmärkten, sondern auch von den Gütermärkten und vor allem von den Arbeitsmärkten gesprochen hat. Stellt euch mal vor: Die Milliarden, die weltweit verockt worden sind, das Geld, das milliardenweise aus Deutschland exportiert worden ist, wäre in deutsche Infrastruktur, in Bildungsinfrastruktur, in Forschung und Entwicklung in diesem Lande investiert worden! Man muss sich das nur einmal vorstellen, um zu wissen, dass wir alles daran zu setzen haben, dass zum Beispiel die Exportüberschüsse, soweit sie nicht für internationale Hilfe gebraucht werden, hier investiert werden, hier für Arbeit, für Beschäftigung und für Zukunft sorgen.

(Beifall)

Manche sagen, wenn wir von Konjunktur reden: Was wollt ihr denn? Es läuft ja bisher ganz gut. – So ging es auch in der Finanzmarktkrise. Zu Weihnachten und Ostern haben manche gesagt: Was wollt ihr denn? Es läuft doch ganz gut! – Manche sind da immer mit dem Rückspiegel unterwegs gewesen. In Wahrheit haben wir eine Krise wie in dem Hitchcock-Film „Die Vögel“ erlebt, wo eine Attacke nach der anderen schwieriger geworden ist, und jetzt schauen wir entsprechend zerzaust aus.

Leute, wenn das Finanzsystem der Welt so finanziert wird, wie wir es wollen, und so geregelt wird, wie wir es wollen, wenn diese wahnsinnigen Kredittürme abgebaut werden, dann werden wir gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, damit wir die kleinen und mittleren Unternehmen anständig mit Krediten ausstatten und damit auch die öffentlichen Aufgaben finanziert werden können. Das muss jedem klar sein. Darauf kommt es jetzt an. Wir dürfen nicht warten, bis der Arbeitsmarkt abstürzt, sondern wir müssen für die nächsten Quartale unsere Antwort geben in Forschung und Entwicklung, in energetischer Sanierung, in Investitionen in Kreditprogramme, die die Automobilzulieferer, die jetzt in eine Durststrecke geraten, vor dem Untergang bewahren. Wir haben die Aufgabe, die notwendigen Impulse zu setzen. Sonst werden wir nächstes Jahr der Entwicklung hinterher laufen.

(Beifall)

Deshalb bin ich Frank-Walter dankbar. Er hat die Möglichkeiten der Steigerungen aufgezeigt. Ich sage euch: Das ist nicht nur Sache des Bundes. Konjunkturpolitik ist Sache von Bund, Ländern und Gemeinden. Und statt zu jammern und zu diskutieren, sollen Länder wie Bayern ihre Universitäten renovieren und zukunftsfest machen und nicht Tropfsteinhöhlen daraus werden lassen.

(Beifall)

Solche Aufgaben sind in Zukunft zu lösen. Wir müssen auch die Gemeinden dazu bringen, dass ihre Möglichkeiten genutzt werden. Sie haben jetzt die Steuereinnahmen. Jetzt kommt es darauf an, dass sie in Investitionen und in Arbeitsplätze umgesetzt werden. Leute, sonst stehen wir Ende des nächsten Jahres genauso blöd da wie jetzt auf dem Höhepunkt der Energiekrise! Wir müssen vorausschauend handeln und den Niedergang von Wachstum und Beschäftigung stoppen. Dazu sage ich Glück auf!

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Recht herzlichen Dank, Ludwig. – Als letzter Redner spricht Niels Annen. Danach bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, sich bereitzuhalten.

Niels Annen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Frank-Walter hat vorhin gesagt, wir müssen die neuen Mächte auf der Welt friedlich in das neu entstehende System integrieren. Ich glaube, dass das genau der richtige Weg ist. Deswegen erlaubt mir zum Abschluss dieser Debatte ein, zwei Bemerkungen auch zur außenpolitischen Situation.

Wir haben in den letzten drei Jahren erlebt, dass diejenigen, die sich von der Union jetzt aufplustern, immer von Werten gesprochen haben – dabei meinten sie vermeintlich ihre Werte – und betont haben, die Kanzlerin betreibe eine wertegebundene Außenpolitik. Die haben das schon sehr genau als Abgrenzung zu dem gemeint, was wir praktisch mit dem Außenminister an der Spritze übernommen haben. Deswegen müssen wir uns auf eine Situation vorbereiten, in der wir deutlich machen: Diejenigen, die für die Werte Verständigung und Frieden in dieser Welt, für diplomatische Lösungen stehen, das, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Sozialdemokraten gewesen, auch in den letzten drei Jahren.

Ich möchte einige Beispiele nennen. Da hat Frank-Walter Steinmeier in einer schwierigen Situation vor allem auch hinter den Kulissen dazu beigetragen, dass einer der Staaten, die wir brauchen, um im Nahen Osten zu einer friedlichen Lösung zu kommen, nämlich Syrien, wieder Stück für Stück an die Weltgemeinschaft herangeführt wird. Was sagt dazu der außenpolitische Sprecher der CDU? – Man solle den Syrern nicht den roten Teppich ausrollen. – Als dann den Syrern der rote Teppich ausgerollt wurde – nicht in Berlin, sondern in Annapolis bei der Friedenskonferenz von Präsident George Bush –, gab es dann keine Kritik.

Vielleicht ein noch aktuelleres Beispiel: Als wir die dramatischen Tage in der Situation mit Georgien erlebt haben, liebe Genossinnen und Genossen, da haben wir viele weise Ratschläge gehört. Da waren es CDU-Politiker wie Herr von Klæden, der gesagt hat: Russland ist ein Kontrahent in dieser Situation und nicht ein Partner. – Es war unser Außenminister, der sich schon vorher darum gekümmert hat, auch mit schwierigen Partnern zu sprechen, und der die Grundlage dafür gelegt hat, dass wir am Ende diese Situation friedlich regeln konnten.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich: Wir haben hier gleich den richtigen Kandidaten zu nominieren, der sich in die Tradition von Willy Brandt stellt und der sich auch nicht zu schade ist, hinter den Kulissen das eine oder andere schwierige Gespräch zu führen.

Deswegen lasst mich zum Schluss ein schwieriges Thema kurz anreißen. Dieses schwierige Thema hat uns auch im Bundestag in den letzten Tagen beschäftigt. Das ist ein wenig in den Schatten der Finanzkrise gerückt; das ist gar keine Frage. Es geht um Afghanistan. Da sagte Herr zu Guttenberg – das ist der Sprecher der CSU für Außenpo-

Aussprache

litik –, es bedürfe einer kommunikativen Glanzleistung, um den Menschen einmal zu erklären, was wir dort eigentlich machen. – Da sollten wir auch in einer schwierigen Wahlkampfssituation, Genossinnen und Genossen, einmal ganz nüchtern die Frage stellen: Wer leistet eigentlich diese schwierige kommunikative Arbeit? – Es ist die Sozialdemokratie, und es ist unser Außenminister. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Deutschland ein klares Zeichen dafür setzt, dass wir im Süden und Osten Afghanistans eben nicht mehr diesen Antiterrorkrieg mitmachen? Wer hat hinter den Kulissen dafür gesorgt, dass das, was wir hier gemeinsam miteinander diskutiert haben, auf die internationale Tagesordnung gekommen ist?

Deswegen sage ich auch in Fortsetzung der Dialoge, die wir mit anderen schwierigen Partnern begonnen haben: Diese Arbeit ist wahrhaft wertgebundene Außenpolitik. Dafür steht unser Außenminister und zukünftiger Kanzler. – Ich danke euch.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Recht herzlichen Dank, Niels.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte jetzt um den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Es spricht Stella Kirgiane-Efremidis. Ich bitte die Delegierten, so langsam Platz zu nehmen, und alle diejenigen, die nicht zu den Delegierten gehören, sich aus den Delegiertenreihen zu entfernen.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Stella Kirgiane-Efremidis, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, nach unserem Organisationsstatus setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 44 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 475 Delegierte und 40 stimmberechtigte Mitglieder des Parteivorstandes. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 219 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43 Prozent. Die Quote ist also erfüllt.

(Beifall)

Der Parteitag ist beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

(Beifall)

Nominierung des Kanzlerkandidaten

Klaus Wowereit, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Nominierung des Kandidaten der SPD für das Amt des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Der Parteivorstand hat von seinem Nominierungsrecht Gebrauch gemacht und schlägt dem Bundesparteitag Frank-Walter Steinmeier für die Kandidatur vor.

(Beifall)

In den Reden ist deutlich geworden, dass nicht nur die Sozialdemokratie, sondern ganz Deutschland vor Herausforderungen steht, die zu bewältigen sind, Herausforderungen, die nicht nur mit der internationalen Finanzkrise und der Bankenkrise zu tun haben, sondern Herausforderungen, die unser tägliches Leben bestimmen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die SPD als die große Volkspartei, als die Partei der sozialen Gerechtigkeit heute positioniert und aufstellt.

Frank-Walter Steinmeier hat mit seiner programmatischen Rede deutlich gemacht, wofür er steht, aber wofür die ganze SPD steht, nämlich die SPD und Frank-Walter Steinmeier. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dafür stehen wir programmatisch, und dafür kämpfen wir für eine bessere Zukunft in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Frank-Walter Steinmeier hat deutlich gemacht, dass er in der Tradition der großen sozialdemokratischen Bundeskanzler steht, in der Tradition von Willy Brandt, von Helmut Schmidt und von Gerhard Schröder. Das ist der Anspruch, den wir haben. Wir sind stolz auf das, was die Sozialdemokratie für unser Land geleistet hat.

(Beifall)

Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssen wir programmatisch stark sein. Die Menschen erwarten nicht nur Ankündigungen von der Politik, sondern sie erwarten Antworten. Wir sind stolz darauf, dass wir diese Antworten in unseren Regierungszeiten gegeben haben. Ich sage auch ganz deutlich: Wir sind stolz auf das, was die Sozialdemokratie unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder geleistet hat. Viele dieser Erfolge zeigen heute Wirkung. Das Wachstum und auch die Beseitigung von Arbeitslosigkeit wären ohne die sozialdemokratische Politik unter Gerhard Schröder nicht möglich gewesen. Das ist unser Erfolg, und darauf sind wir stolz, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben uns in Hamburg mit diesem beeindruckenden Parteitag, mit der langen Diskussion, in die alle Gremien der Partei einbezogen worden sind, positioniert. Hamburg ist eine gute Grundlage für unser Regierungsprogramm, das wir erarbeiten werden, das wir – Frank-Walter hat darauf hingewiesen – gemeinsam erarbeiten werden, weil sich die Welt selbstverständlich auch weiter verändert hat. Hamburg ist die

Grundlage, und es wird Grundlage auch für das Wahlprogramm sein. Wir sind also gut aufgestellt; Frank-Walter hat es in seiner Rede deutlich gemacht.

Zur Programmatik gehört aber selbstverständlich auch die Notwendigkeit der Kandidatur, der Überzeugungskraft von einzelnen Personen, von den Führungspersonen, die die Partei auch nach außen vertreten. Wir haben festgestellt und wissen es: Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir einen Kandidaten, der alle Voraussetzungen für das Amt des Bundeskanzlers erfüllt. Er hat die Kompetenz, die er sich durch jahrelange Arbeit in unterschiedlichen Funktionen erworben hat. Dies ist ohne Frage. Er hat die Erfahrung. Anders als andere Kandidaten kennt er sich im Kanzleramt aus. Er muss auch nicht an Zäunen rütteln. Er hat selbst gesagt, er kennt sich dort aus und weiß, was auf ihn zukommt. Er hat die Erfahrung im Kanzleramt, und vor allen Dingen, liebe Genossinnen und Genossen, was heute unverzichtbar ist: Er hat die Glaubwürdigkeit, sozialdemokratische Politik nach außen zu vertreten, er hat die Glaubwürdigkeit, die sozialdemokratische Politik in der Programmatik zu vertreten.

(Beifall)

Deshalb stehen wir zu Frank-Walter Steinmeier. Dies kann nur passieren, wenn die Partei geschlossen hinter ihm steht. Der Bundestagswahlkampf ist keine Einmann-Veranstaltung oder Zweimann – Veranstaltung, sondern er kann nur gelingen, wenn die gesamte Partei in all ihren Gliederungen dafür kämpft, dass die Sozialdemokratie wieder stärkste Kraft in Deutschland wird, dass die Sozialdemokratie den Regierungsauftrag bekommt und dass Frank-Walter Steinmeier zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden kann.

(Beifall)

Das bedeutet, dass wir uns bei den bevorstehenden Kommunalwahlkämpfen, bei den Landtagswahlkämpfen, bei der Europawahl und auch bei der Wahl zur Bundespräsidentin natürlich positionieren müssen und erfolgreich sein müssen, damit wir auch im Bundestagswahlkampf Schwung bekommen. Ich bin sicher, dass wir ihn gut bestehen können. Es sind große Herausforderungen; nichts kommt von alleine. Ich denke aber, dass wir gewappnet sind. Heute war überall zu lesen, die SPD ist wieder da. Ich würde sagen: Das „wieder“ streichen wir mal. Wir sind da. Ja, da haben die Medien Recht. Und wir werden auch da sein und werden für die Sozialdemokratie kämpfen.

(Beifall)

Die SPD wird mit Frank-Walter Steinmeier den besten Kandidaten für die Sozialdemokratie nominieren. Aber Frank-Walter Steinmeier ist nicht nur der beste Kandidat für unsere Partei. Er ist der beste Kandidat für Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für den Vorschlag des Parteivorstands, Frank-Walter Steinmeier zu unserem Kanzlerkandidaten zu nominieren.

(Beifall)

Nominierung des Kanzlerkandidaten

Wir treten jetzt in den Wahlgang ein. Wir werden eine geheime Wahl durchführen. Es gibt nur einen Kandidaten. Wir werden dies gemäß § 7 der Wahlordnung in einer Einzelwahl machen.

Die Medienvertreter werden gebeten, ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die geheime Wahl zu respektieren.

Ich bitte dementsprechend die Wahlkommission, die Stimmzettel auszuteilen. Aber bitte noch nicht ausfüllen; ich werde dazu noch etwas sagen.

Ich bitte darum, noch nicht Kontrollmarken darauf zu kleben. Ihr wisst noch nicht, welche.

Haben jetzt alle einen Stimmzettel erhalten? – Nein. Es wird noch ausgeteilt. Aber ich glaube, wir können schon einmal, da es ein einfaches Verfahren ist, mit den Regularien beginnen.

Es handelt sich um eine Einzelwahl. Deshalb ist nur ein Kandidat auf dem Stimmzettel vermerkt. Wer Frank-Walter Steinmeier nominieren möchte, den bitte ich, mit Ja zu stimmen und ein Kreuz in dem Kreis „Ja“ zu machen. Wer nicht nominieren will, muss sein Kreuz bei „Nein“ machen.

Wer sich enthalten will, macht sein Kreuz bei Enthaltung. Sonst ist der Stimmzettel ungültig. Ich bitte darum, den Stimmzettel mit der Kontrollmarke Nummer 19 in Verbindung zu bringen.

Gewählt ist nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich darum, die Stimmzettel auszufüllen, und anschließend um das Einsammeln der Stimmzettel.

Haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? – Kann ich jetzt davon ausgehen, dass alle ihren Stimmzettel abgegeben haben? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist der Wahlgang geschlossen, und ich bitte um Auszählung.

Ich bitte alle, auf ihren Plätzen sitzenzubleiben; die Parteitagsregie hat beschlossen, dass wir jetzt nicht unterbrechen, sondern sofort fortfahren mit der Rede von Franz Müntefering. Franz, du hast das Wort.

(Beifall)

Rede Franz Müntefering

Franz Müntefering: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe schon viele Parteitage mitgemacht. Auf Parteitag ist viel Routine. Aber manchmal gibt es auch Augenblicke auf Parteitag, die einen besonders erreichen. Heute haben wir einen solchen Augenblick erlebt. Das war die Rede eines Mannes, eines Sozialdemokraten, der mit hoher Kompetenz und mit der Bereitschaft, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, deutlich gemacht hat, wie es in Deutschland weitergehen soll. Vielen Dank dafür, Frank-Walter!

(Beifall)

Vielen Dank für die Rede und für deine Bereitschaft anzutreten. Ich bin begeistert – das ist bei mir nicht immer so ganz leicht –

(Heiterkeit)

und ich bin auch ein wenig bewegt. Denn heute Morgen ist mir – mehr als in vergangenen Zeiten – klar geworden: Die Zeit ist reif. Die Sozialdemokratie ist auf der Höhe der Zeit. Die Fragen auf die großen Herausforderungen dieser Zeit kann niemand besser beantworten als Sozialdemokraten. Die Zeit ist reif, um in Bewegung zu sein: in der Gesellschaft, mit den Menschen, mit den Gewerkschaften, mit den Sozialverbänden. Wir alle zusammen sagen: Jawohl, wir werden dieses Land sozialdemokratisch gestalten. Die Zeit ist reif dafür, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb habe ich meine eigentliche Rede zunächst einmal beiseite gelegt. Ich will einige Anmerkungen machen. Ich halte also zwei Reden: Einmal gilt das geschriebene Wort und nun das gesprochene.

Das, was Frank-Walter gesagt hat, liebe Genossinnen und Genossen, darf uns nicht nur heute hier bewegen, sondern muss das sein, was ab heute, in den nächsten Wochen und Monaten zur Bundestagswahl hin, in diesem Lande politisch diskutiert wird. Das ist die Antwort auf die Fragen, die die Menschen haben. Wir wollen die politische Meinungsführerschaft gewinnen! Die anderen haben die Kanzlerin, aber nicht die politische Meinungsführerschaft. Wir haben die Chance, nach vorn zu gehen und das für uns zu entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir bewegen uns in einer großen sozialdemokratischen Tradition. Das gibt uns die große Chance, miteinander in eine gute Zukunft zu gehen. Plötzlich ist wieder allen klar: Das Soziale und das Demokratische sind die beiden großen menschheitsgeschichtlichen Ideen, die vorangekommen sind über die Aufklärung, über den Humanismus, über den demokratischen Sozialismus, getragen wurden sie von den Sozialdemokraten in diesen 150 Jahren.

Das Soziale beruht auf der großen Idee, dass der Schwache, der Kranke, der Arme nicht mehr angewiesen ist auf die Barmherzigkeit der Barmherzigen, sondern dass Menschen sich darauf verpflichten: Alle Menschen haben Rechte, alle Menschen haben Pflichten, und derjenige, der Hilfe braucht, bekommt die organisierte Solidarität des Sozialstaats. Das ist die große sozialdemokratische Leistung. Das haben wir geschafft, darauf sind wir zusammen stolz. Das gilt jetzt wieder in ganz besonderer Weise, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ja, was braucht man denn noch für Beweise angesichts dessen, was wir in diesen Tagen erleben? Dass nicht Aktien die Sicherheit für morgen und für übermorgen sind, sondern, dass das gilt, was Frank-Walter gesagt hat: Menschen für Menschen! Es gibt nichts Besseres als soziale Sicherheit. Wir müssen füreinander einstehen, wir müssen einander zugewandt sein. Und so schwierig das auch ist, es bleibt dabei: Solidarität wird nur zustande kommen und wird nur geleistet werden können, wenn wir bereit sind, innerhalb der Gesellschaft die soziale Gesellschaft und den Sozialstaat zu organisieren. Menschen für Menschen, das ist das sozialdemokratische Prinzip, die Antwort auf das, was wir jetzt zu leisten haben!

(Beifall)

Und das gilt auch für die Demokratie. Das war die zweite große Idee, die unsere Altvorden damals gepflanzt haben. Heute ist es nicht mehr schwer, zu sagen: Ich bin Sozialdemokrat. Aber damals waren das Soziale und das Demokratische eine Revolution, eine Provokation – gegen die Herrschenden, gegen die Kirchen, gegen die Reichswehr. Und die Altvorden wurden verfolgt. Die Sozialistengesetze waren ebenso brutal, wie die Verfolgung unter der Nazi-Diktatur.

Damit müssen wir uns heute Gott sei Dank nicht mehr herumschlagen.

Aber wir dürfen nicht glauben, dass das Soziale und Demokratische Selbstverständlichkeiten wären: Die Demokratie ist die große Idee aus unserer eigenen Bewegung heraus. Alle Menschen sind gleich viel wert, alle auf gleicher Augenhöhe, keiner Herr und keiner Knecht, keiner soll sich bücken müssen vor dem anderen, sondern Demokraten begegnen sich auf gleicher Augenhöhe, als Bürgerinnen und Bürger, die dieses Land als Stolze, Freie und Linke demokratisch regieren wollen. So ist das gedacht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ihr wisst alle, das ist mehr, als man in Parteiprogramme schreiben kann. Das ist die Idee vom Leben und wie wir mit den Menschen umgehen. Deshalb war etwas neben dieser sozialen und demokratischen Idee schon damals ein großes Anliegen der Sozialdemokratie, das auch heute noch wichtig ist und wichtig bleibt und bei den Ausführungen von Frank-Walter eine ganz große Rolle gespielt hat: Nämlich die Frage der Bildung. Die haben damals nicht angefangen und gesagt: Wir gründen eine Krankenversicherung –

das haben die damals auch irgendwann gemacht –, sondern sie haben die Arbeiterbildungsvereine ins Leben gerufen, weil sie wussten: Wenn man Demokratie will, wenn man will, dass die Menschen ein Rückgrat bekommen, nicht untergebuttert werden und mitreden können, dann muss man dafür sorgen, dass sie Bildungschancen haben und Bescheid wissen. Bildung ist keine abgelenkte Größe aus dem Bedarf der Ökonomie, der Volkswirtschaft, sondern sie ist zuerst Menschenrecht – für jeden Mensch, für jedes Kind. Deshalb müssen wir vorne anfangen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das sind die Herausforderungen, denen wir begegnen. Noch mal die Feststellung: Das können wir, aber es wird nicht immer leicht sein. Wir wissen, dass die Chance da ist. Ich bin sicher, viele Menschen, die sich in diesen Tagen und Wochen viele Fragen stellen, wissen auch: Wir sind nicht perfekt, wir sind nicht vollkommen, aber es gibt unter allen sonstigen politischen Angeboten keines, das vergleichbar gut ist, das so gut ist wie das sozialdemokratische Angebot, dass das Soziale und das Demokratische und die Bildung immer im Blick hat. Das wissen die Menschen.

(Beifall)

Nun sind die schönsten Gedanken wenig Wert, wenn sie nicht der hat, der auch die politische Macht hat. Macht ist in Deutschland ein Wort, das selten gebraucht wird. Es gibt dafür eine plausible Erklärung aus der Vergangenheit. Trotzdem sage ich: Demokratie kommt ohne verantwortete Macht nicht aus. Wir wollen ja auch Wahlen gewinnen, damit wir die politische Macht haben – demokratisch legitimiert, kontrolliert und auf Zeit – dieses Land zu regieren. Deshalb müssen wir alle wissen: Wir können uns nicht dadurch rechtfertigen, dass wir die besseren Ideen haben. „Die Gedanken sind frei“, das hat den Sozialdemokraten nie genügt, es hat ihnen nie genügt, dass man sie nicht erraten kann, weil sie frei sind, sondern sie wollten entscheiden und gestalten können. Deshalb ist es die Pflicht der Sozialdemokraten – wir wollen nicht nur hier feiern –, mit hochgekrepelten Ärmeln hinausgehen, um die Bundestagswahl zu gewinnen. Das Entscheidende, was hier ist, ist, dass wir die Bundestagswahl gewinnen!

(Beifall)

Und die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen. Ein Lob auf die Kommunalpolitiker – Frank-Walter hat es gesungen. Ich will es noch einmal unterstreichen, liebe Genossinnen und Genossen: Seid nicht verzagt! Ich weiß, es ist nicht immer einfach, weil man ja kein Geld zu verteilen hat. Und wenn man dann noch ein Bier trinken geht, dann steht einer neben dir, der hat zwischendurch Golf gespielt oder so etwas, der sagt: Was machst du denn in der Politik und überhaupt, wie viel Geld kriegst du denn dafür? Was soll denn das alles? – Nur populär ist das nicht.

Aber wir wissen, dass man nur gerechtfertigt ist, wenn man handelt. Diejenigen, die auf der Tribüne sitzen – ich meine jetzt nicht euch – und die alles besser wissen und uns einen Ratschlag geben, was Politik anders machen soll, denen müssen wir in aller Deutlichkeit sagen: Jawohl, wir haben Macken, wir haben Schwächen, wir machen

Fehler, wir sind unvollkommene Menschen. Aber die, die sich anstrengen wie wir, die Kommunalpolitiker zumal, die in der Manege unterwegs sind, auch wenn sie Fehler machen –, sind tausendmal gerechtfertigter als alle, die auf der Tribüne sitzen und sich das Maul zerreißen. Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein bisschen mehr Stolz auf das, was wir politisch tun! Da kann man viel aufzählen, worauf wir stolz sein können. Nicht verdrängen, was noch getan werden muss, aber stolz sein auf das, was wir tun! Nichthandeln ist keine Rechtfertigung, wenn irgendetwas schiefgeht. Es gibt in der Demokratie keinen Schaukelstuhl, auch nicht für die Älteren. Wir bleiben verantwortlich und mitverantwortlich für das, was in diesem Lande geschieht. Leute die glauben, sie seien im Recht, weil sie nicht mitgehandelt haben, die haben Demokratie nicht begriffen. Nein, wir sind alle gefordert – jeder an der Stelle, an der er berufen ist.

Dass es gut für Deutschland ist, wenn Sozialdemokraten regieren, beweist die Geschichte, liebe Genossinnen und Genossen. In den ersten 100 Jahren unseres Bestehens – 1863 bis 1963 – waren wir knapp fünf Jahre dabei. Und was war da alles drumherum. Immerhin haben sie es in den fünf Jahren, im November 1918, hinbekommen, das Frauenwahlrecht einzuführen, eine geniale Entscheidung. In der nächsten Legislaturperiode müssen wir den nächsten Schritt machen. Das heißt das Ziel der Sozialdemokraten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen. Das wollen wir jetzt endlich machen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

In den 45 Jahren, seit 1963, 26 Jahre Mitregierung und 20 Jahre im Kanzleramt: Willy Brandt, Ostpolitik, Kniefall – das ist heute in allen Jubiläumsschriften drin. Damals bekämpft, der Mann beschimpft als vaterlandsloser Geselle, als Verräter, als derjenige, der vor den Nazis nach Skandinavien weggelaufen ist, als uneheliches Kind – man glaubt das alles gar nicht mehr, wie gegen ihn agitiert worden ist.

Die Sozialdemokraten waren im Frühjahr 1972 fast am Ende ihrer Möglichkeiten. Es gab einige, die liefen weg. Im Bundestag gab es keine Mehrheiten mehr. Im Sommer 1972 hatten zumindest wir an der Basis das Gefühl: Das kann nicht mehr gut gehen. Dann haben die Sozialdemokraten, Willy Brandt und Helmut Schmidt und alle, die dabei gewesen sind, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner, gekämpft. Sie sind nicht weggelaufen vor dem, was sie als richtig erkannt haben, sondern haben dafür gekämpft. Lasst uns das lernen, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn man erkannt hat, dass richtige Politik da ist, wenn man weiß, wohin der Weg gehen muss – auch wenn das noch nicht populär ist – darf man davor nicht weglaufen, sondern man muss es durchkämpfen und muss dafür sorgen, dass die Menschen verstehen, dass man recht hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Verstehen, dass man recht hat! So waren alle großen Dinge in unserer Geschichte. Fangen wir an bei dem Sozialen und Demokratischen. Wenn die damals Angst gehabt hätten, dann hätten wir diese Begriffe nicht in unserem Namen. Aber sie haben es trotzdem gemacht. Und so müssen wir es auch machen mit den Dingen, die wir als die richtigen erkennen und versuchen sie durchzusetzen. Die Sache mit „Demokratie wagen“ – bei Brandt, ja! Heute ist das ganz leicht: Wenn ich anfrage, das zu diskutieren, dann stoße ich immer auf die Aussage: Alles kein Problem, wir haben Demokratie, ist ja alles gut. – Nein, nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben damals die Fenster und die Türen in Deutschland aufgemacht und haben den Mief herausgelassen – ich spreche von Westdeutschland; das sage ich den Genossinnen und Genossen aus den ostdeutschen Ländern –, „Aktion saubere Leinwand“ – Reaktionäre, auch in den konservativen Lagern. Es war nicht alles so schön liberal und urban wie es in den Regierungen danach geworden ist. „Demokratie wagen“, das heißt heute und für die Zukunft eines ganz besonders, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften: Demokratie hört nicht am Fabriktor auf. Das, was wir erreicht haben, das, was ihr erreicht habt, nämlich die Einheit der Gewerkschaften nach dem Krieg – eine der größten historischen Entscheidungen, davon bin ich fest überzeugt –: Lasst das nicht kaputt gehen durch Kleinkrämerei. Sorgt dafür, dass ihr stark bleibt, sorgt dafür, dass ihr einig bleibt, und sorgt dafür – wir werden euch dabei helfen –, dass die Arbeitnehmerrechte in diesem Land gesichert sind, auf immer und ewig. Das garantiere ich euch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zur Regierungszeit von Helmut Schmidt: Von Helmut Schmidt haben wir gelernt, dass das Ökonomische und das Soziale zwei Dinge ein und derselben Medaille sind, dass der Sozialpolitiker, der von Ökonomie nichts versteht oder sie nicht verstehen will, ein schlechter Sozialpolitiker ist, weil er nicht garantieren kann, dass er Sozialpolitik auf hohem Niveau garantieren kann.

Aber gelernt ist auch: Der Ökonom, der das Soziale vernachlässigt, der es beiseite drängt – so, wie manche es in den letzten Wochen getan haben, ist ein schlechter Ökonom. Die Lehre von Helmut Schmidt, bei all dem, wofür wir, Helmut, immer auch miteinander gekämpft und gestritten haben ist: Die schlichte Wahrheit. Wir dürfen uns nicht auf das Soziale reduzieren, sondern wir müssen auch die sein, die den ökonomischen Teil in dieser Gesellschaft gestalten und bestimmen. Nur in dieser Kombination von Sozialstaat, sozialer Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft ist wirklich erfolgreiche Politik möglich! – Vielen Dank für das, was du uns da gezeigt hast, lieber Helmut.

(Beifall)

Vor ungefähr zwei, drei Jahren war Helmut das letzte Mal bei uns in der Bundestagsfraktion. Da hat er uns erstens erklärt, dass wir alle keine Ahnung haben. Das macht er aber immer.

(Heiterkeit)

– Ich bin schon froh, wenn ihr nicht klatscht ...

(Heiterkeit)

Und dann hat er darüber gesprochen, dass wir national die Dinge nicht mehr so gestalten können, wie es in der Zeit von Plisch und Plum gewesen ist, ja dass wir uns international bewegen und dass deshalb Leute wie Lafontaine, die 1999 weggelaufen sind, als sie hätten handeln können, wenn sie heute über die internationalen Zusammenhänge reden, in Wirklichkeit eine national-populistische Politik machen und Leute sind, die dieses Land im Regierungshandeln nicht gebrauchen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Anhaltender Beifall)

Helmut Schmidt hat uns ja einige Male gesagt, wir sollen das mit den Visionen nicht so ernst nehmen. Ich habe ihm das nie so richtig geglaubt. Er war ja selber einer, der welche hatte. Das ist ein bisschen Hamburger Koketterie. So sind die Hamburger. In Wirklichkeit ist er einer – es lohnt sich, sich das anzugucken –, der uns Botschaften mitgegeben hat, die noch heute von erstrangiger Qualität sind. Seine Maxime lautete: Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken. – Das ist es, liebe Genossinnen und Genossen. Darum geht es. Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken!

Nicht auf Wolke 10 unterwegs sein, sondern Kompetenz haben, pragmatisch handeln, die Probleme lösen, Antworten auf das geben, worauf Antworten gegeben werden müssen! Nicht nur in Parteitagsbeschlüssen gute Resolutionen verfassen, sondern dafür sorgen, dass es handwerklich im Bundestag beim Gesetzgeber in der Regierung zu guten Ergebnissen führt – aber dieses pragmatische Handeln nicht ins Blaue hinein, sondern für sittliche Zwecke, weil wir wissen, was wir wollen. Wir wollen, dass die Menschen Arbeit haben. Weil wir das wollen, machen wir Anstrengungen, um Beschäftigung zu schaffen, Unternehmen zu helfen, Gewerkschaften zu helfen, die Menschen auszubilden, sie zu qualifizieren. Der sittliche Zweck, Arbeit zu schaffen, das Ziel, um das es geht, steht vorne an. Dann muss man über den Weg streiten, auf dem man dahin kommt. Das müssen wir immer schön auseinander halten, liebe Genossinnen und Genossen. Manchmal schaffen wir das nicht. Dann streiten wir uns über den Weg, als ob das die eigentlichen Ziele wären. Wir müssen uns immer wieder deutlich machen, dass die Maxime des pragmatischen Handelns zu sittlichen Zwecken diese Voraussetzung hat. In diesem Sinne, lieber Helmut, herzlichen Dank noch einmal und auch dafür, dass du hier bist! Ich freue mich sehr.

(Beifall)

Nun zu der Zeit von Gerhard Schröder – 1998. Das Erste, was aus dieser Zeit bleiben wird, ist der Beginn der Energiewende. Das klang heute Morgen schon an. Man muss sich nur noch einmal daran erinnern, wie es damals gewesen ist – Erhard Eppler ist ja sicher der Zeitzeuge dafür –, 20 oder vielleicht 25 Jahre zu spät; ich weiß es gar nicht genau. Aber was wir seit 1998 gelernt haben, ist, dass wir die Energieprobleme lösen können mit Verbesserung bei der Energieeffizienz. Wir gehen in verantwortlicher

Weise mit Kohle und Gas und erneuerbaren Energien auch für die Zukunft um, wissend, dass es um die große energiepolitische Herausforderung in der Welt insgesamt geht. Ich habe in der Schule gelernt, wir sind jetzt 1,8 Milliarden Menschen. Das mussten wir auswendig lernen, weil das für immer war. Wir sind jetzt aber 6,3 Milliarden Menschen. Und es geht weiter, weil die alle munterer sind als ihr hier.

(Heiterkeit)

Im Jahre 2050 werden es 9,1 Milliarden Menschen sein. Wenn die etwas zu essen und zu trinken haben wollen und sollen, dann brauchen sie Energie. Es gibt Länder und ganze Kontinente, da scheint die Sonne noch öfter als in Berlin. Die können mit Sonne, mit erneuerbaren Energien richtig etwas machen. Und wir können mit dem Wissen und Können, das wir haben, mit unserem Know-how Arbeitsplätze bei uns schaffen und etwas für Entwicklungspolitik tun, über die Heidi Wiecek-Zeul spricht. Sie besteht nicht nur darin, dass man Geld hingibt, sondern, dass man dafür sorgt, dass die Welt Energie hat, und zwar sichere, finanzierbare Energie, die nicht missbraucht werden kann. Das spielt ja alles dabei eine Rolle, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu Irak ist etwas gesagt worden. Ich bin auch stolz – ich war ja ein Stück weit mit dabei – über das, was in der Zeit von Gerhard ansonsten in Bewegung gesetzt worden ist. An einige Dinge möchte ich noch einmal erinnern: 230.000 Krippenplätze bis zum Jahr 2010 – das war damals unser Beschluss –, 4 Milliarden Euro für Ganztagschulen, Kinderzuschlag, das Elterngeld – von Renate Schmidt konzipiert, war unsere Bedingung, um in diese Koalition hineinzugehen, dass das kommt. 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Technologie. 600.000 Menschen haben wir aus der Abstellkammer der Sozialhilfe geholt. Wir haben gesagt: Nein, ihr seid nicht in der Abstellkammer. Ihr seid arbeitslos. Wir wollen dafür sorgen, dass ihr wieder in Arbeit kommt. – Das war hoch umstritten und nicht von allen goutiert. Aber es war das Bemühen und der Versuch zu sagen: Wir wollen möglichst wenig Menschen als nicht brauchbar abstem-peln. Derjenige, der drei Stunden am Tag arbeiten kann, der soll eine Chance haben, in das Erwerbsleben hinein zu finden, auch wenn es schwierig ist. Auch das ist aus meiner Sicht, liebe Genossinnen und Genossen, eine Frage der Würde des Menschen. Deshalb habe ich ein gutes Gewissen bei dem, was wir damals getan haben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Es gehören die Maut dazu, der Solidarpakt 2, das Jump-Programm und das, was Walter Riester geleistet hat.

Wir sind aus der Zeit der Regierung von Gerhard Schröder mit guten Ergebnissen herausgekommen und müssen jetzt eines im Blick behalten, was in den nächsten Jahren nicht wieder passieren darf: Deutschland hat Anfang der 90er-Jahre seine Chancen weitgehend verschlafen. Ich mache da keinen großen Vorwurf an die Konservativen. Die haben regiert. Wir waren auch nicht viel besser. Deutschland hat sich ausgeruht. Die

Rede Franz Müntefering

Mauer war weg. Es gab keine Angst mehr vor dem Atomkrieg. Irgendwann werden die Landschaften schon blühen. Wir sind stark. Wir sind reich. Das wird schon alles gehen. – Das ist in den goer-Jahren verschlafen worden. Deshalb den Blick nach vorne auf das nächste Jahrzehnt! Das geht bald nach der Bundestagswahl los. Das darf kein Jahrzehnt sein, in dem wir eine Geschäftsführung in dieser Bundesregierung haben, sondern wir müssen die Führung in dieser Bundesregierung für dieses Land haben. Wir müssen wissen, wohin der Weg gehen soll, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und nun lasst uns diese Debatte führen, die Frank-Walter heute Morgen begonnen hat. Viele werden uns helfen: Gesine Schwan. Grüße haben wir ihr schon geschickt. Sie hat ein schönes Buch vorgelegt: „Allein ist nicht genug“. Es lohnt sich, sich das einmal anzugucken. Wir anderen haben auch Bücher geschrieben. Der Ottmar Schreiner hat in seinem Buch festgestellt, dass dies eine gespaltene Gesellschaft ist. Erhard Eppler hat festgestellt, man könne die Spaltung in Deutschland verhindern. Sigmar hat in seinem Buch festgestellt, wir dürfen keine Klassengesellschaft sein. Die Lale Akgün hat eine besondere Spaltung beschrieben und sich mit der Differenz zwischen Minarett und Dom auseinandergesetzt. Das Buch von Kurt und mir könnt ihr noch daneben legen.

Es geht immer um ein und dasselbe: Die Sozialdemokraten machen sich Gedanken darum und schreiben darüber und sagen etwas dazu: Was können wir tun, damit der individuelle Lebensentwurf des Einzelnen möglich ist und das Ganze in einen vernünftigen Gesellschaftsentwurf eingebunden wird: Wie soll Deutschland weiter aussehen? – Deshalb sage ich euch: Macht euch keine Sorgen! Habt auch keine Angst vor denen, die Dinge sagen oder schreiben, die möglicherweise streitig sind. Habt Angst vor denen, die euch oder der Bevölkerung nach dem Munde reden, die nicht ehrlich über das sprechen, um was es eigentlich geht! Eine Debatte über den Weg zu den gemeinsamen Zielen, die Frank-Walter beschrieben hat, ist keine Schande für uns. Reibung erzeugt Hitze, aber auch Fortschritt. Man muss auch den Mut dazu haben, über die richtigen Dinge miteinander zu streiten, liebe Genossinnen und Genossen. Anschließend noch ein Glas Bier, dann ist das auch in Ordnung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Peer hat kein Buch geschrieben; der musste arbeiten.

(Heiterkeit und Beifall)

Peer, du weist ja: Es ist nicht meine Stärke, zu loben. Aber unumwunden: Du bist ein Typ. Du hast das gut gemacht. Du machst das gut. Du bist Eckpfeiler der Deutschen Sozialdemokratie. Das wird auch morgen noch so sein. Ich danke dir. Und: Gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Friedrich Merz hat auch ein Buch geschrieben. Er ist keiner von uns; das kann man auch erkennen. Die Überschrift heißt: „Mehr Kapitalismus wagen“. Man sollte das auch kennen und sich auch ein bisschen damit auseinandersetzen. Man kann das gebrauchen; denn die werden in den nächsten Wochen und Monaten ein größeres Problem haben. Das Spektrum zwischen Marktradikalität und Sozialpopulismus ist nicht so einfach zuzuschütten, wie sie es im Augenblick versuchen. Was sollen denn die Antworten sein? Man kann es ja freundlich „unideologisch“ nennen, was dort an der Spitze gemacht wird. Man kann es auch „beliebig“ nennen, und beliebige Politik ist nicht gut; denn da geht es um die Frage der Verantwortungsbereitschaft und der Kompetenz. Wie geht man eigentlich mit den Dingen um? Man kann nicht sagen: „Wenn es so nicht geht, dann machen wir es eben anders oder machen etwas ganz anderes. Dann machen wir es 180 Grad anders.“ Das kann nicht sein, liebe Genossinnen und Genossen. Lieber ein ehrlicher Streit um den richtigen Weg, als solche Art von Beliebigkeit, die uns da an vielen Stellen begegnet ist. Das will ich hier deutlich sagen.

(Beifall)

Das gilt auch für den, der in Nordrhein-Westfalen zurzeit noch das Sagen hat. Er fängt jetzt ein Johannes-Rau-Gespräch in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen an. Er hat Johannes Rau schon viele Male geehrt; das ist ja auch in Ordnung. Wer allerdings Johannes Rau lobt und hervorhebt, dass er aus den fünf Universitäten in Nordrhein-Westfalen zwölf gemacht hat, dass er eine Fachhochschule gegründet hat und dass er eine Fernuniversität in Hagen eingerichtet hat, der muss wissen: Wer Johannes lobt und gleichzeitig Studiengebühren einführt, der missbraucht den Namen von Johannes Rau, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Johannes Rau hat, als er Bundespräsident wurde, auf Artikel 1 hingewiesen. Das hat damals ein bisschen Irritationen ausgelöst und wurde bei uns gar nicht so ganz groß registriert. Ich weise trotzdem noch einmal darauf hin. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es hat gesagt, dort steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“, und nicht: „Die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar.“

(Beifall)

Ich bitte euch, liebe Genossinnen und Genossen: Nehmt es in eure Herzen und nehmt es in eure Köpfe! Denn neben allem anderem, was wir im Bereich von Ökonomie, Ökologie und Finanzpolitik zu diskutieren haben, war es immer auch eine ganz große sozialdemokratische Idee der Liberalität und der Urbanität. Und diese Idee des Liberalen lassen wir nicht denen, die das in ihren Parteinamen genommen haben. Große Sozialdemokraten – ich denke an Carlo Schmid, Willy Brandt oder Johannes Rau; ich nenne keine, die jetzt hier sind – sind alle auch große Liberale. Wir wollen in einem Land leben, das liberal ist und das akzeptiert, dass Menschen unterschiedlich sind. Wir wollen in einem Land leben, in dem wir dazu einladen, unterschiedlich zu sein. Wir wollen in einem Land leben, wo keiner Angst haben muss, weil er anders ist als andere. Alle müssen mit gleicher Berechtigung nebeneinander leben können, wenn sie – das ist die

Voraussetzung – das Grundgesetz, das wichtigste Buch, das wir in Deutschland haben, akzeptieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Meistens ist es uns zu Wahlkampfzeiten eingefallen, wir müssen auch noch etwas gegen Rechts tun. Wir wollen das auch wieder, aber wir werden das jetzt auch anders machen. Ich möchte, liebe Genossinnen und Genossen, im Willy-Brandt-Haus eine eigene Stelle dafür einrichten und sie ordentlich besetzen, dass wir nicht nur im nächsten Jahr, sondern auch in den Zeiten danach alles dafür tun, um beobachten zu können, was auf der Rechten läuft, in der Mischung von Rechtspopulismus und offenem Nazismus. Das ist keine Kleinigkeit. Wir können uns nicht damit beruhigen, dass es in großen Teilen Deutschlands so nicht sei. Den Anfängen muss gewehrt werden. Es muss ganz klar sein – und alle demokratischen Parteien, die wollen, können dabei mitmachen –: Die braune Soße wird in Deutschland keine Chance haben, solange Sozialdemokraten etwas zu sagen haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will ein Wort zu Kurt Beck sagen, der heute nicht hier sein kann, liebe Genossinnen und Genossen. In den praktischen Schritten der Politik sind wir in den letzten ein oder zwei Jahren manchmal quer zueinander geraten. Vielleicht wurde auch deutlich, dass es außer im Sauerland auch in Rheinland-Pfalz Sturköpfe gibt, oder umgekehrt. Heuchelei ist da meine Sache nicht. Aber Kurt Beck wird ein bedeutender Sozialdemokrat, ein verdienstvoller ehemaliger Vorsitzender, ein wichtiger Ministerpräsident bleiben. Wir sind beide zu offener und fairer Zusammenarbeit bereit. Ich bin sicher, das beruht auf Gemeinsamkeit und liegt im Interesse der Partei und des Landes, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir im nächsten Jahr die Wahl gewinnen wollen – und darüber hinaus stark in Deutschland und in Europa sein wollen – auch da haben wir eine Mission –, müssen wir aus meiner Sicht zwei Dinge vor allen Dingen beachten. Wir müssen, liebe Genossinnen und Genossen, eine Partei sein – eine! Eine Partei horizontal und eine Partei vertikal, und immer dieselbe. Wer von uns „wir“ sagt, muss die SPD meinen und nicht Teile davon. Wir sind keine Holding. Ich will nicht der Vorsitzende eines Aufsichtsrats einer Holding sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Vielfalt an Persönlichkeiten und Meinungen, die sich in unserer Partei finden, sind hilfreich. Ich spreche hier nicht davon, dass Vielfalt in irgendeiner Weise beschnitten werden müsste. Wichtig ist nur, dass wir uns alle klar sind: Wir alle in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik, in der Bundespolitik, in der Europapolitik, bei den Seeheimern, bei der PL, bei den Netzwerkern, wir sind miteinander und zusammen die deutsche Sozialdemokratie. Unser erstes gemeinsames Ziel heißt: Sozialdemokratische

Politik für dieses Land und für die Menschen in diesem Land gestalten: „Gemeinsam sind wir stark“, das ist eine Binsenweisheit, und gerade Binsenweisheiten darf man nicht ignorieren, wenn man nicht scheitern will. Also, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind eine SPD!

(Beifall)

Zweitens ist ganz wichtig: Europa ernst nehmen, und damit auch die Globalisierung. Die faktische Mobilität hat die Welt klein gemacht. Die Fähigkeit, Menschen, Güter, Waren, Informationen und Geld rund um die Welt zu transportieren, die Börse nie mehr geschlossen zu haben, hat die Welt klein gemacht. Unsere Altvorderen haben 1925 auf dem Heidelberger Parteitag gegen manches, was dazu in der Partei gesagt wird – ich war nicht dabei –,

(Heiterkeit)

damals beschlossen: Wir brauchen eine europäische Regierung. Die haben wir nicht. Wir haben keinen Bundesstaat und haben keinen Staatenbund, und so, wie es aussieht, werden wir das in absehbarer Zeit auch nicht haben. Die Herausforderungen sind sehr wohl da: Gelingt es 27 souveränen Staaten, sich in freier Vereinbarung darauf zu verständigen, dass dieses Europa nicht nur eine Wettbewerbszone ist, sondern eine Zone, die eine soziale Ordnung hat, und demokratisch regiert wird, das Primat der Politik zu behaupten. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn das in Europa nicht gelingt, wird es anderswo auf der Welt auch nicht sein. Denn ein Punkt hat mich aufgeregt – ich bin kein Finanzpolitiker und habe die Heuschrecken nicht als Finanzpolitiker erfunden –, und eine große Sorge treibt mich um: Diese Leute, dieser moderne Kapitalismus, diese Art von Finanzindustrie, die es da gibt, hält Demokratie und Arbeitnehmerrechte für blanke Bürokratie, auf die man auch verzichten kann. Die rhetorische Frage: „Ginge es denn ohne nicht schneller?“, haben die alle schon beantwortet.

Wir müssen nun beweisen, dass wir in der Lage sind, als demokratisch regierte Länder ökonomisch und sozial erfolgreicher zu sein als die, die keine Demokraten sind. Werden wir das schaffen in ein oder zwei Jahrzehnten? Allen, die glauben, Demokratie sei etwas auf immer und ewig, sage ich: Nein, sie ist nicht sicher. Nichts ist sicher, nicht der Wohlstand und auch nicht die Demokratie. Unsere Generation muss beweisen, dass wir das nicht aufgeben, was vor uns Generationen mühsam erkämpft haben. Europa muss eine demokratisch legitimierte, demokratisch regierte Wohlstands- und Friedensregion mit sozialer Ordnung sein. Dafür streiten wir, auch zusammen mit den Arbeitgebern und mit den Gewerkschaften!

(Beifall)

Am 7. Juni ist Europawahl. Das ist ein wichtiger Aufschlag für das ganze Jahr insgesamt. An diesem 7. Juni sind auch acht Kommunalwahlen in den Ländern. Ende August sind Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen, in Thüringen. Am 27. 9. ist Landtagswahl in Brandenburg und Bundestagswahl. Das zeigt, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Zur Europawahl sollten wir als Sozialdemokraten mit aller Deutlichkeit unseren Anspruch betonen: Wir wollen auch in der kommenden Zeit, dass in der Kommission in Europa ein Sozialdemokrat sitzt und Deutschland vertritt. Das ist ein Anspruch, der natürlich in unserer Koalition umstritten sein wird. Wir haben dazu auch keine Festlegungen getroffen, und keiner weiß, ob es uns gelingt. Aber es wäre aus meiner Sicht der Dinge ein gutes Zeichen, wenn wir deutlich machen: Es sollte jemand als Kommissar für Deutschland in Europa dabei sein, der die soziale Ordnung Europas auch zu seinem Anliegen machen kann. Ich bitte euch darum, dass wir alle miteinander dazu beitragen, dass Martin Schulz an der Spitze der Liste für Europa derjenige ist, der von uns für dieses Amt vorgeschlagen wird. Der kann es, der kennt sich aus, der weiß Bescheid und der ist auch frech genug, um die eigenen Interessen einzubringen.

(Beifall)

Ein Blick nach vorn: Die Debatte, die zu führen ist auf der Grundlage dessen, was Frank-Walter Steinmeier heute Morgen uns und Deutschland gesagt hat, wird uns herausfordern. Wir müssen dies in den nächsten Tagen und Wochen aufnehmen. Wir dürfen ja nicht warten, bis irgendwann der Bundestagswahlkampf kommt. Wir werden gleichzeitig beginnen, ein Wahlprogramm vorbereiten – unter Federführung des Präsidiums –, an dem sich viele beteiligen können und viele angesprochen werden, um daraus gemeinsam etwas Gutes zu machen. Dieses Wahlprogramm werden wir sehr wahrscheinlich in der zweiten Junihälfte auf einem Parteitag vorstellen und beschließen und dann in den Bundestagswahlkampf hineingehen.

Aber wir wissen alle miteinander, liebe Genossinnen und Genossen: Es kommt auf die Stimmen an. Die Lebenswirklichkeit ist draußen. Wenn wir hier abstimmen, hätten wir eine Mehrheit; davon gehe ich zumindest aus. Aber es geht darum: Was ist eigentlich in der Bevölkerung los? Mit wem können wir sprechen? Wen erreichen wir? Sind wir mutig genug, mit den Menschen darüber zu sprechen und sie auch herauszufordern? Ich sage euch: Die Leute sind nicht dumm. Die Fragen, die heute Morgen beantwortet worden sind, sind auch deren Fragen. Zum Beispiel: Wer sichert in einer so veränderten Welt Wohlstand für alle dauerhaft auf hohem Niveau? Wer sichert eigentlich Arbeitsplätze, wer sichert eigentlich Bildung, wer sichert eigentlich die Alterssicherung? Wer sichert, dass wir ein Netzwerk in dieser Gesellschaft haben, sodass der Zeitreichtum nicht dazu führt, dass viele Menschen einsam und allein sind? Das sind die Fragen, die die Menschen haben. Wir können sie beantworten und wollen das auch. Das ist das, was wir uns für die nächsten Wochen und Monate vornehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nun ist heute noch eine Wahl. Ich bitte euch um euer Vertrauen. Meines habt ihr.

(Heiterkeit und Beifall)

Wahlergebnis Kanzlerkandidat

Franz Müntefering: Das habt ihr auch, weil ich das Ergebnis der Wahl, die heute Morgen schon stattgefunden hat, vorliegen habe.

Abgegebene Stimmen für Frank-Walter Steinmeier: 495. Ungültig 2. Gültig 493. Enthaltungen 9. Ja 469 – 95,13 Prozent. 15 haben mit Nein gestimmt. Herzlichen Glückwunsch, Frank-Walter!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in den Applaus hinein frage ich Frank-Walter, ob er die Nominierung annimmt.

Frank-Walter Steinmeier, stellvertretender Parteivorsitzender: Ich nehme die Wahl an. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Aussprache

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen. Wir kommen jetzt zur Aussprache über die Rede des Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden Franz Müntefering. Wir haben dafür 45 Minuten vorgesehen. Es gilt die Redezeitbegrenzung, die wir bereits eingangs unserer Versammlung heute beschlossen haben. Als erster Redner ist Ralf Stegner am Pult.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach einer solchen Rede ist es schwer, etwas zu sagen. Viele von draußen haben gefragt: Was wird mit der SPD in Berlin? Was passiert mit uns? Denken wir über Hamburg nach? – Ich glaube, alle im Saal und auch die, die das am Fernsehen verfolgt haben, werden festgestellt haben: Die SPD ist wieder da, Genossinnen und Genossen!

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wir haben nicht nur heute Morgen den nächsten Bundeskanzler gehört, sondern wir haben eben auch einen Parteivorsitzenden gehört, der die Partei in eine Zukunft führen will, die mit Erfolg für unser Land verbunden ist. In den Reden ist auch deutlich geworden, dass wir schwierige Zeiten hinter uns haben, dass uns viele totgesagt haben, aber dass die Entwicklung uns Recht gibt: Der Eigennutz darf nicht über dem Gemeinwohl triumphieren. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

Wenn man heute und in den letzten Tagen die Zeitung gelesen hat, dann konnte man den Eindruck nicht loswerden, dass all diejenigen, die uns empfohlen haben, etwas anderes zu machen, durch die Wirklichkeit widerlegt werden. Hätten wir denen zugestimmt – Franz hat das in seiner Rede gesagt –, die uns geraten haben: „Privatisiert doch die Lebensrisiken“, dann hätten wir heute keine Finanzkrise, sondern wir hätten eine Staats- und Demokratie-Krise in Deutschland.

(Beifall)

Es ist der Verdienst der SPD, dass das nicht so ist, Genossinnen und Genossen.

Wir haben auch beschlossen, dass wir einen handlungsfähigen Staat haben wollen – übrigens anders als andere, die nur vom Staat reden, wenn sie selbst pleite gegangen sind und Hilfe haben wollen, oder diejenigen, die glauben, der Staat könne alles regeln. Auch das ist falsch. Das, was wir zum handlungsfähigen Staat beschlossen haben – und das ist nicht Selbstzweck –, hat Franz in seiner Rede eben auch dargelegt, nämlich, dass dieser handlungsfähige Staat gebraucht wird, um Aufstieg durch Bildung zu organisieren, um für eine vernünftige Kinderbetreuung zu sorgen und Rahmenbedingungen für gute Arbeit herzustellen – so, dass die Menschen für das, was sie leisten, den Wohlstand, den sie erarbeiten, auch das bekommen, was sie verdienen.

Genossinnen und Genossen, diejenigen, die auch heute gefragt haben, was wir mit den Beschlüssen von Hamburg machen – die letzten Wochen waren nicht leicht; wir

haben es uns selbst sehr schwer gemacht –, haben gehört, dass die Weichenstellungen erhalten bleiben, dass wir wissen, dass wir nur gemeinsam mit den Gewerkschaften zusammen Erfolg haben können und den Weg auch zusammen gehen wollen – auch wenn wir unterschiedliche Rollen einnehmen.

Wir haben auch andere Beschlüsse gefasst, die nicht infrage gestellt werden, zum Beispiel, dass wir keinen Bundeswehreininsatz im Inneren wollen, Genossinnen und Genossen. Dabei wird es auch bleiben.

(Beifall)

Wir haben auch so schwierige Themen abgearbeitet wie die Frage: „Was machen wir mit der Bahn?“. Auch dazu zeigt ja die Gegenwart, dass die Dinge nicht so kommen, wie manche befürchtet haben, Peer hat darauf hingewiesen. Ich glaube, dass wir eine große Chance haben, wenn wir das beherzigen, was Franz Müntefering eben gesagt hat. Er verwendet sonst immer das Fußballbild, das hat er heute nicht getan. Aber ich bin Fußballer und deswegen will ich das aufgreifen, was Franz sonst immer sagt. Er sagt nämlich, dass eine Fußballmannschaft nur dann Erfolg hat, wenn der Linksaußen und der rechte Verteidiger nicht gegeneinander spielen, sondern gemeinsam auf das gegnerische Tor schießen. Und das müssen wir tun, Genossinnen und Genossen, wenn wir unsere Spiele gewinnen wollen. Und davon gibt es im nächsten Jahr viele.

Sowohl Frank-Walter als auch Franz haben uns ermahnt und ermuntert, selbstbewusst in die Auseinandersetzung mit den anderen zu gehen. Und wir haben allen Grund dazu. Wir erleben zurzeit, dass wir mit unseren Überzeugungen das vertreten, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass es keinen Aufstieg durch Bildung für diejenigen gibt, die aus ärmeren Verhältnissen kommen. Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass man von seiner Arbeit nicht leben kann. Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass wir Atomkraftwerke länger laufen lassen, wenn es nicht verantwortbar ist. Wir haben mit unseren Positionen die Mehrheit der Menschen in diesem Lande hinter uns. Und wenn wir es nur wollen, dann werden wir das auch bei den Wahlen in Erfolge umsetzen.

Ich habe zu denen gehört, denen vieles in den letzten Wochen sehr schwer gefallen ist. Aber ich gehöre auch zu denjenigen, die wissen, dass wir nur mit dem Blick nach vorne eine Chance haben, wenn wir das, was wir wirklich wollen und richtig finden, selbstbewusst vertreten. Deswegen sage ich: Mein Vertrauen, meine Solidarität und Loyalität gelten auch dem neuen Parteivorsitzenden Franz Müntefering. Er wird uns in eine gute Zukunft führen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass Frank-Walter Steinmeier der nächste Bundeskanzler wird. – Ich danke euch.

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Ralf. – Als Nächste hat Hannelore Kraft das Wort. Danach spricht Heiko Maas. Ich bitte euch jeweils, die Redezeit zu beachten, die wir uns miteinander vorgenommen haben, weil das dann möglichst vielen die Gelegenheit verschafft, hier zu sprechen.

Hannelore Kraft, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen, ich will es ganz kurz machen. Wir haben heute zwei hervorragende Reden gehört. Sie haben gezeigt, dass

Aussprache

wir die richtigen Themen haben, dass wir nahe bei den Menschen sind in dem, was wir tun. Ich kann euch aus Nordrhein-Westfalen berichten: Dort erleben wir das, was sich viele hier bei CDU und FDP wünschen. Wir haben dort eine Regierung von CDU und FDP unter der Führung von Herrn Rüttgers, der sich so gerne das soziale Mäntelchen umlegt. Was aber passiert unter dieser Regierung? Unter der Überschrift ihres Koalitionsvertrages „privat vor Staat“ setzen sie marktradikale Ideen in NRW um. Als Allererstes haben sie das Tariftreuegesetz abgeschafft. Dann haben sie die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst rasiert. Und dann sind sie weiter vorgegangen in Richtung „privat vor Staat“. Die kommunalen Unternehmen wurden geknebelt, die LEG-Wohnungen wurden verkauft, die Mieten sind schon jetzt erhöht worden. Jetzt gehen sie den nächsten Schritt, einen Schritt, den wir alle hier für unvorstellbar halten: Sie werden in Nordrhein-Westfalen ein Sparkassengesetz durchziehen, das dazu führen wird, dass die Privatisierung der Sparkassen nicht nur bei uns in NRW eingeleitet wird, sondern das ist das Einfallstor für Brüssel und wird euch alle in den Ländern treffen. Lasst uns gemeinsam gegen diese Änderung des Sparkassengesetzes aufstehen.

(Beifall)

Das ist eine Regierung von Schwarz-Gelb „privat vor Staat“. Und das soziale Deckmäntelchen ist nur verbal darüber gelegt. Aber die Ideologie der anderen im politischen Spektrum, die der Linken, ist auch nicht viel besser. Die heißt „Staat statt privat“. Ich werde es nicht vergessen, als ich in Bochum bei Nokia stand und die Linken skandierten: „verstaatlichen, verstaatlichen“. Bis heute hat mir noch keiner erklären können, was der Staat mit einem Handy-Werk soll. Das müssen die mir mal erklären. Das eine ist falsch und das andere ist falsch. Wichtig ist, dass wir „Staat und privat“ in einem vernünftigen Verhältnis zusammenbringen. Das können wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das ist unsere Aufgabe: die Daseinsvorsorge besonders in den Blick zu nehmen, genau hinzuschauen, dass die Leistungen, die für die Menschen wichtig sind, bei ihnen überall ankommen – und das zu vernünftigen Preisen, damit die Menschen auch vor Ort damit klarkommen.

Franz und auch Frank-Walter haben es gesagt: Wir haben die richtigen Themen, wir haben die richtige Richtung. Wir haben die Mehrheit der Menschen hinter uns, deshalb gehen wir selbstbewusst in diese Wahlkämpfe. Wir werden es schaffen, mit diesem Duo an der Spitze wird die Sozialdemokratie wieder dieses Land von der Spitze her regieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank. – Als Nächster hat Heiko Maas das Wort. Ihm folgt Hildegard Mattheis. – Lasst mich kurz eine Ansage vorweg machen: Einige Delegationen müssen sich auf den Weg in ihre Heimatorte machen. Daher wollen wir die Aussprache spätestens um 15.30 Uhr unterbrechen und mit dem Wahlgang beginnen, sodass alle daran teilnehmen können. Wir werden sie dann, nachdem der Wahlgang durchgeführt worden ist, bis 16 Uhr zu Ende führen und ab 16 Uhr mit der Antragsberatung beginnen. Wenn das euer Einverständnis findet, verfahren wir so. – Heiko, du hast das Wort.

Heiko Maas, Parteivorstand: Vielen Dank, Olaf. – Liebe Genossinnen und Genossen, was Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering heute hier gesagt haben, das gilt nicht nur für die Bundestagswahl, sondern auch für die Landtagswahlen in den kommenden Jahren. Auch dort spielen wir nicht auf Platz, sondern auf Sieg. Wir wollen, dass es in Deutschland endlich wieder mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja Franz, wir wollen das gemeinsam. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass, wenn sich die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu A-Länder-Vorbesprechungen im Bundesrat treffen, es größtmäßig nicht mehr nur für eine erweiterte Skatrunde reicht, sondern nach Möglichkeit für eine ganze Fußballmannschaft. Ich sage all denjenigen, die herumlaufen und darüber philosophieren, ob es in der SPD nicht permanent und immer wieder den Wunsch und die Sehnsucht nach Opposition geben würde: Das gilt nicht für den Bund, das hat Frank-Walter Steinmeier heute zweifelsfrei deutlich gemacht. Das gilt auch nicht für die Länder. Wir haben in den Ländern die Schnauze voll von Opposition. Wir wollen regieren und sozialdemokratische Politik umsetzen, weil das auch für unsere Länder gut ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Franz Müntefering hat die richtigen und wichtigen Themen auf dem Weg dorthin angesprochen. Ich will nur auf zwei eingehen. Das eine ist das Thema Qualität von Arbeitsverhältnissen. Wir haben heute eine gesellschaftliche Stimmung, die ausdrückt: Alles ist sozial, was Arbeit schafft. – Von Menschen wird erwartet, jede Arbeit anzunehmen – egal unter welchen Verhältnissen. Das macht es notwendig, für Mindestlöhne zu kämpfen.

Aber ich will auch ein Thema noch einmal ansprechen, dem wir uns zuwenden müssen, und zwar dem mittlerweile massenhaften Missbrauch von Leiharbeit in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Niemand hat etwas gegen Leiharbeit, wenn es wirklich darum geht, Produktionsspitzen abzubauen. Aber mittlerweile sind es nicht mehr nur Einzelfälle, sondern in vielen und immer mehr Fällen wird die Stammbesetzung durch Personen in Leiharbeitsverhältnissen ersetzt, weil man so den Kündigungsschutz und die Mitbestimmung umgehen und niedrige Löhne zahlen kann. Deshalb liebe Genossinnen und Genossen, muss auch das ein Thema werden, wenn es um die Qualität von Arbeitsverhältnissen geht. Ich finde es richtig und wichtig, dass Olaf zurzeit dafür kämpft, die Leiharbeitsbranche in das Entsendegesetz aufzunehmen. Auch das wäre ein Schritt für mehr Gerechtigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will ein zweites Thema ansprechen, nämlich das Thema Bildung. Ich bin voll und ganz dafür, das auch auf Bundesebene zu einem Thema zu machen. Peter Glotz hat einmal gesagt: Bildung ist die eigentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts. – Er hatte Recht damit.

Aussprache

Es ist auch deshalb richtig, dieses Thema auf Bundesebene breit anzupacken, weil es hier mit die deutlichsten Unterschiede zwischen uns und den Konservativen gibt. Die Konservativen halten ideologisch am dreigliedrigen Schulsystem fest. Nach den PISA-Studien, dem TIMSS-Schock, den OECD-Studien usw. wissen wir doch, dass die soziale Auslese in unserem Schulsystem stärker als in allen anderen Ländern ist.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch bei der Bildungspolitik dafür eintreten, dass wir diejenigen sind, die für Bildungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit eintreten mit dem, was wir beim längeren gemeinsamen Lernen, in Gemeinschaftsschulen, in echten Ganztagschulen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, der Schulerfolg unserer Kinder darf nicht von dem abhängig sein, was die Eltern im Geldbeutel haben, sondern nur von dem, was die Kinder im Kopf haben. Auch das ist eine Gerechtigkeitsfrage, um die es sich zu streiten lohnt, liebe Genossinnen und Genossen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Heiko. – Bevor Hilde Mattheis das Wort ergreift, möchte ich die im Saal und vor allem diejenigen, die draußen vor den Fernsehern der Versammlung folgen, darauf hinweisen, dass wir uns vorgenommen haben, um 15.30 Uhr pünktlich zu wählen. Das ist für die meisten nur dann zu erreichen, wenn sie sich jetzt auf den Weg machen und ihre Plätze einnehmen. Deshalb bitte ich alle, die draußen sind, sich auf den Weg in den Saal zu machen. Wir werden nicht zögern, um 15.30 Uhr zu beginnen.

Als Nächste hat Hilde Mattheis das Wort. Ihr folgt Michael Müller, Nordrhein-Westfalen.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Franz! Diese Rede tut wirklich gut, die Kopf und Herz berührt und uns als Partei wieder als diejenige gemeinsam stärkt, die wir sein wollen und in die wir ja auch eingetreten sind, nämlich die Partei der sozialen Gerechtigkeit, und die Gewissheit zu haben, dass wir nach einer Zeit, in der wir hin und wieder nicht nur Diskussionen, sondern auch Kontroversen und auch Ängste und auch Zweifel mit uns herumgetragen haben, jetzt womöglich in eine Zeit kommen, in der wir dieses Wir, das du ja auch betont hast, ein Stück weit wieder nach außen transportieren und Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Denn darum geht es.

Lass mich drei Punkte anbringen, die mich bei deiner Rede haben aufmerken lassen. Du hast sehr genau die Basis angesprochen und gesagt: Ja, wir brauchen jeden Genossen und jede Genossin vor Ort. – Wir haben in den letzten Jahren feststellen müssen, dass die Bindung der Genossinnen und Genossen vor Ort nicht mehr so stark war, wie wir uns es immer gewünscht haben. Deshalb, meine ich, ist dieser eine zentrale Punkt einer der wichtigen, die uns gelingen müssen, nämlich unsere Mitgliedschaft mitzunehmen, wie die Silbe „mit...“ bedeutet – mitnehmen mit dem Herzen, mit dem Kopf und mit den politischen Inhalten.

Wenn uns das mit den politischen Inhalten gelingt, komme ich zu meinem zweiten Punkt. Der ist vielleicht nicht ganz so einfach und wird vielleicht die eine oder andere kritische Entgegnung provozieren. Ich glaube, für das Mitnehmen müssen wir auch ein Stück weit reflektieren, was in den letzten Jahren war. Du hast richtigerweise angesprochen, dass wir viel geschafft haben und dass viel gelungen ist. Aber bei einigen Punkten haben wir kontroverse Diskussionen in der Partei gehabt. Das ist noch nicht ganz ausgestanden. Ich spreche nur das Thema Bahnprivatisierung an. Ich glaube, auch da eine Bilanz zu ziehen, ist hilfreich für das Mitnehmen.

Den dritten Punkt nenne ich jetzt noch gerne: Soziale Gerechtigkeit bedeutet – auch das hast du in deiner Rede betont –, dass wir politische Inhalte genau auch auf ihre Verteilungswirkung hin – dazu gehört dann auch die Rückschau – formulieren. Dadurch signalisieren wir dann auch: Es ist uns mit diesen politischen Inhalten ernst.

Die Verteilungsfrage ist, glaube ich, die zentrale Frage, die wir alle in Zukunft beantworten müssen. Wir haben in der Diskussion heute immer wieder auch die Situation auf den Finanzmärkten angesprochen. Es reicht meines Erachtens nicht, nur die Situation zu beschreiben und zu sagen, wir wollen da eine Regulierung. Wir wollen auch, dass es denen, die im Prinzip jetzt mit ihren Geldern dafür bürgen müssen, dass es denen an den Finanzmärkten wieder gut geht, auch wieder am Wohlstand beteiligt sind. Du hast es betont.

Wenn wir die Verteilungsfrage beantworten, wollen wir auch ganz klar sagen: Wir haben bezüglich dieser Verteilung in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren womöglich an der einen oder anderen Schraube nicht richtig gedreht. Da muss es dann auch Korrekturen geben.

Wenn ich dich in diesem Sinne verstanden habe, so wie ich dich gerne verstehen möchte, weil Kopf und Herz zusammengehören und wir als Partei der sozialen Gerechtigkeit auch beides ansprechen wollen, wird es uns, glaube ich, in den nächsten Monaten vor der Bundestagswahl gelingen, auch wirklich diese Punkte in die Köpfe und Herzen der Gesamtbevölkerung zu bringen. – Danke.

(Beifall)

Wahl des Parteivorsitzenden

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Hilde. – Ich schlage vor, dass wir jetzt mit dem Wahlgang beginnen und sich alle, die sich an dem Wahlgang beteiligen wollen, auf ihre Plätze begeben, damit wir das durchführen können, und derjenige, der etwas länger kalkuliert hat, sich jetzt schnell auf den Spurt macht und seinen Platz hier oben oder unten im Saal erreicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, vorgeschlagen zur Wahl des Parteivorsitzenden ist vom Parteivorstand und Präsidium der SPD Franz Müntefering. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Ich bitte deshalb, dass ihr den Stimmzettel austeilt und dass diejenigen, die einen Stimmzettel bekommen haben, die Kontrollnummer 20 auf dem Stimmzettel unterbringen. Es wird ein gelber Stimmzettel ausgeteilt. Darauf steht „Franz Müntefering“. Man hat die Möglichkeit, dort abzustimmen. Damit das funktioniert, muss der Kontrollzettel Nr. 20 daraufgefügt werden. Fast alle haben es im letzten Wahlgang geschafft. Drei waren ungültig.

Wer Franz Müntefering wählen möchte, kann „Ja“ ankreuzen.

Ich bitte die Vertreter der Medien – insbesondere solche mit Kameras –, sich zurückzuhalten und ihre Kameras nicht auf die Stimmzettel zu richten. Es handelt sich um eine geheime Wahl.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind mitten im Wahlgang. Ich bitte euch, eure Stimmzettel entgegenzunehmen, die Kontrollnummer 20 anzufügen und auszufüllen. Hat jemand im Saal noch keinen Stimmzettel? Bitte einmal die Hand hochhalten, damit wir wissen, wo vielleicht noch jemand hinkommen muss.

Dann bitte ich die dafür Verantwortlichen, die Stimmzettel wieder einzusammeln.

Sind hier oben alle Stimmzettel abgegeben? Gibt es im Saal noch jemanden, der seinen Stimmzettel loswerden muss?

(Zurufe: Ja!)

Es wäre nett, wenn die Gänge freigemacht werden könnten. Dann können diejenigen, die die Stimmzettel einsammeln, auch zu den Stimmzetteln vordringen.

Gibt es noch nicht abgegebene Stimmzettel? Bitte hochhalten! – Ich sehe keine Stimmzettel, die hochgehalten werden, und schließe damit den Wahlgang.

Ich bitte dann, mit der Auszählung zu beginnen. Ich habe noch drei Wortmeldungen zur Aussprache über die Rede von Franz Müntefering. Als Nächster hat Michael Müller das Wort. Ihm folgt Oliver Kaczmarek.

Fortsetzung Aussprache

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben jetzt einige Jahre Diskussionen und auch schwere Auseinandersetzungen hinter uns, um über den Kurs der SPD zu streiten. Ich finde es auch richtig, dass wir in manchen Punkten Klarheit herbeiführen müssen. Trotzdem plädiere ich im Augenblick dafür, dass wir sozusagen gemeinsam begreifen, in welcher schwieriger Situation wir sind. Wir erleben nämlich im Augenblick einen der ganz seltenen Momente, wo die Politik weitreichend gestalten kann, also das, was beispielsweise Roosevelt als „Rendezvous mit dem Schicksal“ bezeichnet hat. Denn das, was wir erleben, ist nicht nur eine Finanzkrise, sondern wir erleben im Augenblick einen Epochenbruch, und bei diesem Epochenbruch kann es sein, dass wir, die großen Volksparteien, weiter heruntergehen, oder aber, dass wir zu neuer Stärke kommen.

Ich glaube, wenn man es historisch verfolgt, war die erste Phase der modernen Gesellschaft der Manchesterkapitalismus. Er ist durch New Deal und Bretton Woods gebündelt worden, also durch den Wohlfahrtsstaat und die Weltwirtschaftsordnung. Was in den letzten 30 Jahren passiert ist, ist aufgrund der Schwäche der USA die systematische Durchsetzung eines Finanzkapitalismus, der lange Zeit den USA geholfen hat. Und genau diese Phase ist jetzt vorbei. Das ist deshalb so wichtig, weil es nicht nur um den Bruch von Banken geht, sondern wir erleben gleichzeitig das Aufeinandertreffen von vier großen Herausforderungen. Wir werden nur eine Zukunft haben, wenn wir nicht nur die Krise managen, sondern wenn wir auf die Herausforderungen eine Perspektive für ein gutes Leben in der Zukunft aufweisen. Es ist also mehr als Krisenmanagement, was jetzt von uns gefordert ist, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen die Ausgangssituation sehen. Es hat sich systematisch eine Struktur durchgesetzt, in der sozusagen Wohlfahrtsstaat und Bretton Woods zurückgedreht wurden. Wenn wir sagen, wir wollen die soziale Marktwirtschaft verteidigen, dann muss man sich darüber im Klaren sein, dass es in den letzten Jahren immer weniger eine soziale Marktwirtschaft aufgrund der Strukturen des Finanzkapitalismus überhaupt gegeben hat. Wir müssen erst die soziale Marktwirtschaft wieder erkämpfen; darum geht es. Ich warne davor, dies nur unter Finanzz Gesichtspunkten zu sehen. Wir müssen damit gleichzeitig die anderen großen Herausforderungen verbinden, die ich kurz skizzieren will.

Wir erleben zum ersten Mal in der modernen Gesellschaft, dass das billige Schmiermittel für Beschäftigung und Wohlstand, nämlich preiswerte Energie und Rohstoffe, nicht mehr funktioniert. Wir müssen in der Zukunft vor allem eine Ökonomie aufbauen, die ganz anders, sehr viel effizienter, sehr viel schonender, mit Energie und Rohstoffen umgeht. Da erwarte ich von der SPD, dass sie nicht immer nur „Ja, aber!“ sagt, sondern dass sie einmal sagt: „Ja, ich will die Effizienzrevolution! Ja, ich will die erneuerbaren Energien“, und nicht immer nur: „Ja, aber!“. Das haben wir viel zu lange gesagt. Wir müssen in dieser Frage über uns hinauswachsen, weil es notwendig ist.

Aussprache

Wir erleben zweitens den Klimawandel. Es darf nicht sein, dass dieses Thema jetzt durch die Finanzkrise wieder nach hinten gedrängt wird. In 30 Jahren ist die Erwärmung um 2 Grad nicht mehr zu verhindern, und eine Erwärmung von 2 Grad bedeutet beispielsweise, dass sich die Ernteerträge in Afrika halbieren werden. Das kann keiner verantworten. Die Folgen werden uns dann mit derselben Härte treffen wie heute die Finanzkrise, nur in noch viel größerer Dimension.

Wir müssen drittens sehen: In den letzten Wochen hat es in mehr als 40 Ländern der Erde Hungerrevolten gegeben. Der Lebensmittelpreis ist in den letzten zwölf Monaten um 67 Prozent gestiegen. Der berühmte 1 Dollar, der als Existenzminimum von den Vereinten Nationen angesetzt wurde, ist in den meisten Ländern nur noch 70 Cent wert.

Wir erleben also Finanzkrise, Klimawandel, Ressourcenknappheit und Hungerproblematik gleichzeitig. Das ist das, was uns herausfordert, dass wir jetzt eine neue Epoche einleiten, und zwar eine Epoche, die wir unter das Stichwort der Nachhaltigkeit stellen müssen. Das ist nämlich die Grundidee, um die es geht: Ein nicht nur plastikhaft vor uns zu stellendes Wort, sondern eine Programmatik, die in den zentralen Punkten genau das Gegenteil des Finanzkapitalismus will. Der Finanzkapitalismus war Bereicherungsorgien durch Aktienoptionen, war Zerlegung von Unternehmen durch Hedgefonds und war vor allem eine wahnsinnige Kurzfristigkeit durch den Unsinn der Quartalsberichte, den wir uns nicht mehr leisten können. Was wir jetzt brauchen, ist langfristige Orientierung. Wir brauchen die Integration von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, und wir brauchen vor allem eine Gesellschaft, die in der ökologischen Modernisierung den entscheidenden Hebel für Reformen sieht. Also bitte: Nicht nur die Krise sehen, sondern vor allem die große Chance der Aufbauleistung, nämlich eine sozialökologische Zukunft, die mit uns verbunden werden kann. Wenn wir aber nur Krisenmanagement machen, werden wir leider nicht den Erfolg haben, den wir haben wollen. Wir müssen jetzt für eine neue Gesellschaft nach vorne gehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Michael. – Es folgt Oliver Kaczmarek. Ihm folgt als letzter Redner Holger Hövelmann, Sachsen-Anhalt.

Oliver Kaczmarek, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Wahlgang ist zwar schon gelaufen, aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch zwei Anmerkungen zu machen bzw. zwei Eindrücke aus der Diskussion in Vorbereitung auf diesen Parteitag aus meinem Unterbezirk wiederzugeben.

Es ist klar – Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering haben das deutlich zum Ausdruck gebracht –: Wir müssen die Wahl gewinnen wollen. Wir spielen nicht auf Platz, sondern auf Sieg. Das gilt natürlich nicht nur für die Bundestagswahl, sondern auch für die Europawahl und für die Kommunalwahlen, die zum Teil zeitgleich mit der Europawahl im nächsten Jahr in größerer Anzahl stattfinden.

In meinem Unterbezirk im Ruhrgebiet ist es so, dass wir für die Kommunalwahl im nächsten Jahr derzeit dabei sind, 250 Direktkandidaten für die Räte und für den Kreistag aufzustellen. Es ist gerade zu Recht gesagt worden, dass sie zusammen mit dem Spitzenkandidaten, mit den Bürgermeistern, mit dem Landrat das Herz der Partei bilden. Ich kann euch auch sagen: Die wollen gewinnen. Die wollen nicht nur die Kommunalwahl gewinnen, sondern die wollen auch den Kanzlerkandidaten und die SPD im Bundestagswahlkampf tragen.

Aber meiner Ansicht nach müssen wir auch dafür sorgen, dass deutlich wird, dass die SPD einen politischen Entwurf aus einem Guss vertritt. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Genossinnen und Genossen, die vor Ort den Wahlkampf machen, auch mit dem identifizieren, was im Bundestagswahlkampf unsere Hauptthemen sein werden. Das muss wiedererkennbar sein, vor Ort und auf der Bundesebene.

Deswegen möchte ich noch einmal etwas sagen zum Thema Regierungsprogramm: Wir hätten uns schon gewünscht, dass der Parteivorstand schon jetzt deutlich macht, wie denn der Prozess zur Erstellung des Regierungsprogramms aussehen soll. Denn wir haben noch einige Zeit bis zum Juni nächsten Jahres. Ich formuliere das deshalb als Appell an den Parteivorstand und auch an den Parteivorsitzenden. Ich glaube, dass die Zeit noch reicht, innerhalb der Partei eine breite Diskussion – wie wir das beim Hamburger Programm gemacht haben – anzuregen und zu initiieren. Ich glaube, dass wir das tun sollten; denn fünf bis zehn Regionalkonferenzen kurz vor dem Parteitag, der das Programm verabschieden soll, werden aus meiner Sicht nicht reichen. Das Hamburger Programm sollte deshalb aus meiner Sicht nicht nur in inhaltlicher Hinsicht die Basis bilden – ich bin sehr froh, dass heute noch einmal bestätigt wurde, dass das die inhaltliche Basis für das Regierungsprogramm ist –, sondern auch dafür, wie wir dieses Programm in der Partei diskutieren und Identifikation herstellen. Ich kann nur raten, den Ideenreichtum und die Kreativität der Parteibasis rechtzeitig einzubeziehen.

Die zweite Anmerkung: Wir haben im Hamburger Programm auch eine Passage zu den Kommunen drin, die im Bremer Entwurf noch nicht so ausgeprägt war. Es ist richtig, dass sich die SPD als kommunale Partei dort programmatisch verortet hat. Ich teile die These, die Franz Müntefering öffentlich vertreten hat: dass in nächster Zeit im Verhältnis zu Land und Bund eher die multinationalen und die kommunalen politischen Ebenen an Bedeutung gewinnen werden. Es ist richtig, dass wir das so sehen; denn die Verhältnisse werden natürlich vor Ort gestaltet. Aber die Kommunen müssen eben auch in der Lage sein – das wäre ein Appell auch für die programmatische Basis im Regierungsprogramm –, Verhältnisse zu gestalten. Dazu müssen sie die finanziellen Grundlagen erhalten. Was dazu in den letzten zehn Jahren auf den Weg gebracht worden ist, hat uns durchaus geholfen: die Ganztagserschulungsprogramme, der Einsatz für die Gewerbesteuer. Das war ganz wichtig für uns. Wir freuen uns, dass in der nächsten Wahlperiode der Anteil des Bundes für die Unterbringungskosten der SGB-II-Empfänger wieder steigen soll.

Also: Es ist richtig, das Loblied der Kommunalpolitik zu singen. Das ist vernünftig und glaubhaft. Kommunalpolitik bildet das Herz und die Basis der Partei. Aber wir müssen

Aussprache

natürlich Wege beschreiben, wie die Kommunen, die Teil des Landes sind, aber auch von bundespolitischen Entscheidungen profitieren, Verhältnisse gestalten können und wie ihre Verhältnisse tatsächlich materiell verbessert werden. Glück auf!

(Vereinzelt Beifall)

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Schönen Dank. Als letzter Redner ist Holger Hövelmann dran.

Holger Hövelmann, Sachsen-Anhalt: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Es ist richtig: Die Menschen in unserem Lande wählen uns nicht, wenn sie den Eindruck haben, dass diese SPD nicht weiß, wo es hingeht. Deshalb ist es wichtig, eine geschlossene Partei zu haben und klar zu wissen, wohin die Reise geht und wo die Ziele sind, damit die Menschen uns Vertrauen entgegenbringen und uns wählen können.

Wenn auch als letzter Redner, so will ich doch sagen: Wir müssen deutlich machen – das ist heute noch nicht angesprochen worden –, dass wir noch einen Weg vor uns haben, die deutsche Einheit zu vollenden. Ich sage ganz bewusst als Vorsitzender eines ostdeutschen SPD-Landesverbandes, von Sachsen-Anhalt, dass das auch heißt: Gleicher Lohn in Ost und West, vergleichbare Lebensbedingungen in Ost und West und gleiche Renten in Ost und West!

Deshalb ist es mir ein Bedürfnis, euch, die ihr am Wahlprogramm im Willy-Brandt-Haus in den nächsten Monaten arbeiten werdet, zu bitten – wir werden mit den Forderungen nicht nachlassen –, dies nicht aus den Augen zu verlieren und den Menschen in Deutschland zu sagen, wie wir das auf den Weg bringen wollen, wie wir das realisieren wollen. Ich glaube, dazu gibt es kluge Vorschläge. Auch die Gewerkschaften – meine Gewerkschaft ver.di zum Beispiel – haben dazu ganz ordentliche Vorschläge gemacht.

Wir dürfen dieses Thema der Vollendung der deutschen Einheit nicht vergessen, und wir dürfen es vor allen Dingen nicht den Konservativen in diesem Lande überlassen. Denn sie werden es nicht in unserem Sinne regeln. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Olaf Scholz, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind wir am Ende der Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden. Die Auszählung ist noch nicht ganz beendet. Wir werden das Ergebnis bekannt geben, sobald es vorliegt; das werden dann die Sprecher der Mandatsprüfungskommission tun. Jetzt geht es weiter mit dem nächsten Tagesordnungspunkt.

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zum Tagesordnungspunkt Antragsberatung. Ich gebe das Wort der Kollegin Bärbel Dieckmann, Vorsitzende der Antragskommission.

Bericht der Antragskommission

Bärbel Dieckmann, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns hier zu einem Außerordentlichen Parteitag getroffen, und wir wussten, dass wir nicht so viel Zeit haben würden wie beim Hamburger Parteitag, um Anträge zu diskutieren. Ich bin sehr froh darüber, dass Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering sehr deutliche Aussagen zu dem gemacht haben, was die Politik der Sozialdemokratischen Partei ausmacht.

Die Antragskommission hat sich zum heutigen Parteitag mit einigen Anträgen beschäftigt, die euch vorliegen. Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit diese der Reihe nach durchgehen. Wenn zwischendurch Fragen sind, bitte ich euch um Wortmeldung.

In Antrag 1 geht es um kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kindergärten. Wir haben das auf dem Hamburger Parteitag bereits beschlossen. Die Antragskommission empfiehlt euch, diesen Antrag als erledigt zu erklären.

Antrag 2 ist ein sehr ausführlicher Antrag, er stammt von den Jusos und befasst sich mit der sozialen Gerechtigkeit. Die Antragskommission schlägt euch vor, diesen Antrag der Arbeitsgruppe zur Erstellung des Wahlprogramms zu überweisen. Sowohl Franz Müntefering wie Frank-Walter Steinmeier haben zu dem Verfahren zum Wahlprogramm etwas gesagt.

Das Gleiche gilt für Antrag 3, gleiche Renten für Ost und West. Auch das ist ein wichtiges und vieldiskutiertes Thema, das wir hier nicht in wenigen Minuten abschließen können. Auch hier lautet das Plädoyer der Antragskommission, den Antrag in die Arbeitsgruppe Wahlprogramm zu überweisen.

Wahlergebnis Parteivorsitzender

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt das Wahlergebnis für den alten und neuen Parteivorsitzenden vorliegen. Ich gebe das Wort der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Stella Kirgiane-Efremidis, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden bekannt. Es wurden abgegeben 478 Stimmen. Davon waren 475 Stimmen gültig. Mit Ja haben gestimmt: 403.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, bedeutet eine Zustimmung von 85 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, Franz Müntefering zu diesem Wahlergebnis. Wir freuen uns, mit dir arbeiten zu dürfen, mit dir in den Bundestagswahlkampf zu gehen. Ich frage dich, lieber Franz, nimmst du die Wahl an?

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme die Wahl gerne an.

(Beifall)

Antragsberatung

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir beschäftigen uns nun mit den Anträgen. Ich rufe auf den Antrag Nummer 1, Kinderarmut. Die Antragskommission empfiehlt: Erledigung durch Beschlüsse Hamburger Bundesparteitag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag Nummer 2 auf. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Überweisung an die Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Wahlprogramms und an den Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Antrag Nummer 3 – Gleiche Renten in Ost und West. Empfehlung der Antragskommission ist ebenfalls: Überweisung an die Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Wahlprogramms und an den Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe auf den Initiativantrag Nummer 1 – Finanzkrise. Da ist Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit den Stimmen aller Delegierten so beschlossen.

Initiativantrag Nummer 2. Da liegt mir eine Wortmeldung von Harald Baumann-Hasske und von Bärbel Dieckmann vor.

Bärbel Dieckmann, Antragskommission: Ich würde gerne noch eine Bemerkung vonseiten der Antragskommission machen. Bei dem Initiativantrag 2 geht es darum, dass kein Bundeswehreinsetzung im Inneren stattfinden soll. Das ist ein Thema, das uns ja in den letzten zehn Tagen, aber auch vorher sehr lange beschäftigt hat. Wir haben gestern in den Gremien darüber beraten. Wir schlagen eine Überweisung an die Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion vor, die von Brigitte Zypries und Peter Struck geleitet wird. Eventuell wird dieses Ergebnis noch einmal in der Wahlprogrammkommission behandelt werden und damit auf dem Wahlprogrammparteitag. Also jetzt schlagen wir Überweisung in die Arbeitsgruppe vor, woran auch die Antragsteller beteiligt sind.

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Mir liegt trotzdem eine Wortmeldung vom ASJ-Bundesvorsitzenden Baumann-Hasske vor. Harald!

Harald Baumann-Hasske, ASJ-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will es ganz kurz machen. Wir haben im Vorfeld des heutigen Tages auch über das Verfahren beraten und sind als Antragsteller genauso wie die Hamburger mit diesem Verfahren einverstanden. Wir wollen das erst einmal intensiv diskutieren.

(Beifall)

Antragsberatung

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Dann kommen wir zur Abstimmung über den Initiativantrag 2 Einsatz der Bundeswehr und dem Antrag auf Überweisung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Zum Initiativantrag Nummer 3, Call-Center-Konzept, Bärbel, bitte.

Bärbel Dieckmann, Antragskommission: Dieser Antrag ist gestern fast wortgleich vom Parteivorstand beschlossen worden. Außerdem gibt es einen Beschluss der Bundestagsfraktion, der noch etwas genauer auf die Problematik und die notwendigen Aussagen eingeht. Die Antragskommission schlägt euch deshalb vor, den Antrag als erledigt zu betrachten, und zwar, weil es zwei Beschlussvorlagen des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion gibt, die sich noch präziser mit der Problematik beschäftigen.

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Wer für die Erledigung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe auf Initiativantrag 4 – Keine Privatisierung, kein Börsengang der Bahn.

(Beifall)

Bitte, Bärbel!

Bärbel Dieckmann, Antragskommission: Keine Privatisierung der Bahn – das ist eine der Hauptdebatten auf dem Hamburger Parteitag gewesen. Es gibt dazu eine Beschlusslage. Natürlich hat sich in den letzten Tagen die Situation wesentlich verändert. Das Thema ist noch einmal neu und sehr intensiv diskutiert worden. Wir schlagen euch, da es jetzt unmittelbar keinen Handlungsbedarf gibt, da die Bahn ...

(Zurufe: Buh!)

da die Bahnprivatisierung im Moment nicht umgesetzt wird, eine neue Kategorie vor: Nichtbefassung da zurzeit erledigt durch Beschlussfassung. Sollte sich die Situation ändern und die Diskussion noch einmal entstehen, müsste sich die Partei erneut mit dieser Fragestellung befassen.

(Zurufe: Buh! Pfui!)

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Das Wort hat Eckart Kuhlwein.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche mich dagegen aus, dass sich mit diesem Antrag nicht befasst werden soll.

(Beifall)

Denn ich glaube, es hat sich seit dem Hamburger Parteitag – dessen Beschluss ist anschließend ja nicht umgesetzt worden; und es hat auch kein Sonderparteitag stattgefunden, obwohl das im Bundestag beschlossene Modell nicht dem entspricht, das

wir in Hamburg verhandelt und beschlossen hatten – in Sachen Umgang mit Privatisierung in unserer Gesellschaft eine ganze Menge geändert; deswegen hatten wir heute ja auch die lange Debatte über die Entwicklung der Weltfinanzmärkte.

Ich bin nicht ganz sicher – ich habe es weder den Äußerungen von Peer Steinbrück noch denen von Herrn Mehdorn in den letzten Tagen entnommen –, ob nicht der Aufsichtsrat der Bahn und der Vorstandsvorsitzende weiterhin versuchen werden, im Rahmen der gegebenen Frist Kapitalspritzen in China oder in den arabischen Ländern zu bekommen, um die 24,9 Prozent zu erwerben. Das halte ich aber für ein Hasard- und Pokerspiel.

(Beifall)

Es hat sich eine Menge geändert. Mit diesem Antrag sollte sich befasst werden und dann möglichst auch ein Beschluss gefasst werden.

(Beifall)

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Ich muss trotzdem über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen: Nichtbefassung da zurzeit erledigt durch Beschlussfassung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Zurufe: Buh!)

Wer dagegen ist, ...

(Beifall)

Ich würde gerne noch einmal abstimmen.

(Lachen – Zurufe)

... Keine Aufregung, aber von oben, vom Tagungspräsidium aus sah es wirklich pari/pari aus. Ich kann nichts dafür. – Wer für die Beschlussfassung der Antragskommission ist, nämlich Nichtbefassung da zurzeit erledigt durch Beschlussfassung, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen?

(Beifall)

Ersteres war die Mehrheit – es tut mir leid –, weil der gesamte Bundesvorstand für diesen Antrag gestimmt hat.

(Zurufe: Nein!)

Das Erste war die Mehrheit. – Damit sind wir am Ende der Antragsberatung –

(Zurufe)

Ich lasse die Stimmen auszählen

(Beifall)

Antragsberatung

und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, sich zu positionieren, um die einzelnen Blöcke auszuzählen. – Eine Minute, bis die Leute da sind.

Susanne Kastner, Parteitagspräsidium: Sind die Mitglieder der Wahl- und Zählkommission an ihrem Ort? Können wir mit dem Auszählen beginnen? Ich bitte aber auch, hier oben zu zählen. Wer zählt hier oben? – Gut.

Wer für die Beschlussempfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Sind die Stimmen ausgezählt, auch im Mittelblock? Sind die Zählerinnen und Zähler fertig? – Ja. Dann bitte ich um die Gegenprobe.

Jetzt müsst ihr euch noch ein oder zwei Minuten gedulden, weil alles zusammengezählt wird. Dann haben wir das Ergebnis.

Mit Ja haben 146 gestimmt. Mit Nein haben 130 gestimmt. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Damit sind wir am Ende der Antragsberatung.

Franz, ich gebe dir das Wort.

Schlusswort

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Ich will eigentlich gar nicht mehr reden, sondern nur noch singen. Es wollen ja auch alle nach Hause.

Ich sage noch einmal Dank für diesen Parteitag, für die Konzentration, mit der wir das Programm heute hier behandeln konnten. Ich sage insbesondere ein herzliches Dankeschön noch einmal an Frank-Walter Steinmeier.

Frank-Walter und ich gehen aus diesem Parteitag anders heraus, als wir heute Morgen hereingekommen sind, mit wichtigen Funktionen. Frank-Walter hat alle Chancen, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, wenn wir ihm dabei helfen. Das wollen wir. Das Ziel ist ganz klar zur Bundestagswahl nächstes Jahr: Frank-Walter Steinmeier als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Ich will als Vorsitzender meinen Teil dazu beitragen und mithelfen, dass dies gelingt.

Alles Gute und herzliches Glückauf, liebe Genossinnen und Genossen! Macht alle mit!
– Vielen Dank.

(Beifall)

Lied: „Wann wir schreiten Seit’ an Seit’“ gesungen vom Bergmannschor der Ruhrkohle AG

(Beifall)

Lied: „Glück auf, der Steiger kommt“ gesungen vom Bergmannschor der Ruhrkohle AG

(Beifall)

Ende des Parteitags 16:16 Uhr

Anhang

Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

I. Angenommene und überwiesene Anträge	89
Abkürzungen	89
Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge	89
Anträge	90

I. Angenommene und überwiesene Anträge

Abkürzungen:

A	Antrag
WPT	Überwiesen an den außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009
IA	Initiativantrag
UB	Unterbezirk
LV	Landesverband

Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(angenommen fett gedruckt)

A-Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
IA 1		Finanzpolitik	Angenommen	90
A 1	Unterbezirk Schwarzwald-Baar (LV Baden-Württemberg)	Kinderarmut	Erledigt durch Beschluss Parteitag 2007	95
A 2	Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen	Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit	WPT	95
A 3	LV Sachsen-Anhalt		WPT	97
IA 2		Einsatz der Bundeswehr im Innern	Überwiesen an die Bundestags- fraktion (Arbeits- gruppe zum Einsatz der Bundeswehr im Innern)	97
IA 3		Callcenter-Konzept Telekom	Erledigt durch Beschluss des Parteivorstandes vom 17. 10. 2008	98
IA 4		Keine Privatisierung, kein Börsengang der Bahn	Nichtbefassung, da zur Zeit erledigt durch Beschluss- fassung	98

Initiativantrag 1

Finanzpolitik

Die gegenwärtige Finanzkrise zur dauerhaften Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte nutzen: Eine bessere internationale Finanzarchitektur – auch für die Menschen in unserem Land

I.

Die soziale Marktwirtschaft ist das herausragende ökonomische Erfolgsmodell. Wirtschaftliche Stärke wird mit Wohlstand für breite Schichten und sozialer Sicherheit verbunden, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gewährleistet Arbeitsplätze und sichert so die Teilhabe der Menschen an einem wesentlichen Bereich des gesellschaftlichen Lebens.

Marktwirtschaft erfordert Märkte. Sie sind notwendig, aber selbst keinen Werten verpflichtet und wandeln sich rasch. Daher braucht es politische, braucht es demokratische Gestaltung und Regulierung - durch den Staat. Im Zeitalter der Globalisierung gilt das mehr denn je. Dabei ist es weltweit komplizierter geworden, die Chancen von Märkten für Wohlstand und Entwicklung für alle zu fördern und ihre negativen Auswirkungen zu minimieren. Das gilt im Besonderen für die globalisierten Finanz- und Kapitalmärkte.

Doch spätestens jetzt ist klar, dass ökonomische Maßlosigkeit in die Krise führt. Die Spekulationen, die mit am US-amerikanischen Grundstücksmarkt ausgekehrten Krediten an Schuldner mit mangelhafter Bonität begannen, zeigen, welchen enormen ökonomischen Konsequenzen Gier und geschwundenes Vertrauen von international verflochtenen Finanzmarktteilnehmern plötzlich und unerwartet für Gesellschaften und Volkswirtschaften haben können.

Die amerikanische Hypothekenkrise war der Auslöser der Erschütterungen, die die Weltfinanzmärkte und auch wir in Deutschland zurzeit erfahren. Die Ursache liegt aber tiefer. An Bilanzen und Regeln vorbei wurden Akteure und Produkte geschaffen, die oft nicht mehr zu durchschauen waren und allein dem Ziel dienten, enorme Profite zu machen.

Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen, ist an sich sinnvoll und gut. Aber nur, solange alle Träger davon wissen und das verantwortungsvoll tun. Doch schlechte Darlehensforderungen wurden verbrieft, mit guten vermengt, neugepackt, aufgehübscht und weiter verkauft, jahrelang mit erheblichem Profit. Viele machten einfach mit. Bei Bewertungen und Einschätzungen verließen sich viele einfach auf Rating-Agenturen und große Wirtschaftsberatungsfirmen – die meist mithalfen, die Produkte zu entwickeln, die sie dann bewerteten. Vor allem im angloamerikanischen Raum wurde geduldet, dass neben dem von Notenbanken und Aufsichtsbehörden überwachten Finanzmarkt ein rasant wachsender, intransparenter und in weiten Teilen unkontrollierter Markt entstand.

II.

Auch die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems leidet unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Dies hat zum einen damit zu tun, dass verschiedene Akteure illiquide Aktiva (Assets) halten, für die kein Markt mehr besteht und damit kein Preis mehr festgestellt werden kann. Sie sind, sofern in Handelsbüchern geführt, aufgrund der geltenden Bilanzierungsvorschriften zu immer stärker verfallenden Werten in die Bilanz aufzunehmen und produzieren so enorme Buchverluste. Das zweite gravierende Problem ist, dass bewährte Refinanzierungsinstrumente ausfallen. So ist der Interbankenmarkt nachhaltig gestört, Banken leihen sich untereinander kaum mehr Geld. Auch andere Refinanzierungsinstrumente geraten zunehmend unter Druck. Die dadurch entstehenden Liquiditätseingpässe erlauben es Finanzinstituten nicht mehr, Risiken angemessen auszugleichen.

Ohne ein funktionierendes Finanzsystem ist der Zugang von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten nachhaltig gestört. Die Bürger könnten in diesem Fall nicht mehr sicher und mit Gewinn sparen. Die gewohnte Zwischenfinanzierung von Arbeitslöhnen, Investitionen und anderen wichtigen Sicherheiten für Unternehmen sind nicht länger gewährleistet.

Misstrauen regiert überall, und die, die noch vor kurzem einen Rückzug des Staates und eine immer weitergehende Deregulierung der Märkte gefordert haben, reden nun einem starken Staat das Wort, der ausgleichen soll, was Manager angerichtet haben.

III.

Die SPD nimmt die Herausforderung an, in einer der gefährlichsten Finanzmarktkrisen der modernen Zeit Schaden von Deutschland abzuwenden. Sie übernimmt – wie stets, wenn es kritisch wird – Verantwortung für die Menschen in unserem Land. Zentrale Aufgabe ist, schnell für die Wiederherstellung des Vertrauens zu sorgen. Aktuell kann nur noch der Staat Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herstellen. Er gewährleistet damit ein öffentliches Gut.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz werden wir einen ersten Schritt aus der Krise tun. Deshalb brauchen wir dieses Gesetz. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds wird zwar über die möglichen Maßnahmen der Garantien, der Rekapitalisierung sowie als letztes Mittel der Risikoübernahme Liquidität und Vertrauen im Markt zurückbringen. Zugleich werden aber Bedingungen für Stabilisierungsmaßnahmen aufgestellt.

Und wir wollen, dass Defizite, die nach Abwicklung des Fonds verbleiben sollten, nicht durch Steuergelder, sondern mit Hilfe geeigneter Maßnahmen durch die Finanzbranche selbst ausgeglichen werden müssen.

Denn es geht nicht um den Schutz der Banken oder der Manager, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Anträge

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Maßnahmenpaket mit europäischen und internationalen Partnern abgestimmt ist und die Maßnahmen in den Rahmen passen, den die europäischen G8-Staats- und Regierungschefs, der EU-Finanzministerrat und die G7-Finanzminister- und Notenbankgouverneure im Oktober 2008 beschlossen haben.

Vor allem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schafft durch sein Krisenmanagement Vertrauen und Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Er hat darin unsere volle Unterstützung, auch und gerade für die bereits von ihm im „Beitrag der Bundesregierung zu Vorschlägen auf internationaler und europäischer Ebene zur Vermeidung ähnlicher Finanzmarktkrisen in der Zukunft“ vorgelegten Punkte. Denn über ein erfolgreiches Krisenmanagement hinaus gilt es, Konsequenzen zu ziehen und für die Zukunft so vorzusorgen. Eine Krise dieses Ausmaßes darf sich nicht mehr ereignen.

So wird die gegenwärtige Krise auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Wie groß diese Auswirkungen sein werden, kann derzeit nicht seriös quantifiziert werden. Deswegen muss nach den Ergebnissen der Steuerschätzung und im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 geprüft werden, ob weitere staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft geboten sind. Dabei könnte es sich insbesondere um Maßnahmen zur Stabilisierung und Ausweitung von nachhaltigen Investitionen in Infrastruktur, Energieeinsparung und Bildung handeln.

In der festen Überzeugung, dass dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz weitere Schritte folgen müssen, und in dem Bewusstsein, eine neue, bessere Finanzarchitektur in Deutschland und international mitgestalten zu wollen, fordern wir:

1. Die Rolle des IWF ist zu stärken. Bevor einzelne Staaten in den Bankrott zu gehen drohen, brauchen sie – vielleicht mehr denn je – internationale Solidarität. Die Staatengemeinschaft wird nur mit einer geschlossenen Kraftanstrengung in der Lage sein, die gegenwärtige Systemkrise der Finanzmärkte zu lösen, aber auch zu überwinden. Der IWF ist die richtige Organisation, um einen neuen gemeinsamen Weg zu gehen.
2. Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Auch neue Wege sind dazu erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und „Parkplätze für schwarze Kassen“ auch immer noch in Europa. Daher muss Europa bei deren Bekämpfung auch vorangehen.
3. Wir fordern eine internationale Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen, die verantwortliches Handeln sicherstellt. Der bestehende „Code of Conduct“ sollte nach einer Überarbeitung rechtsverbindlich werden. Da es bislang nur US-amerikanische Rating-Agenturen gibt, sollte zeitnah geprüft werden, wie durch Errichtung einer europäischen Rating-Agentur ein Gegengewicht geschaffen werden

könnte. Rating-Agenturen haben künftig die grundlegende Systematik ihrer Bewertungsmaßstäbe offenzulegen. Es ist Sorge dafür zu tragen, dass beratende Tätigkeiten bei Kreditverbriefungen, -bündelungen sowie der Erstellung anderer Produkte nicht zusammen mit deren anschließender Bewertung durch Rating-Agenturen, erst recht nicht durch die gleiche Unternehmensgruppe, erfolgen dürfen. Das Beratungsgeschäft ist vom eigentlichen Rating-Geschäft zu trennen. Des Weiteren sind einheitliche Standards für Rating-Agenturen vorzusehen, die sorgfältige und pflichtgemäße Bewertungen und Risikoanalysen zu verbessern helfen.

4. Es darf künftig keinen unregulierten Marktbereiche und keine „Regulierungs-Arbitrage“ mehr geben. Dies ist durch verstärkte internationale Kodifizierung von Finanzmarktregulierungen, aber auch durch stärkere internationale Kooperation der Aufsichtsbehörden sicherzustellen. Zudem müssen internationale Vereinbarungen wie Basel II auch gelten und dazu in internationalem Gleichklang in geltendes Recht umgesetzt werden.
5. Es ist zu gewährleisten, dass Risiken nicht außerhalb von Bilanzen platziert werden dürfen. Dazu sind international einheitliche Bilanzierungsstandards zu schaffen, die insbesondere klare und einheitliche Bewertungsregeln mit jeweils adäquaten Wertansätzen enthalten. Möglichkeiten zur Vermeidung von Prozyklizität sollten genutzt werden. Um Krisenverschärfungen wie gegenwärtig zu vermeiden, soll im Krisenfall klar reguliert und beaufsichtigt eine flexible, aber begrenzte Übertragung zwischen Handels- und Bankenbuch erfolgen dürfen.
6. Wir wollen neue Transparenzpflichten für Risiken und eine höhere Risikovorsorge bei den Kreditinstituten. Jeder Finanzmarktakteur muss künftig verpflichtet sein, im Falle eines Erwerbs von Finanzprodukten, insbesondere strukturierten Produkten, eine eigene, zu dokumentierende Risikoeinschätzung des jeweiligen Produkts zu treffen und hierfür Risikovorsorge zu treffen. Einschätzungen von Rating-Agenturen und anderen sind nur als Indiz zu berücksichtigen. Bei Veräußerungen von Risiken sind mindestens 20 Prozent in der eigenen Bilanz zu halten. Die Eigenkapitalunterlegung ist zu verstärken. Bankinternes Risikomanagement ist auszubauen.
7. Die stetige Integration der Finanzmärkte erfordert eine starke, effektive und effiziente Kontrollinstanz – national, europäisch, international. Eine starke und qualitativ gute Aufsicht liegt auch im Interesse der Finanzmarktakteure. Einheitliche nationale Aufsichtsbehörden sind zu errichten. Hier ist Deutschland auf einem guten Weg. Zudem müssen die Kompetenzen der nationalen Aufsichtsbehörden europäisch in einer engen Zusammenarbeit gebündelt werden. Dies meint nicht zwangsläufig die Gründung einer einheitlichen europäischen Aufsichtsbehörde. Gleiches gilt für die internationale Zusammenarbeit, die jedoch einem zentralen Koordinator wie z. B. dem Internationalen Währungsfonds unterstellt werden sollte.
8. Eine Zulassungspflicht für Finanzmarktprodukte und Finanzinstrumente ist zu prüfen, auch mit der Option, solche Produkte und Instrumente verbieten zu können, wenn sie mit zu hohen Risiken verbunden sind, die sich systemisch auswirken

Anträge

könnten. Leerverkäufe generell zu untersagen gehört auf diese Tagesordnung. Auf EU-Ebene, besser sogar im internationalen Bereich müssen künftig Anforderungen an riskante Finanzprodukte definiert und überwacht werden. Privatanleger müssen wirksamer als bisher vor hochriskanten Finanzprodukten geschützt werden. Im Fall einer falschen Beratung müssen sie ihre Ansprüche wirksamer durchsetzen können.

9. Kreditfinanzierungen über sog. leveraged buy-outs (LBO), wie sie vorwiegend von Hedge-Fonds und Private Equity-Gesellschaften durchgeführt werden, gehören stärker reguliert. Einheitliche europäische, besser internationale Mindeststandards bei Kontrolle und Aufsicht der Akteure bei ihrer Kreditaufnahme sind notwendig. Eigenkapitalanforderungen und der Einsatz von Eigenkapital bei LBOs sind wesentlich zu verschärfen. Dies kann auch über ein zeitweises Verbot fremdfinanzierter Sonderausschüttungen oder einer Begrenzung des LBO durch eine Mindestkapitalquote für einen bestimmten Zeitraum erfolgen.
10. Die Vergütung von Vorständen und Managern muss neuen Regelungen unterworfen werden. Die Bezahlung von Managern hat sich in den letzten Jahren von der Entwicklung der übrigen Gehälter abgekoppelt. Das hat nicht nur zu einem Gerechtigkeitsdefizit geführt, sondern auch zu falschen Vergütungsanreizen. Dies war für die jetzige Finanzmarktkrise mit ursächlich. Es ist Aufgabe der Aufsichtsräte, auf die Angemessenheit der Vorstandsgehälter zu achten. Dieser Verantwortung scheint man nicht immer gerecht geworden zu sein. Vergütungssysteme wie z. B. (Jahres-) Boni oder Tantiemen, die nur zu kurzfristigem Gewinn des Unternehmens motivieren, aber auch Aktienoptionen und andere kurzfristige Renditeinteressen begünstigende Vergütungselemente müssen stark eingeschränkt werden. Dazu soll das Kriterium der „Angemessenheit“ in § 87 Aktiengesetz konkretisiert werden. Eine auf den kurzfristigen Shareholder Value ausgerichtete Unternehmenspolitik wird nicht länger goutiert. Es ist eine ausdrückliche gesetzliche Regelung für die persönliche Haftung der Aufsichtsräte bei unangemessener Vergütungsfestsetzung zu schaffen, der Ausübungszeitraum bei Aktienoptionen ist von mindestens zwei auf mindestens drei Jahre oder mehr zu verlängern. Die Verantwortung für Vorstandsvergütungen ist dem Aufsichtsrat insgesamt zu übertragen und nicht einem Ausschuss vorzubehalten. Die Verpflichtung zur Offenlegung der individuellen Vorstandsvergütung ist zu konkretisieren, insbesondere im Hinblick auf Abfindungen und Ruhegelder. Die Möglichkeiten, bei einer schlechten Unternehmensentwicklung Managergehälter nachträglich zu begrenzen, sind deutlich zu verbessern.
11. Die Haftung der Vorstände und Aufsichtsräte (§§ 93, 116 AktG) ist heute bereits strikt geregelt. Sie haften gegenüber der Gesellschaft für leichtestes Verschulden ohne jede höhenmäßige Begrenzung mit ihrem gesamten Privatvermögen. Außerdem gilt eine Beweislastumkehr zu ihren Lasten. Es wurden bisher aber nur selten Schadensersatzsprüche geltend gemacht. Offenbar bedarf es vor allem eines grundlegenden Kulturwandels in den Unternehmensführungen. Insbesondere die

Aufsichtsräte müssen künftig ihre Kontrollaufgaben im Sinne des Unternehmens als Ganzem und seiner Anteilseigner verantwortungsbewusster und mit größerem Nachdruck wahrnehmen und im Falle unzureichender Ergebnisse des Managements die gesetzlich möglichen Sanktionen auch durchsetzen. persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten ist zu verschärfen.

12. Wir erwarten, dass in europäischer Abstimmung ein Weg gefunden wird, mögliche Verluste aus Rettungsmaßnahmen auf die gesamte Finanzbranche oder auf die Institute zu verteilen, die Leistungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Anspruch genommen haben.

Beschluss: angenommen

Antrag 1

Unterbezirk Schwarzwald-Baar
(Landesverband Baden-Württemberg)

Kinderarmut

Kinder in Ganztageseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Kinderhorte etc.) erhalten ein kostenloses warmes Mittagessen, wenn ihre Eltern staatliche Unterstützungsleistungen (SGB II-, SGB XII-Leistungen, Wohngeld, etc.) beziehen.

Beschluss: Erledigt durch Beschlüsse Hamburger Parteitag 2007

Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist(inn)en

Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit.

Die Sozialdemokratie hat stürmische Zeiten hinter sich. Nachdem die personelle Weichenstellung erfolgt ist, müssen nun auch endlich die Weichen für die Wahlauseinandersetzung 2009 gestellt werden. Wir müssen nicht nur personell sondern vor allem auch inhaltlich die politischen Gegner herausfordern.

Nur wenn die gesamte Partei sich in einem offenen Prozess auf inhaltliche Anliegen verständigt, gelingt es, die gesamte Partei mitzunehmen. Wir müssen in der Bevölke-

Anträge

rung deutlich machen, dass die SPD für soziale Gerechtigkeit steht. So werden wir Stimmen- und Mitgliederzuwächse verbuchen können.

Das zentrale Problem, dem die Sozialdemokratie begegnen muss, ist die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland.

Soziale Gerechtigkeit heißt Gute Arbeit.

Anliegen der SPD ist es, gute Arbeit Realität werden zu lassen. Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro ebenso wie die Regulierung der Leiharbeit. Außerdem ist ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft notwendig.

Soziale Gerechtigkeit heißt Chancengleichheit verwirklichen.

Die SPD kämpft für Chancengleichheit. Hierbei spielt der Bildungsbereich eine zentrale Rolle. Wir wollen einen Ausbau der frühkindlichen Bildung, längeres gemeinsames Lernen und die Kostenfreiheit des gesamten Bildungsweges und damit auch ein gebührenfreies Studium.

Soziale Gerechtigkeit heißt Umverteilung.

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und eine Anpassung der Einkommenssteuer halten wir für unverzichtbar. Darüber hinaus muss das Ehegattensplitting endlich abgeschafft werden.

Soziale Gerechtigkeit heißt die Grundversorgung von Strom und Energie sichern.

Die steigenden Energiepreise zeigen die soziale Dimension von Energiepolitik. Es war ein Fehler, in diesem Bereich zu privatisieren. Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, wie die Rekommunalisierung von Stadtwerken erleichtert werden kann. Darüber hinaus muss es einen vergünstigten Einstiegstarif geben.

Soziale Gerechtigkeit heißt menschenwürdige Absicherung.

Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit liegt nicht bei jedem Einzelnen. Sie ist ein gesellschaftlich verursachtes Problem, das auch gesellschaftlich gelöst werden muss. Deshalb wollen wir, dass arbeitslose Menschen in unserer Gesellschaft menschenwürdig leben können, nicht ausgegrenzt werden und ihnen geholfen wird. Menschenwürdig leben heißt, dass der Regelsatz erhöht werden muss und die Sanktionen gegen arbeitslose Menschen gestrichen werden. Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder erforderlich. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung in die Arbeitsversicherung umwandeln, um Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit abzusichern. Im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung muss endlich das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung durchgesetzt werden.

Es gibt viel zu tun. Ohne die SPD wird es keinen sozialen Fortschritt geben. Deshalb haben wir als Sozialdemokratie die Aufgabe, uns darauf zu verständigen, wie die Situation der Menschen verbessert werden kann. Dies müssen wir konsequent umsetzen.

Beschluss: Überwiesen an die Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Wahlprogramms und an den Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms

Antrag 3

Landesverband Sachsen-Anhalt

Gleiche Renten in Ost und West! Für ein einheitliches zukunftsfestes deutsches Rentenrecht

Der Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind aufgefordert, ein Konzept für eine zeitnahe Angleichung der Ost- und Westrenten und für die Schaffung eines einheitlichen zukunftsfesten deutschen Rentenrechts vorzulegen. Rentenpolitik soll ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf 2009 sein.

Wir wollen erreichen:

1. Die Angleichung der Ost- und Westrenten, d.h., die Rechengrößen für die gesetzliche Rentenversicherung – Entgeltpunkte, Rentenwerte und Beitragsbemessungsgrenzen – werden in allen Bundesländern in einheitliche Werte überführt.
2. Um eine ausreichende Alterssicherung zu garantieren und drohender Altersarmut zu begegnen, wird in das Rentenversicherungssystem ein neues Leistungselement eingeführt.
3. Die gesetzliche Rentenversicherung wird zügig in eine Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt.

Beschluss: Überwiesen an die Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Wahlprogramms und an den Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms

Initiativantrag 2

Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren, der eine Änderung des Grundgesetzes erfordert!

Der Einsatz der Bundeswehr im Inland über den bisher im Grundgesetz geregelten Rahmen hinaus wird abgelehnt. Der Bundesparteitag fordert die Bundestagsfraktion und die Mitglieder der Bundesregierung auf, einer Grundgesetzänderung zur Neuregelung des Bundeswehreinsatzes im Inneren nicht zuzustimmen.

Beschluss: Überwiesen an die Bundestagsfraktion (Arbeitsgruppe zum Einsatz der Bundeswehr im Innern)

Initiativantrag 3

Callcenter-Konzept Telekom

Die SPD fordert die SPD-Bundestagfraktion und den Bundesfinanzminister als Vertreter des Hauptaktionärs Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Telekom-Vorstand sein Callcenter-Konzept unverzüglich zurücknimmt. Es muss verhindert werden, dass 10.000 Beschäftigte durch betriebswirtschaftlich unsinnige Umstrukturierungen und unzumutbar lange Arbeitswege aus dem Unternehmen gedrängt werden – mit dem Ziel, insgesamt die Löhne im Callcenter – Bereich zu drücken.

Darüber hinaus erwartet der Bundesparteitag, dass die Telekom ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auch datenschutzrechtlich nachkommt und die bei ihr anfallenden persönlichen Daten der Kunden wirkungsvoll vor Diebstahl und Missbrauch schützt.

Es ist ein unerträglicher Vorgang, dass der Telekom-Vorstand Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat ausgespät hat. Die SPD verurteilt diesen Vorgang und erwartet, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt.

Beschluss: Erledigt durch Beschluss des Parteivorstandes vom 17. 10. 2008

Initiativantrag 4

Keine Privatisierung, kein Börsengang der Bahn

Die SPD lehnt jegliche Privatisierung der Bahn ab! Die Bahn muss vollständig im öffentlichen Eigentum, als Staatsbetrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge, bleiben.

Beschluss: Nichtbefassung, da zur Zeit erledigt durch Beschlussfassung

Delegierte

Parteivorstand

Ahnen, Doris	Maas, Heiko-Josef
Annen, Niels	Maget, Franz
Berg, Ute	Matschie, Christoph
Böhning, Björn	Mattheis, Hildegard
Bullerjahn, Jens	Müntefering, Franz
Bulmahn, Edelgard	Nahles, Andrea
Burchardt, Ulla	Poß, Joachim
Dieckmann, Bärbel	Pronold, Florian
Duin, Garrelt	Schaub, Manfred
Engelen-Kefer, Ursula	Scheer, Hermann
Ferner, Elke	Schlenz, Thomas
Fischer, Birgit	Scholz, Olaf
Gabriel, Sigmar	Schreiner, Ottmar
Griese, Kerstin	Schulz, Martin
Grumbach, Gernot	Schwall-Düren, Angelica
Heil, Hubertus	Stegner, Ralf
Hendricks, Barbara	Steinbrück, Peer
Hexel, Dietmar	Steinmeier, Frank-Walter
Jüttner, Wolfgang	Thierse, Wolfgang
Kastner, Susanne	Tiefensee, Wolfgang
Kraft, Hannelore	Vogt, Ute
Ludwig, Barbara	Ypsilanti, Andrea

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang	Kuhlwein, Eckart
Beran, Andreas	Nabel, Konrad
Bolln, Stefan	Östreich, Cornelia
Breitner, Andreas	Rix, Sönke
Döring, Uwe	Röhl, Imke
Hagedorn, Bettina	Schirrmacher, Helga
Hahn, Sybille	Stübe, Yves-Christian
Hannemann-Röttgers, Birgit	Tralau, Gesa
Heinrich, Anne-Christin	Wenghöfer, Jörg
Juister, Bärbel	

Delegierte

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
Drese, Stefanie
Reinke, Christian

Schwesig, Manuela
Stieber, Michael

Hamburg

Damerau, Inka
Egloff, Ingo
Kahrs, Johannes
Mohr, Antje

Pein, Milan Wilhelm
Richter, Frank
Schlage, Britta
Schlotzhauer, Melanie

Bremen

Grziwa-Pohlmann, Brigitte
Holsten, Reiner
Igelmann, Julia

Köke, Janna
Sieling, Carsten

Nord-Niedersachsen

Bekmann, Karin
Dreyer, Klaus
Dürkes, Ute

Knoefel, Helmut
Motscha, Andreas
Quillfeldt, Anne-Karen

Weser-Ems

Beekhuis, Jochen
Buchholz-Will, Wiebke
Christians, Hilda
Lies, Olaf
Naber, Hanna
Peters, Johann Wilhelm
Schlee, Diana
Schmidt, Norbert

Schulz, Hendrik
Stuntebeck, Kristina
Tranel, Georg
Uhlmann, Beate
Wilkewitz, Jürgen
Will, Christine
Ziegler, Rainer

Hannover

Aller, Heinrich
Brand, Marina
Breyer, Reinhold
Ellieroth, Kathrin

Fahncke, Barbara
Feindt, Klaus-Dieter
Franz, Ulf-Birger
Friedemann, Waltraud

Heiligenstadt, Frauke
 Jünemann, Michael
 Klecha, Stephan
 Lange, Bernd
 Leuschner, Sigrid
 Lips, Christian
 Löser, Jessica
 Lotze, Hiltrud
 Miersch, Matthias
 Putzier, Jan Henner

Scharnowski, Irina
 Schmidt, Maximilian
 Schostok, Stefan
 Somfleth, Brigitte
 Steinberg, Sören
 Steinhoff, Jürgen
 Tonne-Jork, Elke
 Watermann, Ulrich
 Wiethaup, Insa
 Willers, Gabriele

Braunschweig

Bosse, Marcus
 Elvers, Inge
 Emmerich-Kopatsch, Petra
 Labitzke, William
 Müller Alarcon, Ursula

Perik, Muzaffer
 Rien, Barbara
 Riesen, Michael
 Schlaugat, Eva
 Wiegeler, Heike

Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang
 Grube, Falko
 Hövelmann, Holger
 Keune, Kornelia

Pähle, Katja
 Schindler, Silke
 Wistuba, Engelbert

Brandenburg

Albeshausen, Sigrid
 Artz, Katja
 Danckert, Peter
 Hübner, Ines

Maaß, Christian
 Platzeck, Matthias
 Wicklein, Andrea
 Zenker, Thomas

Berlin

Buttgereit, Monika
 Drohse, Franziska
 Geisel, Andreas
 Knörr, Rainer
 Koch, Regine
 Loth, Barbara
 Mindrup, Klaus
 Müller, Michael

Rackles, Mark
 Sommer, Ulrike
 Spranger, Iris
 Stock, Heike
 Thölken, Rosemarie
 Ulbricht, Klaus
 Zöllner, E. Jürgen

Delegierte

Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia
Albrecht-Winterhoff, Inge
Althaus, Manfred
Arens, Paul
Baldschun, Katie
Banschkus, Bernd
Bas, Bärbel
Beie, Klaus
Bell, Dietmar
Beucher, Friedhelm Julius
Bittner, Ralf
Borek-Fercke, Heike
Borhart, Dirk
Börschel, Martin
Büchter, Christian
Coße, Jürgen
Daldrup, Bernhard
Dauskardt, Michael
Dörr, Patrick Constantin
Drabig, Franz-Josef
Drießen-Seeger, Anke
Eickhoff, Martina
Erdle, Phillip
Erdmann, Ole
Fahrland, Georg
Felsberg, Peter
Fry, Marlis
Gebhard, Heike
Gerdes, Michael
Geyer, Jens
Gießelmann, Helga
Gliss-Dekker, Ursula
Groeger, Bernd
Groschek, Michael
Grünert, Ralf
Hammelrath, Gabriele
Härtel, Birgit
Heidinger, Michael
Hellmich, Wolfgang
Hellwig, Eveline
Herter, Marc
Hetmeier, Marita
Hilgers, Heinz

Hilser, Dieter
Hinz, Petra
Hinz, Ute
Horstmann, Ute
Hugonin, Monika
Jäger, Ralf
Jahl, Armin
Jahnke-Horstmann, Christa
Joisten, Christian
Jost, Ute
Kaczmarek, Oliver
Kelm-Schmidt, Sabine
Kirschenbaum, Erwin
Knab, Ulrich
Kohmann, Anja
Königs, Ludger
Krämer, Friedhelm
Kravanja, Rajko Alois
Krichel-Mäurer, Hermann-Josef
Kumpf, Wolfgang
Küpper, Annegret
Langemeyer, Gerhard
Latak, Helmut
Lemm, Renate
Löhr, Karin
Lüders, Nadja
Majewski, Ernst
Marburger, Otto
Meiers, Ute
Meise, Ursula
Mucks, Jörg
Müller, Michael
Müller-Witt, Elisabeth
Neuendorf, Bernd
Nietan, Dietmar
Nolte, Veronika
Oord, Ilka
Ossowski, Silke
Peters, Martin
Pflug, Johannes Andreas
Priester-Büdenbender, Petra
Prumbohm, Brigitte
Rampe, Carsten

Renner, Stephan
 Richter, Bärbel
 Römer, Norbert
 Rosemarie, Reiner
 Roy, Michael Th.
 Sauerhöfer, Werner
 Schäfer, Gabriela
 Schall, Dörte
 Schiefner, Udo
 Schlusnus, Peter
 Schmeltzer, Rainer
 Schmidt, Jürgen
 Schmidt, Jochen
 Schmitz, Uwe
 Scho-Antwerpes, Elfi
 Schultheis, Karl
 Schulze, Svenja
 Schumann, Michelle
 Schütten, Rainer
 Schwartz, Stefan

Servos, Gertrud
 Sichau, Frank
 Siggel, Manfred
 Simmerl, Susanna
 Simon, Sandra
 Sippel, Birgit
 Sorger, Hans-Günter
 Stein, Frank
 Stickan, Hartmut
 Stock, Michael
 Strässer, Christoph
 Stratmann, Marita
 Stucke, Ingo
 Tacer, Philipp
 Thiel, Brigitte
 Trenckmann, Bettina
 Wagener, Tanja
 Wallach, Marianne
 Weber, Jochen
 Weis, Petra

Hessen-Nord

Angerhausen, Christa
 Beusing, Ruth
 Blau, Jutta
 Engel, Klaus-Dieter
 Hofmann, Brigitte
 Hoppe, Bernd
 Kappelhoff, Anna-Katharina
 Kramm, Reiner
 Matheis, Rudolf

Meßmer, Ullrich
 Montag, Karl
 Nolte, Silvia
 Orth, Ralf
 Rudolph, Werner
 Schirmer, Renata
 Schwank, Hanna
 Surmann, Peter
 Wilhelm, Karin

Hessen-Süd

Buschmann, Irma
 Dittmar, Ansgar
 Gasper, Jürgen
 Glenz, Wolfgang
 Gnadt, Lisa
 Grandke, Gerhard
 Griga, Martin
 Grüger, Stephan
 Hillemann, Rolf

Jordan, Jörg
 Kawai, André
 Koch, Patrick
 Lambrecht, Christine
 Leß, Daniela
 Lopez, Helga
 Müller, Carsten
 Ober, Erika
 Preißl, Hans

Delegierte

Reichenbach, Gerold
Reuter, Michael
Roth, Ernst-Ewald
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schmidt, Dagmar
Schmitt, Norbert
Schöbel, Peter

Scholl, Stefan
Schuster, Wolfgang
Stojkovic, Dzenet
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wingerter, Sven
Zapf, Uta

Thüringen

Giesder, Fabian
Gleicke, Iris
Heß, Petra

Pidde, Michael
Schneider, Carsten
Schweitzberger, Brita

Sachsen

Brangs, Stefan
Deicke, Liane
Homann, Henning
Pfeil, Juliane

Schuler, Thomas
Stadler, Elke
Vogel, Ines
Volkmer, Marlies

Saarland

Barke, Jürgen
Fischer-Theobald, Sabine
Hell, Gabi
Klug, Astrid
Meng, Sören
Rehlinger, Anke
Ries, Isolde
Roth, Eugen

Scherer, Petra
Schweitzer, Stephan
Staudt, Alfred
Thul, Sebastian
Ukrow, Jörg
Waluga, Günter
Weber, Volker
Zieder-Ripplinger, Margriet

Rheinland-Pfalz

Anklam-Trapp, Kathrin
Barnett, Doris
Bätzing, Sabine
Beutel, Jens
Burgard, Dieter
Conrad, Jürgen
Decker, Ursula
Ebli, Friederike
Ebling, Michael

Geis, Manfred
Hartloff, Jochen
Hartmann, Michael
Heintel, Marcus
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Huter, Klaus
Körper, Fritz
Krell, Matthias

Kroon, Karla
 Langner, David
 Lewentz, Roger
 Löffler, Fabian
 Neuser, Norbert
 Nink, Manfred
 Pellin, Sonja
 Pörksen, Carsten

Raab, Heike
 Ramsauer, Günther
 Reich, Beate
 Ressmann, Wolfgang
 Schmitz, Christian
 Schweitzer, Alexander
 Steinruck, Jutta
 Wilhelm, Stephan

Baden-Württemberg

Ankner, Heidi
 Arnold, Rainer
 Binder, Sascha
 Campolieti, Daniel
 Castellucci, Lars
 Conradi, Peter
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Erler, Gernot
 Esken, Saskia
 Fechner, Johannes
 Friedrich, Peter
 Godawa, Angela
 Götzmann, Roman
 Grünstein, Rosa
 Harsch, Daniela
 Jehle, Jochen
 Jenter, Anne
 Juratovic, Josip
 Knauss, Renate
 Kumpf, Ute

Lange, Christian
 Lutz, Udo
 Majer, Thorsten
 Mast, Katja
 Mattes, Anselm
 Mönikes, Jan
 Rass, Harald
 Rebmann, Stefan
 Repasi, Rene
 Rolland, Gabi
 Rosemann, Martin
 Roth, Karin
 Sawade, Annette
 Schirin, Deniz
 Schmidt-Kempe, Beate
 Schwarzelühr-Sutter, Rita
 Sünder, Claudia
 Tauss, Jörg
 Teichmann, Gabriele
 Zirra, Jana

Bayern

Autolny, Reinhard
 Bante, Bernd
 Barthel, Klaus
 Baumann, Oliver
 Bayer, Sybille
 Beyer, Christian
 Brand, Richard
 Braun, Carolin
 Brehm, Thorsten
 Clerkin, Silke

Döhla, Benedikt
 Dressel, Carl-Christian
 Dullinger, Angelica
 Fischer, Roland
 Flauder, Christina
 Flisek, Christian
 Freund, Florian
 Gierlings, Elisabeth
 Graf, Angelika
 Güll, Martin

Delegierte

Hagl, Rita
Hofmann, Frank
Kalteis, Daniel
Karl, Annette
Kofler, Bärbel
Kolbow, Walter
Kraus, Annemarie
Merzbacher, Jonas
Mielentz, Jörg
Müller, Ruth
Negele, Christine
Noichl, Maria
Nowotny, Hannedore
Pawlovsky, Hans
Peitzsch, Wolfgang
Petersen, Kathi
Pohl, Ralf
Rausch, Thomas
Rolloff, Sebastian
Rösch, Rita
Rosner, Dieter

Röver, Jens
Rupp, Adelheid
Rupprecht, Marlene
Scales, Dominic Robert
Schelberg, Thomas
Schrock, Christine
Schurer, Ewald
Seeger, Rainer
Segnitzer, Marion
Stauch, Carlo
Steiner, Mirjam Beate
Tausend, Claudia
Teuchner, Jella
Vogel, Katja
Weikert, Angelika
Weiß, Amely
Werner-Muggendorfer, Johanna
Wolbergs, Joachim
Wright, Heidi
Zirpel, Michael

Delegierte mit beratender Stimme

Kontrollkommission

Kompe, Gerhard

Meinhold, Walter

Schiedskommission

Brusis, Ilse

Kohl, Hannelore

Parteirat

Alkenings, Birgit

Coße, Jürgen

Crone, Petra

Dietrich, Sven

Dunger-Löper, Hella

Eckner, Stefan

Forster, Hans

Grun, Thomas

Haase, Hans-Dieter

Hammelrath, Helene

Hartmann, Swantje

Hofmeyer, Brigitta

König, Uwe

Kruse, Peter

Leithäuser, Brigitta

Liebetruth, Dörte

Lippmann, Utha

Mattes, Ralf

Mogg, Ursula

Möhrmann, Dieter

Möller, Claus

Naser, Volker

Pawlovsky, Hans

Rapkay, Bernhard

Redmer, Axel

Reichstein, Gabriele

Roth, Angelika

Schäfer, Axel

Schieder, Werner

Schmidbauer, Horst

Schmidt, Ulla

Schmitz-Grethlein, Fabian

Schreier, Wilhelm

Seidel-Kalmutzki, Karin

Speckin, Verina

Stadelmaier, Martin

Stapelfeldt, Dorothee

Stinka, André

Tanke, Detlef

Unbenannt, Marcus

van den Berg, Guido

von den Driesch, Nicole

Watermann-Krass, Annette

Wörl, Beate

Wucherpfeffnig, Brigitte

Delegierte

Bundestagsfraktion

Arndt-Brauer, Ingrid
Bartol, Sören
Bollmann, Gerd Friedrich
Bülow, Marco
Dörmann, Martin
Edathy, Sebastian
Ehrmann, Siegmund
Eichel, Hans
Ernstberger, Petra
Kühn-Mengel, Helga
Marks, Caren

Merkel, Petra
Oppermann, Thomas
Reimann, Carola
Rossmann, Ernst Dieter
Runde, Ortwin
Schaaf, Anton
Scheelen, Bernd
Stöckel, Rolf
Thönnies, Franz
Veit, Rüdiger

Mitglieder des europäischen Parlaments

Groote, Matthias
Jöns, Karin

Roth-Behrendt, Dagmar

